G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Harold Rasch
Warum Anerkennung der DDR?

Niels Kadritzke / Knut Nevermann
Zum Nürnberger Parteitag der SPD

Heinz Budde, MdB
Christliche Soziallehre und Kapitalismus

Prof. Dr. habil. Harry Nick
Zum ökonomischen System in der DDR

Dr. Ermenhild Neusüß
Was kommt nach der „Formierten Gesellschaft"?

Erklärung der 17. Pugwash-Konferenz

Einzelheft 3,– DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

Februar 2 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Januar 1968 113

Kommentare und Berichte

Zur innen- und außenpolitischen Lage Englands (Frank Allaun, M. P.) 116
Skandal in Rom (Wilfried Schilling) 119
Der Protest der Kieler Studenten (Friedhelm Nyssen) 122
Zum Protest der Bremer Schüler und Gewerkschafter (C. T.) 126
Brecht in der Bundesrepublik (Friedhelm Baukloh) 128

Prof. Dr. Harold Rasch, Warum Anerkennung der DDR? 132
Niels Kadritzke / Knut Nevermann, Zum Nürnberger Parteitag der SPD. Kritik an den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" 140
Heinz Budde, MdB, Christliche Soziallehre und Kapitalismus 153
Prof. Dr. habil. Harry Nick, Zum ökonomischen System in der DDR 159
Horst Heiden, Bonns Wehrpolitik und der Vorwurf der Aggressivität 168
Martin Hall, Los Angeles, Widersprüche auf der amerikanischen Szene 175
Wulf D. Hund, Zur Sprache der NPD. Eine Analyse des Parteiorgans „Deutsche Nachrichten" 183
Dr. Ermenhild Neusüß, Was kommt nach der „Formierten Gesellschaft"? Zur Herstellung und Nutzung politischer Formeln 189

Bücher

Hans Čopič, Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art (Lutz Lehmann) 195
Gerd Wille mit Autorenkollektiv der SDS-Gruppe Bonn, Die repressive Universität (Bernd Carlo) 197
Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums (Jörg Goldberg) 200
Basil P. Mathiopoulos, Athen brennt (Gisela Miller) 201
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 203

Fernseh-Spalte

Mythos der Besiegten (E. H. Wahl) 205

Die politische Satire

Wie wir alle Opfer bringen müssen (Dietrich Kittner) 206

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der 17. Pugwash-Konferenz 207
Vorschlag des Christlichen Friedensdienstes West-Berlin für ein Normalisierungsabkommen zwischen West-Berlin und der DDR 212

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | Februar 1968 | Heft 2

Chronik des Monats Januar 1968

1. 1. — USA. In einer Botschaft an das amerikanische Volk beziffert Präsident Johnson das Zahlungsbilanzdefizit für das Jahr 1967 mit 3,5 bis 4 Mrd. Dollar. Ursache seien die weiter gestiegenen „Aufwendungen für Vietnam" und „die Unsicherheit und Unruhe", die mit „der Abwertung des britischen Pfund einhergingen". Der Präsident kündigt Kürzungen der amerikanischen Ausgaben im Ausland an und fordert „Verhandlungen mit unseren NATO-Verbündeten" über die Beschränkung der „Devisenaufwendungen für den Unterhalt unserer Truppen in Europa auf ein Mindestmaß" sowie über „verstärkte Verteidigungskäufe in den USA" und die Übernahme langfristiger US-Wertpapiere. — Am 17. 1. unterbreitet Johnson im Kongreß seine traditionelle „State of the Union Message", in der er zu Fragen der Innen- und Außenpolitik Stellung nimmt. — Am 19. 1. wird der Rechtsanwalt Clark Clifford zum Nachfolger des ausscheidenden Verteidigungsministers McNamara ernannt. — Am 25. 1. beruft die Regierung 14 600 Mann der Reserve von Luftwaffe und Marineluftwaffe ein.

3.—5. 1. — Tschechoslowakei. Nach einer mehrtägigen Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wird die Ablösung des Staatspräsidenten Antonin Novotny vom Amt des Ersten Parteisekretärs bekanntgegeben. Anstelle von Novotny, der weiterhin Präsident bleibt, wählt das Zentralkomitee Alexander Dubcek. — Vom 29.—30. 1. konferiert eine von Dubcek geleitete Delegation in Moskau. Ein Kommunique über die Besprechungen stellt gegenseitiges Einvernehmen in allen erörterten Fragen fest.

4. 1. — Naher Osten. Der neue Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsfront-Organisation (PLO), Yehia Hammouda, der diese Funktion im Dezember von Ahmed Shukeiri übernommen hat, erklärt in einem Zeitungsinterview, eine Koexistenz zwischen Arabern und Juden könne in einem gemeinsamen Palästina-Staat sehr gut verwirklicht werden, wenn jeder Teil der Bevölkerung seine verbürgten Rechte besitze. Hammouda wendet sich gegen den „Neokolonialismus im Nahen Osten" und plädiert für eine „realistische" Einschätzung der Lage. — Am 27. 1. beginnt die Suez-Kanal-Behörde mit den Arbeiten zur Räumung des Wasserweges, um den seit dem Juni-Krieg eingeschlosse-

nen 15 ausländischen Schiffen die Ausfahrt zu ermöglichen. Die Aktion wird am 30. 1. nach der Beschießung eines ägyptischen Bootes durch israelische Artillerie im Nordteil des Kanals wieder eingestellt.

5. 1. — Vietnam. Das offizielle Wochenblatt des Vatikans, der „Osservatore della Domenica", kommentiert indirekt die letzte Begegnung zwischen Papst Paul VI. und Präsident Johnson in Rom. Chefredakteur Federico Alessandrinis schreibt, der militärische Einsatz der USA in Vietnam sei ohne den gewünschten Erfolg geblieben, und was die politischen Auswirkungen angehe, so befinde sich Amerika in einer Sackgasse. Alessandrinis wendet sich gegen die Bombardierung Nordvietnams und die Einbeziehung Kambodschas und Laos' in die Operationen. — Am 16. 1. präzisiert der nordvietnamesische Generaldelegierte in Paris, Mai Van Bo, die Stellungnahme seiner Regierung zur Möglichkeit von Friedensverhandlungen. Auf die Frage: „Was bedeutet für Sie die Einstellung aller Kriegshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam?" antwortet der Diplomat: „Alle militärischen Aktionen, die die Souveränität und das Territorium der DRV antasten." Nach den Aussichten der letzten nordvietnamesischen Vorschläge befragt, weist Mai Van Bo auf die Fortsetzung der „Eskalation des Krieges" und die neuesten Angriffe durch die USA hin. — Am 30. 1. leitet der Vietkong in mehreren Gebieten Südvietnams (u. a. in den Städten Pleiku, Nha Trang, Hue und in der Hauptstadt Saigon) eine großangelegte militärische Offensive ein.

6. 1. — Berlin. Der sowjetische Botschafter in Bonn sucht Bundesaußenminister Brandt zu einer Unterredung auf, über die Einzelheiten nicht bekannt werden. In Bonn verlautet, Zarapkin habe dem Minister ein Papier mit Darlegungen zur Berlin-Frage hinterlassen. — Am 18. 1. trifft der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz in Ostberlin mit dem sowjetischen Botschafter Abrassimow zusammen.

— Arabische Liga. Der Rat der Liga faßt auf einer Sondersitzung in Kairo den Beschluß, die für Mitte Januar geplante „Gipfelkonferenz" der Mitgliedstaaten über den Nahost-Konflikt auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

7. 1. — Polen. Außenminister Adam Rapacki gewährt der Zeitung „Trybuna Ludu" ein Interview. Rapacki nennt als Voraussetzung für die europäische Sicherheit und die Auflösung der Militärblöcke die „Anerkennung der bestehenden Territorien und der politischen Situation". Die polnischen Vorschläge für den Abschluß von Teilabkommen über das „Einfrieren" der Kernwaffen zumindest in Mitteleuropa, eine spätere Verminderung und Vernichtung dieser Waffen und Maßnahmen zur konventionellen Abrüstung seien nach wie vor gültig.

8.—12. 1. — Kambodscha. Im Auftrag Präsident Johnsons verhandelt Botschafter Chester Bowles in Phnom Penh mit Staatspräsident Prinz Norodom Sihanouk. In einem gemeinsamen Kommunique heißt es: „Während der Besprechungen gab Botschafter Bowles erneut die Versicherung, daß die USA die Souveränität, Neutralität und territoriale Integrität Kambodschas respektieren werden". In Washington interpretiert Unterstaatssekretär William Bundy das Kommunique mit der Feststellung, die USA hätten sich mit ihrer Zustimmung nicht der Möglichkeit militärischer Operationen auf kambodschanischem Territorium begeben. Nach amerikanischer Ansicht schließe das „Recht auf Selbstverteidigung" auch eine „heiße Verfolgung" über die Grenze hinweg ein.

9. 1. — SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei publiziert unter dem Titel „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" Thesen, die auf dem für März einberufenen SPD-Parteitag in Nürnberg zur Diskussion vorgelegt werden sollen. In einem Kommunique über die vorangegangenen Beratungen heißt es, der Vorstand unterstütze den Vorschlag von UN-Generalsekretär U Thant, „den Weg zu Friedensverhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien in Vietnam durch die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam frei zu machen".

11. 1. — Wahlrecht. Vertreter der CDU und SPD beauftragen nach einem Koalitionsgespräch das Bundesinnenministerium, noch vor Ostern einen Gesetzentwurf zur Änderung des geltenden Wahlrechts für das Jahr 1973 vorzulegen. Auf ein „Übergangswahlrecht" für die Bundestagswahl 1969 solle verzichtet werden.

12.—14. 1. — Sowjetunion. Staatspräsident Podgorny, Ministerpräsident Kos-

sygin und Parteisekretär Breshnew treffen in Polen überraschend mit Parteisekretär Gomulka, Präsident Ochab und Ministerpräsident Cyrankiewicz zusammen. Hauptthema der Gespräche, so heißt es in Berichten, sei die für den 26. Februar einberufene Konferenz der kommunistischen Parteien gewesen. — Am 15. und 16. 1. halten sich Breshnew, Kossygin und Podgorny in Ostberlin auf. — Am 22. 1. kommt Premierminister Wilson auf Einladung der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Besuch nach Moskau. In einem britisch-sowjetischen Kommunique befürworten beide Seiten die Notwendigkeit einer „Konferenz über die europäische Sicherheit bei gebührender Vorbereitung".

15.—16. 1. — Finnland. Die finnische Bevölkerung bestimmt 300 Elektoren zur Wahl des neuen Staatspräsidenten. Bei einem Stimmenverhältnis von 202 zu 88 zugunsten des bisherigen Präsidenten Kekkonen (der u. a. von den Sozialdemokraten, der Zentrumspartei und den Kommunisten unterstützt wird), ist dessen Wiederwahl für eine weitere sechsjährige Amtsperiode gesichert.

16. 1. — Großbritannien. Premierminister Wilson gibt im Unterhaus eine Reduktion der Staatsausgaben um 300 Mill. Pfund Sterling im kommenden Haushaltsjahr und von 416 Mill. Pfund in den folgenden Jahren bekannt. Die einschneidenden Kürzungen beziehen sich auf fast alle Sektoren der Volkswirtschaft, auf das Gesundheitswesen, die Volksbildung und das Verteidigungsbudget. Wilson teilt bei der gleichen Gelegenheit mit, Großbritannien werde bis Ende 1971 mit wenigen Ausnahmen keine militärischen Basen außerhalb Europas und des Mittelmeers unterhalten. — Am 18. 1. stimmt das Unterhaus mit 295 Stimmen dem Sparprogramm zu. 26 Abgeordnete der regierenden Labour-Party enthalten sich aus Protest der Stimme.

18. 1. — Abrüstung. Der amerikanische Chefdelegierte Fisher und sein sowjetischer Kollege Roschtschin legen in Genf getrennt einen gleichlautenden revidierten Entwurf für einen Vertrag zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen vor. Der Text enthält erstmalig auch den bisher umstrittenen Artikel 3, in dem u. a. vorgesehen ist, die Kontrollen und Inspektionen durch Abkommen zwischen der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien und einzelnen Staaten oder Staatengruppen zu regeln. Diese Kontrollabkommen sollen spätestens 18 Monate nach der Aufnahme entsprechender Verhandlungen wirksam werden. Weitere Änderungen gegenüber dem Entwurf vom 24. August 1967 (Text in „Blätter", Heft 9/1967, S. 973) betreffen die Vertragsdauer und -revision. Der Vertrag soll in Kraft treten, wenn 40 nichtnukleare Signatare und alle unterzeichnenden Atommächte ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.

23. 1. — Korea. Vier nordkoreanische Schnellboote bringen das mit modernster Elektronik ausgerüstete Aufklärungsschiff der US-Marine, die „Pueblo", in den Hafen Wonsan und beschuldigen den Kapitän und seine Regierung der Spionage in den Hoheitsgewässern Nordkoreas. — Am 24. 1. beginnen innerhalb der gemischten Waffenstillstandskommission für Korea, in der Nordkorea und die USA vertreten sind, Verhandlungen über die Freigabe der 83 Mann Besatzung und des Schiffes.

27. 1. — Griechenland. Die Militärregierung setzt die Säuberung im öffentlichen Dienst mit der Entlassung von 49 Professoren der Universitäten Athen und Saloniki fort. In einem Erlaß des Kultusministeriums wird ausgeführt: „Nicht nur mangelhafte Qualifikation oder Eignung können zur Entlassung führen, sondern auch Handlungen und Benehmen der Betreffenden, die bezeugen, daß sie der bestehenden sozialen Ordnung nicht die gebührende geistige Einstellung entgegenbringen und nicht von den notwendigen nationalen Gefühlen beseelt sind..."

29.—31. 1. — FDP. In Freiburg findet der Bundesparteitag der Freien Demokraten statt. Zum Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Erich Mende wird Bundestagsvizepräsident Walter Scheel gewählt.

31. 1. — DDR. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht legt der Volkskammer den Entwurf einer neuen Verfassung vor, worin die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation" bezeichnet wird.

— Bundesrepublik / Jugoslawien. Gleichzeitig in Bonn und Belgrad wird die Wiederaufnahme der vor zehn Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen und der Austausch von Botschaftern zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien bekanntgegeben.

Zur innen- und außenpolitischen Lage Englands

Der linke Flügel der Labour Party ist in seinen Auffassungen durch die Ereignisse bestätigt worden. Vor dreißig Monaten brachten einige von uns auf einer überfüllten Parlamentarierkonferenz der Labour Party einen Antrag ein, in dem erklärt wurde, die Regierung könne nur dann einen weiteren Run auf das Pfund verhindern und ihr Programm zur Verbesserung der Sozialleistungen verwirklichen, wenn sie drastische Kürzungen der Rüstungsausgaben wesentlich früher vornehmen werde, als das damals vorgesehen war.

Zu unserer Freude wandte sich die Parteiführung nicht gegen die Resolution, die ohne Gegenstimme angenommen wurde. Unglücklicherweise wurde sie jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Die auswärtigen Militärausgaben wurden ebenso fortgesetzt wie die hohen Kapitalinvestitionen britischer Kapitalisten in entwickelten Ländern. Die Ausgaben allein in diesen beiden Bereichen beliefen sich in den drei Jahren seit April 1964 auf insgesamt 1200 Millionen £, eine Summe, die größer ist als das Defizit unserer Zahlungsbilanz in diesem Zeitraum.

Eben dieses Defizit hatte in Zürich und anderen Städten den Run der Spekulanten auf das Pfund zur Folge, was wiederum zur Abwertung des Pfundes um ein Siebentel führte. Und zur Aufrechterhaltung dieses Kurses stellten die Weltbank und die internationalen Bankiers ein großes Hilfsdarlehen zur Verfügung. Allerdings nicht ohne Auflagen. Wenige Tage vor seinem Rücktritt als Schatzkanzler unterzeichnete James Callaghan seinen berühmten Brief an Herrn Schweitzer, den Präsidenten der Weltbank. Am 18. Dezember 67 wies dann der Premierminister eindringlich darauf hin, daß Opfer in jedem Bereich gebracht werden müßten; es werde keine heiligen Kühe geben. Am 16. Januar 68 wurde das auf eine erhebliche Reduzierung der öffentlichen Ausgaben gerichtete Sparprogramm angekündigt. Der private Verbrauch soll durch das Budget eingeschränkt werden, das normalerweise im April, in diesem Jahr jedoch schon im März eingebracht wird.

Der erste Teil der umfassenden Sparmaßnahmen war ausgezeichnet. Wenn diese Maßnahmen vor drei Jahren durchgeführt worden wären, dann wäre Großbritannien heute in einer ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die Auflösung unserer Militärbasen und die Rückführung unserer Truppen aus Malaysia, Singapur und dem Persischen Golf, wie sie von der Linken vorgeschlagen, damals aber abgelehnt worden waren, sollten nach im vorigen Jahr getroffenen Vereinbarungen bis 1975 durchgeführt sein. Jetzt wurde angekündigt, diese Maßnahmen bis 1971 abzuschließen. Aus diesem Grunde wurde auch der Auftrag über 50 F-111-Bomber, die für insgesamt 8½ Millionen $ von Amerika gekauft werden sollten, annulliert. Das Flugzeugträgerprogramm läuft aus. Der zivile Bevölkerungsschutz, von dem viele Kritiker glauben, er schaffe ein falsches Sicherheitsbewußtsein gegenüber einem atomaren Angriff, wird eingestellt.

Natürlich hat dieses Ende von Großbritanniens militärischer Rolle in der Welt zu geradezu apoplektischen Wutausbrüchen bei den konservativen Unterhausabgeordneten und vielen Spitzenmilitärs geführt. Sie haben viel Aufhebens gemacht von den britischen Investitionen auf den Ölfeldern des

Mittleren Ostens, ohne sich dabei um die Tatsache zu kümmern, daß Deutschland, Japan und andere Länder ihr Öl dort kaufen, ohne in diesem Gebiet auch nur einen einzigen Soldaten zu haben. Die Führung der Konservativen Partei hat tatsächlich erklärt, im Falle ihres Sieges bei den nächsten Wahlen wieder in den Mittleren Osten zurückzugehen. Sie hat es allerdings unterlassen, darzulegen, wie sie das ohne die F-111-Bomber und ohne die Flugzeugträger bewerkstelligen will.

Der frühere konservative Premierminister Sir Alec Douglas-Home, der jetzt für seine Partei im Unterhaus zu außenpolitischen Fragen spricht, wollte mit Erzählungen über das Eindringen sowjetischen Militärs und sowjetischer Marine in das Mittelmeer und andere Meere das Blut der Abgeordneten vor Schreck in den Adern erstarren lassen. Ein Labourabgeordneter unterbrach ihn mit dem Hinweis, Sir Alec schließe die Augen vor der weit ernsteren militärischen Intervention der USA in Südostasien, die sich zu einem Weltbrand ausweite.

Sir Alec versuchte den Eindruck zu erwecken, als habe Großbritannien im wesentlichen bereits abgerüstet. Das ist von der Wahrheit weit entfernt. Trotz unserer wirtschaftlichen Lage werden wir auch weiterhin über 2000 Millionen £ im Jahr für Rüstungszwecke ausgeben, auch nach Aufgabe unserer Rolle östlich von Suez (wofür noch drei oder vier Jahre nötig sind). Wir beabsichtigen noch immer, in den nächsten zehn Jahren 755 Millionen £ für den Kauf amerikanischer Phantom-Jagdbomber auszugeben. Die militärische Forschung wird auch weiterhin die Hälfte der besten wissenschaftlichen Köpfe des Landes mit Beschlag belegen (ganz abgesehen von der Forschungsarbeit militärischen Charakters, die von Privatunternehmen geleistet wird). Und wir werden auch weiterhin 195 Millionen £ im Jahr ausgeben, um 60 000 britische Soldaten, ihre Familien und deutsche Zivilangestellte in Westdeutschland zu finanzieren.

Die Hälfte dieser Kosten wird in wertvollen DM beglichen. Mit Bonn sollen nun unverzüglich Verhandlungen über die Höhe des Devisenausgleichs aufgenommen werden. Ich wäre persönlich auch dann nicht zufriedengestellt, wenn Westdeutschland den Devisenausgleich voll übernehmen würde. Denn es würde immer noch bei einer totalen Vergeudung britischer Mittel bleiben, die für wertvollere Zwecke eingesetzt werden sollten.

Schließlich ist auch die NATO 1969 nach den zwanzig Jahren ihres Bestehens reif für eine Überprüfung. Die Situation in Europa hat sich gewandelt. Ob man nun glaubt oder nicht glaubt, daß die Sowjetunion vor zwanzig Jahren in Europa einfallen wollte, — jetzt ist es zweifellos nicht der Fall. Der britische Verteidigungsminister hat in mehreren seiner jährlichen Weißbücher erklärt, unter den gegenwärtigen Umständen sei eine Westbewegung der Roten Armee unwahrscheinlich. Für die NATO und die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten wäre es sicherlich das Vernünftigste, sich über einen Rückzug ihrer Truppen in westlicher bzw. östlicher Richtung zu einigen. Ein Disengagement in Europa würde nicht nur bei der Schaffung besserer Friedensbedingungen helfen, sondern gleichzeitig Arbeitskräfte, Geld und Material für andere und bessere Zwecke freisetzen. Und wenn dieser Plan scheitert, warum sollte es dann, wenn sich Amerika und Frankreich einseitig zurückziehen können, England nicht möglich sein, das gleiche zu tun? Ich muß allerdings berichten, daß Sprecher der britischen Regierung jedes Ansinnen dieser Art scharf zurückgewiesen haben. In den gleichen Ausführungen haben sie dargelegt, daß sie den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt auch weiterhin anstreben werden. Der Zusammenhang zwischen militärischen und wirtschaft-

lichen Maßnahmen ist allzu offensichtlich.

Soviel zum ersten Teil des Sparprogramms. Es ist der zweite Teil, der so viele Labourabgeordnete aufgebracht hat. Die für 1971 vorgesehene Verlängerung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr wird für weitere zwei Jahre zurückgestellt. Das bedeutet, daß mehrere hunderttausend Kinder eine Bildungschance verlieren, die sich ihnen nie wieder bieten wird. Kinder über elf Jahre, die höhere Schulen besuchen, werden in der Schule keine Milch mehr bekommen. Und das Ziel, bis 1970 jährlich 500 000 neue Häuser zu bauen (415 000 wurden im letzten Jahr gebaut), soll wesentlich gesenkt werden. Die am meisten beachtete Auflage im sozialen Bereich war seinerzeit die Erhebung einer Gebühr von 2 Shilling 6 Pence für jedes auf einem ärztlichen Rezept verordnete Medikament. Dieser Eingriff in die freie Gesundheitsfürsorge wurde im Wahlprogramm der Labour Party angegriffen, und die Gebühr wurde abgeschafft. Nun soll sie wieder eingeführt werden. Pensionären, Kindern und anderen soll die Gebühr erlassen bleiben. Angesichts dieser Ausnahmen ist der finanzielle Gewinn jedoch lächerlich gering. Man hat das Gefühl, als hätten die Gnomen von Zürich auf einer derartigen Maßnahme nur bestanden, um die Labourregierung zu demütigen und in Verlegenheit zu bringen.

Als über die Annahme des Sparprogramms abgestimmt wurde, enthielten sich 26 Labourabgeordnete der Stimme. Sie brachten ihre Gründe in einem Zusatzantrag zum Ausdruck, der von einer großen Zahl Abgeordneter unterzeichnet, vom Speaker des Unterhauses aber nicht zur Abstimmung gebracht wurde. In diesem Zusatzantrag wird erklärt, das Unterhaus „begrüßt die Regierungsvorschläge zum Abbau der Verteidigungsverpflichtungen und Ausgaben östlich von Suez, hält sie für wesentlich zur direkten Bekämpfung des Defizits in der nationalen Zahlungsbilanz, verurteilt jedoch die weitreichende Gefährdung der sozialen Leistungen, die in der gleichen Regierungserklärung enthalten ist; das Haus ist der Meinung, daß diese Maßnahmen in keinem Verhältnis zu den wirklichen wirtschaftlichen Problemen stehen, denen sich das Land gegenübersieht; es mißbilligt insbesondere die Maßnahmen, die im Widerspruch zur langjährigen offiziellen Politik der Labour Party stehen, wie die Einführung von Rezeptgebühren, die Kürzung des Wohnungsbauprogramms, die Abschaffung der kostenlosen Milchausgabe an höheren Schulen und die aufgeschobene Verlängerung der Schulpflicht."

Die Stimmenthaltung von 26 Unterhausabgeordneten hat zu der Forderung einiger anderer Abgeordneter geführt, gegen diese Gruppe disziplinarisch vorzugehen. In den letzten drei Jahren hat man gegenüber Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten, immer eine tolerante Haltung eingenommen. Zur Zeit (21. Januar) ist über diese Forderung nach einem strengeren Verhaltenskodex noch nicht entschieden.

Mittlerweile sind außerhalb der Labourbewegung gut publizierte Forderungen nach einer Koalitionsregierung oder gar einer „Regierung der Geschäftsleute" lautgeworden, ohne daß für beide irgendeine Wahrscheinlichkeit besteht.

Die Abgeordnetengruppe um die Wochenzeitschrift „Tribune" hat ihr Alternativprogramm veröffentlicht. Es sieht drastische und schnelle Rüstungskürzungen vor, Restriktionen für den Kapitalexport in entwickelte Länder, die Übernahme (mit Entschädigung) eines Viertels der Anteile britischer Aktionäre in anderen Ländern, um damit die kurzfristige Pfundbalance abzulösen und unsere Schulden zu verringern, gezielte Importkontrollen und die Einführung einer Vermögenssteuer.

Aus der Sicht der „Tribune"-Gruppe ist schließlich als wohl wichtigster Faktor der Abbau der Arbeitslosigkeit zu nennen, die jetzt (einschließlich Nordirland) eine Zahl von 670 000 erreicht hat. Es bleibt noch abzuwarten, ob die Pfundabwertung hier ihren Zweck erreicht. Frank Allaun, M.P.

Skandal in Rom

Die Weimarer Republik bietet ein klassisches Beispiel dafür, wie eine Demokratie die eigenen Totengräber bezahlte, nährte und aufzog. Daß eine Demokratie weitaus gefährlicher lebt, als es oft nach außen den Anschein hat, beweist der SIFAR-Skandal in Italien, der in einer Kettenreaktion die ganze italienische Politik in Atem hält. Von allen Seiten werden politische Sprengkörper ins Gewühl geworfen. Die Affäre zieht weite Kreise, und sie wurde von einem journalistischen Beobachter mit einem Reißer aus den goldenen Jahren des Films verglichen, in dem die Spannung nach jeder Szene steigt und die Handlung fortlaufend komplizierter wird. Wenn man versucht, den Verlauf einigermaßen allgemeinverständlich aufzuzeichnen, müssen die Handlungsfäden auf ein erträgliches Maß hin entwirrt werden.

Nachdem beim Mittelmeernachbarn Griechenland eine Offizierskamarilla im Dunkel der Nacht die Demokratie, mit anderen Worten „die Gefahr von links", beseitigt hatte, berührte die Ausstrahlung dieser Tat naturgemäß auch die italienische Öffentlichkeit. Was seither nur hinter politischen Kulissen geflüstert worden war, gewann feste Umrisse. Man erinnerte sich der merkwürdigen Warnungen Pietro Nennis während der wochenlangen Regierungskrise im Juni/Juli 64, nachdem die Mitte-links-Koalition geplatzt war. In dieser Zeit bis zur neuerlichen Kittung der Moro/Nenni-Regierung hatte er in auffallend besorgtem Ton immer wieder auf die Bedrohungen durch die faschistisch - landjunkerliche - unternehmerische Rechte, auf die Unruhe unter den Militärs und auf Palastintrigen hingewiesen. Seine Warnungen wurden damals jedoch von allen Seiten mit Skepsis aufgenommen. Man vermutete dahinter nichts anderes als eine Art von Alibi für politisch-taktische Programmverzichte, um neuerdings in die Koalition mit den Christdemokraten einsteigen zu können. Dieses Aufgeben von Positionen und das Nachgeben vor Moro und der DC ist zwar eine unleugbare Tatsache, die jedoch heute nach dem SIFAR-Skandal objektiv in anderem Licht erscheinen muß. Die Gefahr eines Staatsstreichs von rechts in jenen Sommerwochen 64 war von Nenni nicht erfunden worden. Sie bestand. Ohne daß die Massen davon wußten, glitt das Gespenst des Bürgerkriegs nahe an ihnen vorüber.

Nach dem Putsch der Obersten in Athen veröffentlichte als Erster der Linkspolitiker, Expräsident des Nationalen Befreiungskomitees und Nachkriegsministerpräsident Ferruccio Parri in seinem Wochenblatt „Astrolabio" die Bestätigung der ausgestandenen Gefahr. Januzzi und Scalfari, zwei Journalisten des linksliberalen Wochenblatts „Espresso", nahmen sich der Sache eingehend an. Informiert von Politikern und Offizieren, denen die ganze Affäre nicht geheuer vorgekommen war, stellten die Journalisten fest, daß der frühere Leiter des militärischen Sicherheitsdienstes (SIFAR), General der Carabinieri und Ex-Generalstabschef de Lorenzo, in jahrelanger Vorarbeit und unter Mißbrauch und Zweckentfremdung eben dieses Sicherheitsdienstes und unter Nichtachtung der Verfassung seit 1956 Politiker, Minister, Senatoren, Abgeordnete, geist-

liche Würdenträger und selbst militärische Kollegen bis in die persönliche Sphäre hinein bespitzeln ließ, darüber Dossiers anlegte und Listen erstellte, in denen u. a. der heutige Staatspräsident Saragat, Pietro Nenni und Paul VI., damals noch Kardinal von Mailand, figurierten. Nachschlüssel zu Privatwohnungen wurden angefertigt, um die „Verdächtigen" nachts durch Unteroffizierssonderkommandos aus den Betten holen und dann in ein vorbereitetes Internierungslager auf Sardinien verfrachten zu können. Zu diesem Zweck hatte General de Lorenzo in aller Heimlichkeit und auf eigene Kappe in Rom eine vollmechanisierte und vollmotorisierte Carabinieri-Division aufgestellt. All dies nicht — wie man in der Bundesrepublik sagen würde — „etwas außerhalb der Legalität", sondern vollkommen illegal. Die Stunde X war dabei gleich Voralarm oder Alarm, der den Ausnahmezustand vorwegnahm, um nach einem alten Rezept der „Gefahr von links" zuvorzukommen, obwohl die ganze Halbinsel friedlich dalag. Weder der Innenminister und die zuständige Polizei für Öffentliche Sicherheit, noch der Verteidigungsminister als unmittelbarer Vorgesetzter des Generals wußten von „Gefahren", allerdings auch nicht von den Machenschaften, mit denen der General den imaginären Gefahren zu begegnen suchte. Es blieb nur noch der Knopf zu drücken, um den verfassungsfeindlichen Mechanismus in Gang zu bringen.

Am 15. Juli 64 richtete der damalige Präsident der Republik, Antonio Segni, eine formale Aufforderung an Moro, binnen zweier Tage eine funktionsfähige Regierung zu bilden. Ungewöhnlicherweise ließ Segni in diesem Moment den damaligen Oberkommandierenden der Carabinieri, General de Lorenzo, zu sich rufen. Über die Unterredung sagte de Lorenzo später, er habe sich eingeschaltet, um den Präsidenten zu überzeugen, von seinem Vorhaben abzusehen. Um welches „Vorhaben" es sich dabei handelte, erläuterte der intrigante und ehrgeizige General nicht. Der Staatsstreich fand dann nicht einmal im Saale statt, obwohl die Plakate mit dem Text „Es lebe General de Lorenzo" offenbar schon gedruckt vorlagen. Am 22. Juli 64 konnte Moro dem Präsidenten Segni die neugeklebte Koalition präsentieren, und so wurde der versuchte Staatsstreich überspielt und in der Folge — ignoriert. Bleibt die Tatsache, daß damals im demokratischen Staate etwas faul war, wobei es rein juristisch und moralisch letztlich unerheblich bleibt, daß de Lorenzo weder zum Ziel noch zum Knopfdruck kam.

Statt nun als Hochverräter belangt zu werden, stellte der General nach den Enthüllungen des „Espresso" gegen die beiden Journalisten fröhlich Strafantrag wegen Verleumdung; im Vertrauen auf eine unzulängliche Justiz. Doch zur Ehre der italienischen Juristen sei gesagt: es gibt noch Richter in Rom. Der General, im Laufe des Prozesses in die Enge getrieben, mußte zugeben, daß jene Listen tatsächlich bestanden, wenn sich auch die meisten militärischen Zeugen nicht mehr an die aufgeführten Namen erinnern konnten und die Listen selbst verschwunden waren. Aus dem Ankläger wurde ein Angeklagter, der nun den Plan zum Staatsstreich nicht mehr bestritt, sich aber darauf hinausredete, daß nicht er, sondern Politiker, die eine neuerliche Koalition der Christdemokraten mit den Nenni-Sozialisten zu vereiteln suchten, die Demokratie durch eine Diktatur hätten ersetzen wollen. Als Zeugen dafür benannte er Moro, Nenni (der selbst auf der Liste stand), Taviani und Andreotti. Die beiden letzteren haben vor Gericht ausgesagt, von diesen Dingen nichts gewußt zu haben. Genau an diesem Punkt wird die Geschichte, wer was gewußt hat, noch obskurer und brisanter. Einerseits verlangen die Parteien und mit Nachdruck die PC (Kommunisten), durch eine parlamentarische Untersuchungskommission volles Licht in die

Verschwörung und die schweren Verstöße gegen die demokratische Ordnung zu bringen; andererseits wird genau das von der Regierung, insbesondere von Moro, der hier sein Veto eingelegt hat, verweigert. Der sozialistische Verteidigungsminister Tremelloni versucht, mit dem bewährten sozialdemokratischen „Sowohl-als-auch" die Bedeutung der Affäre einzuebnen, indem er gleichzeitig Klarheit verspricht und bagatellisiert. Tremelloni war es auch, der, obwohl schon lange im Besitz eines Berichts, in dem der General Manes Punkt für Punkt die dunklen Machenschaften de Lorenzos bestätigt, nichts anderes tat, als zu schweigen. Skandale sind dazu da, verschwiegen zu werden. De Lorenzo wurde unauffällig abgesetzt, statt ins Kittchen zu wandern.

Wieder einmal herrscht bei den Nenni-Sozialisten innere Spannung. Eine Gruppe verlangte nach dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Dem widersetzten sich Moro mit der DC energisch: entweder Unterordnung der Sozialisten oder Bruch der Koalition, Regierungskrise und Vorverlegung der Juni-Wahlen. Moro argumentierte mit „militärischen Geheimnissen" und feinfühlig mit der Rücksicht, die man dabei auf Italiens Verbündete zu nehmen habe, versprach aber gleichzeitig die volle Wahrheit mit Hilfe einer internen administrativen Untersuchung durch einen dreiköpfigen Ministerausschuß. Nenni gab wieder nach. Ob auf diese Weise nun die volle Wahrheit zum Triumph kommen wird, bleibt zweifelhaft. Inzwischen untersuchen auch drei der DC nahestehende Generale im Auftrag des Verteidigungsministers Tremelloni. So überläßt also die Regierung praktisch eine Angelegenheit, deren Klärung in ihrem ureigensten Interesse liegen sollte und die die demokratische Ordnung unmittelbar trifft und betrifft, der Administration und den Gerichten, wobei zur Ehre der Richter wiederum gesagt werden muß, daß sie vor militärischen Geheimnissen dieser Art keinen großen Respekt zeigen.

Wenn auch Moro ein Meister im Vertagen und Wegschieben unangenehmer Dinge ist, so bleibt diese Methode angesichts der vitalen Bedeutung für die Demokratie doch zweifelhaft und durchsichtig. Sie kann gegenteilige Effekte hervorrufen. Die Wellen schlagen hoch, die Risse im Gemäuer verbreitern sich, der politische Sprengstoff fliegt, und die Kräfte, die zur ganzen Wahrheit durchstoßen wollen, sind hartnäckig. Der Skandal treibt neue Blüten, Nebenblüten und Nachblüten.

Der Prozeß, den de Lorenzo verlor, gebiert neue Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft. Einige Proben davon: Skandalblätter der Rechten beschuldigten die Sozialisten, vom Sicherheitsdienst Bestechungsgelder angenommen zu haben. Nenni wies die Beschuldigung zurück, und Präsident Saragat gab eine Ehrenerklärung für ihn ab. Darauf kam eine Berichtigung von rechts mit Fotokopien der Schecks: nicht Nenni, sondern der sozialistische Abgeordnete Venturini, 1964 Schatzmeister der Partei, und der derzeitige Haushaltsminister Pieraccini hätten das Geld entgegengenommen. Auch diese beiden Genannten wiesen die Beschuldigungen entrüstet zurück; lediglich Frau Pieraccini räumte ein, vom SIFAR rund 700 000 Lire (4600 DM) für eine Reise nach den USA erhalten zu haben. Dahinter kann ein Gegenschlag des Generals de Lorenzo vermutet werden. Ein anderer Bestechungsversuch ist der eines SIFAR-Obersten, der dem Mittelinks-Flügel der Republikanischen Partei 30 Millionen Lire anbot, — und so weiter und so fort.

In diesem unübersehbaren Dschungel der Schatten bleibt jedoch als Hauptpunkt die politische und militärische Verantwortung für die Vorgänge im Juli 64 zu klären, deren Umsturzziele bis zum Ersatz des technischen Personals im Rundfunk und Fernsehen durch eigens geschulte SIFAR-Kräfte reichten,

um der Demokratie präzise den Garaus zu machen. Zitieren wir die Zeugenaussage eines Offiziers im Prozeß de Lorenzo: „Meine Akte hatte einen himmelblauen Umschlag und enthielt eine Liste von 44 Personen. Ich habe sie einzeln gezählt. Da standen Namen, Zunamen, Adresse und Hausnummer. Wir sollten sie nachts verhaften, abführen und auf den Flugplatz Linate bringen. Dort wären sie in vorbereiteten Unterkünften bewacht und anschließend in Flugzeuge verladen worden, die sie an einen bis zum letzten Moment geheimgehaltenen Ort ausgeflogen hätten . . ."

Das riecht penetrant nach griechischem Braten. Während die Regierung beharrlich auf militärische Geheimnisse pocht, kann man gespannt sein, welchen Verlauf die Dinge bis zu den Wahlen im Juni noch nehmen werden.

Wilfried Schilling

Der Protest der Kieler Studenten

Am 29. 12. 1967 wird vom schleswig-holsteinischen Kultusminister eine neue Immatrikulationsordnung für die Kieler Christian-Albrechts-Universität erlassen. Diese Immatrikulationsordnung macht es möglich, Studenten, die ihre Zwischenprüfung oder ihr Schlußexamen nicht in der von den Prüfungsordnungen vorgesehenen Zeit abgeschlossen haben, zwangsweise nach einem Semester über die Zeit zu exmatrikulieren. Die Immatrikulationsordnung enthält aber noch andere, nicht weniger brisante Bestimmungen: eine „Berlinklausel", eine „Werkstudentenklausel", eine „Ausländerklausel" und eine „Kriminalitätsklausel". Die „Berlinklausel" besagt: wer an einer anderen westdeutschen Universität im Wege eines Disziplinarverfahrens zwangsexmatrikuliert wurde, kann in Kiel nicht mehr immatrikuliert werden. Die „Werkstudentenklausel": wer den Nachweis, daß ihm für ein „ordnungsmäßiges Studium" genügend Zeit zur Verfügung steht, nicht erbringen kann, wird zwangsexmatrikuliert. Die „Ausländerklausel": Ausländer können erst immatrikuliert werden, wenn sie über „ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen". Die Verschärfung dieser letzten Bestimmung gegenüber dem Status quo beschreibt der neue AStA-Vorsitzende Barke (HSU/SHB) wie folgt: „Mit gutem Grund waren ausländische Studenten bisher auch dann immatrikuliert, wenn sie zunächst nur Kurse am Lektorat ‚Deutsch für Ausländer' besuchten. Nur dadurch war gewährleistet, daß sie ein Visum erhielten, nur dann konnten sie die Stipendien ihrer Heimatländer empfangen. Nur durch die Immatrikulation kommen unsere ausländischen Kommilitonen in den Genuß verbilligter Theaterkarten und Straßenbahnfahrkarten. Nur dann sind sie durch die studentische Versicherung geschützt. Für Ausländer ist die Immatrikulation die Vorbedingung, um die Voraussetzungen für ein ordnungsgemäßes Studium zu erfüllen."

Die „Kriminalitätsklausel": einem Studenten, dem durch ein ordentliches Rechtsverfahren eine Freiheitsstrafe auferlegt wurde, kann die Immatrikulation bis zur Tilgung im Strafregister verweigert werden. Dazu Barke: „Einem Studenten, der wegen fahrlässigen Vergehens zu einer zweiwöchigen Freiheitsstrafe verurteilt wird, kann die Immatrikulation 10 Jahre lang verweigert werden; denn so lange dauert es bis zur Straftilgung. Hier wird nicht nur die Rehabilitierung Vorbestrafter verhindert, sondern der einmal Straffällige wird in geradezu biblischer Weise aus der Gesellschaft ausgeschlossen."

Die hier angeführten Zwangsexmatrikulations- und Zulassungsbestimmungen waren der Hauptanlaß der studentischen Kritik gegen die neue Immatrikulationsordnung. Inwieweit und mit welchen Mitteln setzte sich diese Kritik durch?

Zunächst das Kuriosum: die Kritik konnte sich erst artikulieren, nachdem die Immatrikulationsordnung bereits in Kraft war. Denn der überwiegend von Korporierten und RCDS-Mitgliedern besetzte AStA, der am 10. 1. 68 gestürzt wurde, unterließ es, die Studentenschaft über die Existenz eines Entwurfes für eine Immatrikulationsordnung zu informieren. Aber auch der Rechtsausschuß des Studentenparlaments, dem der Entwurf seit dem 15. 11. 67 vorlag, versagte total. Desgleichen die studentischen Senatsmitglieder Domann (RCDS/CDU und Korporierter) und Leuschner (SPD). Erst durch SDS-Flugblätter wurde die Studentenschaft direkt unterrichtet: am 4. 1. 68. Der SHB hatte am 2. 1. eine scharfe Presseerklärung gegen die Immatrikulationsordnung abgegeben.

Nach dem 4. 1. entsteht sehr schnell eine Einheitsfront der linken Studentenverbände (SDS, HSU, SHB, LSD). Für den 9. 1. wird ein Teach-In vorbereitet. Auf diesem erscheinen ca. 800 Studenten. Es wird eine Resolution mehrheitlich angenommen, die mit den Worten beginnt: „Die Zwangsexmatrikulation ist in der gegenwärtigen politischen Situation der BRD kein Zufall. In der Aufbauphase der BRD gab es kaum Bildungspolitik, sondern fast nur Wirtschaftspolitik. Nach dem Abschluß der wirtschaftlichen Aufbauphase suchen Wirtschaft und Staat nach neuen Mitteln, die Effizienz von Wirtschaft und Verwaltung durch bildungspolitische Maßnahmen zu steigern. Auch die Universität ist davon betroffen. Die bildungspolitischen Maßnahmen erschöpfen sich aber in administrativen Verfügungen. Durch kurzfristige Ausbildung sollen kurzfristig brauchbare Spezialisten herangezüchtet werden. Die Aufgabe der Universität erschöpft sich aber nicht in reiner Fachausbildung. Auch wir sind davon überzeugt, daß die Universität und das Studium reformiert werden müssen. Reformen können aber nicht durch administrative Zwangsexmatrikulationen ersetzt werden. Wir wehren uns dagegen, daß auf diese Weise die Studenten zum Objekt einer Politik gemacht werden, die weder für die Studenten noch für die demokratische Gesellschaft einen Fortschritt bedeutet." Die Resolution fordert den Rücktritt des Kultusministers v. Heydebreck (CDU) und die Zurücknahme der gesamten Immatrikulationsordnung.

Während des Teach-In wird darüber diskutiert, in welchen Formen die für den nächsten Tag vorgesehene Demonstration vor dem Kultusministerium stattfinden soll. Das Problem ist: soll die „Bannmeile" durchbrochen werden? Das Ergebnis der Diskussion ist: Einhalten der „Bannmeile", jedoch soll der Kultusminister aufgefordert werden, selbst an die „Bannmeile" zu kommen und sich den Studenten zu stellen. Der akademische Senat wird aufgefordert, sich dieser Forderung anzuschließen (was er noch am gleichen Tag ablehnte). Weiterhin wurde der anwesende Rektor aufgefordert, in der für den gleichen Abend anberaumten Senatssitzung die Zulassung von weiteren Studentenvertretern zu beantragen, was er auch tat. Das Ergebnis war: neben den offiziellen Studentenvertretern nahmen noch zusätzlich 11 Studenten an der Sitzung teil (es handelte sich um Vertreter der Hochschulgruppen, der Studentenzeitungen „Skizze" und „Res nostra", sowie einiger Wahlgemeinschaften), allerdings ohne Rederecht. Sie durften lediglich „zuhören".

Am nächsten Tag fand ein Demonstrationszug von ca. 2500 Studenten zum Kultusministerium statt. Der Kultusminister kam tatsächlich an die „Bannmeile". Es konnte ihm das Versprechen abgerungen werden, sich in den nächsten Tagen einer studentischen Voll-

versammlung in der Universität zu stellen. Ebenfalls wurde erreicht, daß v. Heydebreck versprach, die wichtigsten Zwangsexmatrikulationsbestimmungen „außer Kraft zu setzen".

Am Abend des gleichen Tages wurde bei Anwesenheit von ca. 800 Studenten der AStA Domann vom Studentenparlament gestürzt und ersetzt durch den Übergangs-AStA Barke, dessen Angehörige von HSU, SHB, SDS und LSD (aber auch einem Vertreter des RCDS) gestellt werden.

Am 16. 1. fand dann die Vollversammlung der Kieler Studentenschaft statt. Es kamen ca. 2500 Studenten, eine für Kieler Verhältnisse ungeheure Zahl (die Gesamtzahl der Studierenden beträgt 7000). Der Kultusminister versuchte, sich gleich zu Beginn in ein besseres Licht zu setzen, indem er die Außerkraftsetzung weiterer Bestimmungen der Immatrikulationsordnung ankündigte (z. B. der „Kriminalitätsklausel" und der „Berlinklausel"). Die Studenten drängten jedoch auf eine Zurücknahme der gesamten Immatrikulationsordnung, was v. Heydebreck ablehnte. Ergebnis: mit überwiegender Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein aufgefordert wird, den Kultusminister zu entlassen.

In der Öffentlichkeit sind die hier kurz geschilderten Ereignisse als ein „Erfolg" der Studentenschaft gewertet worden. Gewiß sind sie das auch. Jedoch besteht „kein Anlaß zur Ruhe", wie der neue AStA in einer seiner ersten Informationen an die Studenten erklärte. Denn: die versprochene Außerkraftsetzung der wichtigsten Paragraphen der Immatrikulationsordnung ist noch nicht amtlich, d. h. sie geschah noch nicht in der Form einer Erklärung in dem für solche Zwecke vorgesehenen Amtsblatt. Außerdem: die entsprechenden Paragraphen können jederzeit vom Kultusminister wieder in Kraft gesetzt werden. Immerhin hat die Studentenschaft durch ihre entschiedene Haltung der staatlichen Administration deutlich machen können, daß man die Studenten nicht einfach überfahren kann.

Ebenfalls kein Anlaß für eine Erfolgseuphorie besteht im Hinblick auf die Haltung der universitären Administration. Rektor und Senat erklärten sich zwar pauschal mit der Kritik der Studenten an der Immatrikulationsordnung einverstanden, betonten jedoch in einem Senatsbeschluß, daß sie eine Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Fristen für die Zwischenprüfung befürworten würden. Außerdem: der akademische Senat ist an dem Zustandekommen der inkriminierten Immatrikulationsordnung keineswegs unschuldig. Das gilt zumindest für den Senat unter dem Rektorat Erdmann im Jahre 1966 (Prof. Erdmann, CDU, ist bekanntlich auch Vorsitzender des Bildungsrates). Damals forderte der Senat vom Kultusminister die Möglichkeit einer Zwangsexmatrikulation, wenn auch „nur" für eine Fakultät. Rektor Erdmann dürfte damals der Hauptprotagonist der Zwangsexmatrikulation gewesen sein. Heute erklärt er offen, daß er die Zwangsexmatrikulation für unbedingt notwendig ansieht. Daß Erdmann noch immer großen Einfluß im Senat besitzt, wird in einem Artikel in der „Skizze" bestätigt, geschrieben von zwei Studenten, die an der oben erwähnten Senatssitzung am 9. 1. teilnahmen. Aufgrund ihrer Beobachtungen in der besagten Sitzung erklären die Studenten, „daß ein politisch versiertes Senatsmitglied (Erdmann) weitgehend in der Lage ist, die anderen suggestiv zu beeinflussen". Die Studenten spielen damit auf die Tatsache an, daß es Erdmann in der besagten Sitzung gelungen ist, zahlreiche Senatsmitglieder davon abzuhalten, für einen (ohnehin sehr zaghaften) Senatsbeschluß zu stimmen, der gegen die Immatrikulationsordnung v. Heydebrecks Stellung nahm.

Die Politisierung der Kieler Studentenschaft, die seit dem 2. Juni 1967 immer

deutlicher wurde, hat mit der studentischen Vollversammlung wahrscheinlich noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die zum gleichen Zeitpunkt bekannt gewordene Verfassungsschutzaffäre an der Kieler Universität wird noch zu einer weiteren Politisierung führen. Auch den Kieler Studenten wird immer deutlicher, daß Zwangsexmatrikulation, die hiesige reaktionäre Hochschulverfassung, das Regime der reaktionären Kultus- und Innenminister v. Heydebreck und Schlegelberger und die Verfassungsschutzaffäre (die viel größere Ausmaße hat, als in der Tagespresse bekannt wurde) nicht unabhängig voneinander sind, daß all diese Dinge, um mit der auf dem Teach-In vom 9. 1. angenommenen Resolution zu sprechen, „in der gegenwärtigen politischen Situation der BRD nicht zufällig", sondern vielmehr Symptome des allgemeinen politischen „Formierungs"-Prozesses sind.

Ein Ergebnis der Politisierung der Kieler Studenten ist, daß bei den Wahlen zum Studentenparlament, die kurz nach den hier geschilderten Ereignissen stattfanden, ein starker „Rutsch nach links" eintrat. Inwiefern die Studentenschaft den SDS für „verfassungswidrig" hält, machte sie dadurch deutlich, daß sie dem früheren SDS-Vorsitzenden Achterberg die meisten Stimmen gab: er erhielt etwas über 1000 Stimmen und damit 400 Stimmen mehr als der zweite (ein LSD-Mitglied). Auch die anderen beiden SDS-Kandidaten wurden ins Parlament gewählt. Der noch zu wählende AStA für die beiden nächsten Semester dürfte ein Mittelinks-AStA werden. Dieser AStA und auch der jetzt amtierende werden zeigen müssen, ob sie in der Lage sind, die Forderungen wirksam zu vertreten, die die studentische Vollversammlung aufstellte: die Forderung an den Innenminister, wegen der Verfassungsschutzaffäre „umgehend die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen", und die Forderung an den akademischen Senat, die „Drittelbeteiligung" zu akzeptieren und „den Studenten das Vorschlagsrecht für einen Kandidaten bei der Rektorwahl einzuräumen". Darüber hinaus forderte die Vollversammlung, daß bei jeder Rektorwahl die Kandidaten sich auch den Studenten vorstellen sollen, und zwar öffentlich.

Es kennzeichnet die politische Situation an der Kieler Unversität, daß der Antrag, in dem die zuletzt genannten hochschulpolitischen Forderungen formuliert sind, vom „Hochschulkritischen Arbeitskreis" eingebracht wurde. Dieser Arbeitskreis, in dem sich wöchentlich 40—50 Studenten treffen, um die Probleme der Hochschulpolitik zu analysieren, hat sich im Laufe des Semesters zu einer sehr wirksamen Einrichtung (ohne formellen Status) entwikkelt, die im Hinblick auf die offizielle Studentenvertretung auf die verschiedenste Weise eine kontrollierende und forcierende Rolle spielt. Eine ähnliche Funktion übt das „Kieler Aktionskommitee" aus, das nach dem 2. Juni 1967 gegründet wurde und mit dem „Hochschulkritischen Arbeitskreis" gut zusammenarbeitet, aber ebenso wie dieser keinen formellen Status hat.

Es ist zu erwarten, daß im kommenden Semester durch diese neuen Formen der politischen Willensbildung in Zusammenarbeit mit und in kritisch-kontrollierender Ergänzung zu der neuen fortschrittlichen offiziellen Studentenvertretung auch in Kiel weitere Voraussetzungen für den politischen Emanzipationsprozeß der Studentenschaft geschaffen werden.

Friedhelm Nyssen

Zum Protest der Bremer Schüler und Gewerkschafter

Auf denkwürdige Weise ist den Bremer Sozialdemokraten im Januar eine zusätzliche Quittung für Herbert Wehners „staatsmännischen" Entschluß präsentiert worden, die SPD in die Verantwortung für eine verfehlte CDU-Politik einzubeziehen. Denn soviel ist gewiß: Die Erhöhung der Straßenbahntarife war nur das auslösende Moment der Manifestation politischen Unwillens, zu der sich ein spontaner Schülerprotest gegen die Verteuerung der Straßenbahnfahrkarten auswuchs. Was sich an Groll über die Auswirkungen einer jahrzehntelangen CDU-Politik aufgestaut hat, entlud sich wie ein Donnerwetter über den Köpfen der SPD-Verantwortlichen in Bremen, denen der Schock über den Verlust der absoluten Mehrheit bei den Bürgerschaftswahlen am 1. Oktober ohnehin noch in den Knochen steckt.

In völliger Verkennung der Situation reagierten sie nach dem Notstands-Denkschema, das schon einen Protest gegen soziale Belastungen als Angriff auf die Grundlagen des Staates betrachtet. Senatspräsident Koschnick (SPD) gab die Parole aus: „Wir können uns nicht vom Druck der Straße erpressen lassen. Auf Terror muß mit Gewalt geantwortet werden." Sein sozialdemokratischer Innensenator Löbert verlangte: „Wir müssen uns hier durchsetzen." 700 Polizeibeamte waren schließlich im Einsatz, um niederzuknüppeln, was immer ihnen in die Quere kam.

Erst als die Verantwortlichen so eindeutig im Unrecht waren, daß auch der letzte Funken an Vertrauen zu ihrer Urteilskraft zu verlöschen drohte, schaltete Koschnick auf die „weiche Welle" um. Den Ausschlag gab die Erkenntnis, daß sich dem Protest der Schüler große Teile der Arbeiterschaft angeschlossen hatten. Mit dieser Einheitsfront eine Kraftprobe eingehen zu wollen, wäre einem politischen Selbstmord gleichgekommen.

Nachdem die Demonstranten am 5. Tag ihrer Protestaktionen dem Senat ein Ultimatum gestellt hatten, setzte sich Koschnick auf einer Sondersitzung des Senats praktisch an die Spitze der demonstrierenden Schüler und erklärte deren Vorgehen für berechtigt. Aber das eigentlich Neue stand noch bevor. Die Demonstranten hatten sich von Koschnick ausbedungen, daß er im Anschluß an die Sondersitzung der Bürgerschaft auf einer öffentlichen Kundgebung über seine Bemühungen zur Rückgängigmachung der Tariferhöhungen Rechenschaft ablegt. Und so geschah es. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sah sich der Regierungschef eines Bundeslandes genötigt, die gesicherten parlamentarischen Gefilde zu verlassen und vor einer demonstrierenden Menge Rede und Antwort zu stehen.

Es verwundert nicht, daß dieses Novum außerhalb Bremens weitgehend totgeschwiegen wurde. Man befürchtet, das Beispiel könnte Schule machen und den Mächtigen die Illusion rauben, Demokratie müsse sich auf ewige Zeiten auf das Ankreuzen eines Stimmzettels beschränken.

Der Ausgang des Ringens zwischen Schülern, Studenten, Arbeitern und dem Senat wurde bundesweit registriert. Er ist bekannt. Die erhöhten Straßenbahntarife mußten wieder gesenkt werden. Angespornt von dem Erfolg in Bremen, haben mittlerweile Schüler und Studenten in anderen Städten ebenfalls gegen Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln protestiert.

Einige besondere Merkmale der Bremer Demonstrationen müssen festgehalten werden. Die Proteste begannen als spontane Aktion ohne Dazutun der örtlichen Schülerverbände, die an den ersten Tagen sogar zur Beendigung der Demonstrationen aufriefen und sich erst später organisierend ein-

schalteten. Viele Schüler in den Klassen betrachten die etablierten Schülerorganisationen nicht als repräsentativ für die Stimmung und die Wünsche ihrer Kameraden. Dieses Auseinanderklaffen der Interessen auf der Schüler-Ebene setzte sich auf einer zweiten Ebene fort. Während nämlich Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben und Betriebsräte großer Werke sich mit den Schülern solidarisch erklärten, hielt sich die DGB-Führung am Ort völlig zurück und vermied jede Sympathiebekundung. Ein Differenzierungsprozeß war auch bei der Polizei zu beobachten. Viele einfache Beamte mißachteten die Befehle zum Gebrauch des Schlagstockes und distanzierten sich später von ihren Vorgesetzten. Es war von einer offenen Vertrauenskrise bei der Polizei die Rede.

Während über den Verbleib des Polizeipräsidenten in seinem Amt noch nicht entschieden ist (ob er bleibt oder nicht, wird vom Ausgang der Arbeiten des eingesetzten Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft abhängen), mußte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Boljahn, inzwischen seine Stellung räumen. Die Schülerdemonstrationen waren jedoch nur mittelbarer Anlaß. Boljahn wurde das Opfer parteiinterner Intrigen. Er stolperte über den Interessenkonflikt, der sich aus seiner Doppelfunktion als SPD-Fraktionsvorsitzender und DGB-Vorsitzender in Bremen ergab.

Boljahn wird seit Jahren wegen seiner Ämterfülle (er ist in zahlreichen Aufsichtsräten vertreten) als „starker Mann" der Hansestadt heftig kritisiert. Die Kritik kommt sowohl aus den Reihen des linken als auch des rechten Parteiflügels. Während die Linken Boljahn vorwerfen, er habe die Verbindung zur Arbeiterschaft verloren, beschuldigen ihn die Rechten, die Große Koalition von Bonn nicht überzeugend genug gegenüber der Mitgliedschaft zu vertreten.

Für Boljahn war nach den Schülerdemonstrationen, in deren Verlauf er heftig angegriffen worden war, die „Stunde der Wahrheit" gekommen. Welche Gründe sein Tun im einzelnen bestimmt haben, ist noch unbekannt, nur soviel scheint gewiß: über die Folgen seines Verhaltens konnte er keine Zweifel haben. In seiner Eigenschaft als DGB-Vorsitzender verlangte er den Verzicht auf die geplante Erhöhung verschiedener städtischer Steuern und Gebühren. Er trat damit für die Zurücknahme einer Maßnahme ein, der er zuvor in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der SPD im Koalitionsabkommen mit den Freien Demokraten zugestimmt hatte.

Auf der Jahreshauptversammlung der Bremer SPD wurde ihm vorgeworfen, der Partei in den Rücken gefallen zu sein. Die Delegierten wählten Boljahn aus dem Ortsvorstand ab und nominierten ihn auch nicht mehr für den Landesvorstand. Gleichzeitig wurde ihm nahegelegt, sich für die Zukunft entweder auf sein Amt als Fraktionsvorsitzender oder als DGB-Vorsitzender zu beschränken.

Boljahn entschied sich für das zweite. Ausschlaggebend für ihn dürfte gewesen sein, daß er in der Gewerkschaft nach wie vor starken Rückhalt besitzt. Boljahns Schicksal als Gewerkschaftsfunktionär wird davon abhängen, inwieweit es ihm gelingt, in den Betrieben jenes Vertrauen wiederzugewinnen, ohne das ein Mann in seiner Stellung verloren ist.

Die nun in Bremen eingetretene Konfrontation zwischen Gewerkschaften und SPD-Führung ist symptomatisch für die Entwicklung auf Bundesebene. Ähnliches gilt für die sichtbar gewordene Kluft zwischen dem Anspruch der SPD, Anwalt der sozial Bedrängten zu sein, und ihrer Bereitschaft, gemeinsam mit der CDU die Lasten einer verfehlten Politik auf die Schultern der kleinen Leute abzuwälzen. C. T.

Brecht in der Bundesrepublik

„Lebt er noch?", fragte dieser Tage ein offensichtlich bestürzter gutbürgerlicher westdeutscher Theaterkritiker. Bertolt Brechts siebzigster Geburtstag am 10. Februar 1968 fällt auf einen Zeitpunkt, da das „Theater des wissenschaftlichen Zeitalters", wie Brecht es konzipierte, die Krise der Herrschaftsform in der Bundesrepublik so erhellend verdeutlicht, daß sich erneut daran Diskussionen und bewußte Protesthaltungen entzünden. Die Brecht-Renaissance ist freilich nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Der amerikanische Kritiker R. G. Davies fragt, aus einer ähnlichen Wahrnehmung wie seine westdeutschen Kollegen (zitiert nach der deutschen Übersetzung in der Fachzeitschrift „Theater heute", Februar 1968): „Muß man zu Brecht zurückkehren? ... Historisch-episches Theater zu spielen, hier in den USA, die durch Film und Presse überschwemmt sind von zweideutigen Wahrheiten — das heißt unser Heil von Brecht erwarten ... Alles ist brauchbar, was uns hilft, den Illusionen des american way of life zu entkommen oder den Schlamm der amerikanischen Weltbeglückungsidee zu durchwaten, die ja unbarmherzig zum Mord führt. Benutzt Brecht!" Und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die sich, wie einst der „Berliner Börsencourier", ein linksliberales Feuilleton neben einem großindustriell dirigierten politischen und Wirtschaftsteil leistet, schreibt Günther Rühle (nicht zu verwechseln mit dem Kommentator des Fernsehens und der Springerblätter Jürgen Rühle): „Vor einigen Wochen gab es ein Aufhorchen. Auf den Fernsehschirmen protestierende Arbeiter im Ruhrgebiet. Zum erstenmal wieder mit roten Fahnen und einem Lied, das man für eine ferngerückte Melodie hielt: ‚Brüder zur Sonne, zur Freiheit'. Wie nahe war das plötzlich. Schon hat das Theater in Oberhausen Fahnen und Lied in eine Inszenierung der ‚Dreigroschenoper' einkopiert. Jugendliche singen mit. Es zündet noch. Es zündet wieder." In der gleichen Nummer der FAZ (vom 31. 1. 1968) moniert die Kritikerin Clara Menck, daß eine Inszenierung der „Dreigroschenoper" in Stuttgart „keine Funken gab", denn: „Da wurde keine Internationale gesungen, wie in Oberhausen." Da habe man Brecht als Klassiker mißverstanden, ihn sozusagen zeitlos interpretieren wollen, so daß niemand „politisch Anstoß nehmen konnte". Eine Brecht-Aufführung, die hier und heute in der Bundesrepublik nicht als Politikum wirkt, kann auch künstlerisch nicht „richtig" sein, meint Clara Menck, und man muß ihr recht geben.

Aus der Perspektive von 1968 dürfen sich, so meinte der CDU-Kreisvorsitzende in Oberhausen nach Günter Büchs spektakulärer „Dreigroschenoper"-Inszenierung, jene Politiker bestätigt fühlen, die in den fünfziger Jahren gegen Brecht-Aufführungen in der Bundesrpublik ihren Einfluß verwandten, weil sie „die politischen Folgen in Krisenzeiten voraussahen". (Man erinnere sich beispielsweise an die Stellungnahmen des damaligen CDU-Außenministers Heinrich von Brentano, des engagiertesten Verfechters eines Brechtboykotts.) Damals setzte sich die Regierung gegen das Theater in der Bundesrepublik nicht durch. Der Konflikt wurde seinerzeit zum kulturpolitischen Exempel. Die westdeutschen Theaterleiter wehrten sich energisch dagegen, wieder, wie in der Hitlerzeit, unter Zensur gestellt zu werden und dabei, das war ihr Hauptargument, den Anschluß eben an das „Theater des wissenschaftlichen Zeitalters", das Brecht grundgelegt hat, zu verlieren, folglich erneut in eine „Quarantäne" zu geraten, erneut „Provinz" zu werden. Es war der Frankfurter Generalintendant Harry Buckwitz, der den Brechtboykott brach und Brecht buchstäblich für die Bundesrepublik freispielte.

Gleichwohl war in den folgenden Jahren oft genug Grund zu der Frage, ob dieser Erfolg nicht doch einem Pyrrhussieg glich. Nicht zufällig wurde zum internationalen Theaterfestival in Paris, nach Edinburgh und London, nach Venedig und Stockholm mit Brechtaufführungen fast ausschließlich das bis zu seinem Tode von Brecht selbst seit 1948 geformte „Berliner Ensemble" vom Schiffbauerdamm eingeladen. Nicht zufällig lehnte auch das westliche Ausland bundesdeutsche Brechtaufführungen als „nicht werkgerecht" ab. Der englische Regisseur Peter Brooks etwa meinte im Jahre 1962: „Selbst auf dem New Yorker Broadway wird Brecht heute richtiger gespielt als in Frankfurt oder Düsseldorf." (In Westberlin verhinderte der Einfluß des „Welt"-Kritikers Friedrich Luft bis Anfang der sechziger Jahre jede Brechtaufführung.) Man machte aus den Analysen des Klassenkampfes und der Selbstentfremdung des Menschen im Kapitalismus, die Brechts Thema sind, eine Art Märchen- und Zaubertheater unter der trügerischen Fiktion, Brecht gehe es nicht um die Veränderung der Zustände, sondern um eine eher fatalistische Darstellung des Leids und der verfolgten Herzensgüte, die „zeitlos" gemeint sei. Erst die zornigen jungen Regisseure der sechziger Jahre machten gegen diese Brechtverharmlosung Front. In bezug auf die Rubrizierung Brechts als Klassiker äußerte unlängst etwa Hansgünter Heyme (der neben Brecht vor allem Peter Weiss in der Bundesrepublik als revolutionären Dramatiker erkannte und inszenierte): „Das Prädikat Klassiker entschärft ein Werk und macht es genießbar für die, denen sein Widerspruch gilt ... Kritisches Theater sollte die Momente, die zur Veränderung führen, reflektieren."

Junge Regisseure wie Heyme, Büch, Zadek haben die Gemütlichkeit des westdeutschen Theaterbetriebs zerstört und sind dabei, neu ein zeitgerechtes und damit politisch „kritisches Theater" zu entwickeln. Sie haben mit der (leider auch von in die Bundesrepublik entlaufenen ehemaligen Brechtassistenten wie Egon Monk geförderten und gegen Brechts Widerspruch manipulierten) Vorspiegelung radikal aufgeräumt, als sei Brecht durch „Bearbeitung" zum „zeitlosen Klassiker" zu „entpolitisieren". Dieser zweite, indirekte Boykott des „Theaters des wissenschaftlichen Zeitalters" war in der Tat viel gefährlicher als der erste gewaltsame durch die CDU-Oberen in den fünfziger Jahren. Die Umarmung Brechts durch die Abtrünnigen unter seinen einstigen Jüngern und durch die alles verwässernden Routiniers eines kommerziellen Kulturbetriebs hätte ihn beinahe unserem Theaterpublikum tatsächlich entfremdet. Wenn nicht Siegfried Unseld und sein Suhrkamp-Verlag gegen so manche Schikanen und Angriffe unermüdlich und unverdrossen den Lesenden und Lernenden Brechts Texte in erschwinglichen Volksausgaben angeboten hätte. Im Bewußtsein der vielen Brechtleser ist Brecht unverfälscht präsent geblieben.

Inzwischen gibt es einen Generationenwechsel am Theater, auch in der Bundesrepublik. Inzwischen findet auch hierzulande Resonanz, was man international unter dem „Theater der neuen Linken" versteht (Peter Weiss, Armand Gatti, Cesaire, Megan Terry, Barbara Garson, das Living-Theatre, Joan Littlewoods Theatre Workshop u. a.). Vietnam und Angola, Kongo und die Auseinandersetzungen in der amerikanischen Kriegsinterventionistengruppe werden auf der Bühne kritisch dargestellt. Günter Büch, der als Dramaturg und Spielleiter Oberhausen zu einem Theater der neuen Linken im Ruhrrevier machte, hat nun gerade das Stück von Brecht, das allgemein als am ehesten dem „kulinarischen Theater", dem Theater des bloßen Genießens anheimgefallen galt, nämlich die „Dreigroschenoper", aktualisiert — Anregungen Brechts aus den fünfziger Jahren zeitgenössisch aufgreifend. Und es genügten wenige Akzente und Hervor-

hebungen, damit dieses Stück wieder als echter Brecht kenntlich und in Brechts Sinn politisch virulent wurde. Büch und die neue Linke unter unseren Regisseuren gehen davon aus, daß Brecht immer „Kampfsituationen" darstellt und nicht das undefinierbar „allgemein Menschliche", das ihm die Manipulierer anhängen wollen. Es geht ganz einfach darum, Brecht wieder wörtlich zu nehmen. „Der Räuber Maceath", heißt es in Brechts so lange ignorierten Anmerkungen zur Dreigroschenoper, „ist vom Schauspieler darzustellen als bürgerliche Erscheinung. Die Vorliebe des Bürgertums für Räuber erklärt sich aus dem Irrtum: ein Räuber sei kein Bürger. Dieser Irrtum hat als Vater einen anderen Irrtum: ein Bürger sei kein Räuber." Beherzigt man das, dann bedarf es nur der Projektion eines — stillgelegten? — Fördertums auf der Szene, um im Ruhrgebiet jedermann im Parkett die Wahrheit des Satzes ungemütlich zu verdeutlichen: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes?" (Und gegen seine Entlassung, wofür die Unternehmensgesellschaft eine Prämie bezieht?)

Als ein Kumpelchor auf die Bühne kam und „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" sowie zum Schluß die Internationale sang, da sangen auch viele junge Menschen im Parkett in Oberhausen, neben manchen betroffenen Älteren, kräftig mit.

Lebt er noch? Das ist heute keine Frage. Man hat Brechts Werk, seine Aufführung und die Verbreitung seiner Texte in der Bundesrepublik mit allen Schikanen zunächst zu verhindern gesucht, dann mit Manipulationen unschädlich machen wollen. Aber Manfred Weckwerth, der heutige Chef des „Berliner Ensembles", sagt zu Recht, was Brechts Theater für die gesellschaftliche Auseinandersetzung in der Phase des Spätkapitalismus für die Bundesrepublik bedeutet. „Mit Namen, Rang und Gesicht" wird Herrschaft und Ausbeutung, auch in ihren verdeckten Formen, gezeigt. Bei uns geht es freilich heute nicht in erster Linie darum, wie in der DDR, kritisch aufzunehmen, in welcher Form „die Arbeit an der neuen Gesellschaft die Menschen verbindet" — was nicht Weckwerth sagt, sondern die westdeutsche Kritikerin Marianne Kesting nach einem Besuch beim „Berliner Ensemble". Unsere jungen Brechtregisseure legen den Ton auf die dialektische Entlarvung der „Entpersönlichung durch Massenmanipulierung", wie sie hierzulande zu den Techniken der Herrschaft gehört.

Es ist die „Perspektive der anderen Seite", die Marx einführte und Brecht konsequent zum Angelpunkt seines Theaters des wissenschaftlichen Zeitalters machte. Statt der Geschichte der Herrschenden faßte er die Geschichte der Beherrschten ins Auge. Davon geht auch seine vielzitierte und oft zerredete Verfremdungstechnik aus, daß sie mit allen Mitteln der Demonstration auf der Bühne (außer mit irrationalen Mitteln) die zur Gewohnheit für die Beherrschten gemachten Blickpunkte der Anpassung durchbricht, die „Verwunderung am gewohnten Vorgang" produziert und das Vertraute, als scheinbar unveränderlich Hingenommenes, unter den sozialkritischen Aspekt der Veränderbarkeit stellt. „Alle zehn Jahre ein großer Mann/Wer bezahlte die Spesen?" Niemand wird sich der intensiven Aktualität etwa eines solchen Brechtzitats aus den „Fragen eines lesenden Arbeiters" entziehen können. Solange Brecht in Gesellschaftsordnungen wie der unseren lebte und ihnen die „Perspektive der anderen Seite" entgegenhielt — und das war die längste Zeit seines Lebens — so lange sagte er denen, die ihm rieten, sich mit dem Bürgertum zu arrangieren (das doch so „verliebt" sei in seinen „Stil"), ihn beunruhige zu sehr, was in den bürgerlichen Zeitungen „angekündigt" werde. „Alle zehn Jahre ein großer Mann." Während noch die Frage unbeantwor-

tet ist, wie die „Spesen" für Adenauer aus den leeren Kassen bezahlt werden sollen (wer sie bezahlt, steht natürlich fest), erscheint die systemimmanente Wochenzeitung „Christ und Welt" bereits mit der Balkenüberschrift „Warten auf Strauß".

In den Geschichten von Herrn Keuner hat Brecht das Herrschaftssystem der Manipulation beschrieben, das es rechtzeitig vor einer neuen Katastrophe zu durchschauen gilt, das System der Abrichtung, das den Menschen im Obrigkeitsstaat zur Ware und zum Objekt von Macht bestimmt. Dieses System ist heute in der Bundesrepublik da durchsichtig geworden, wo es, wie etwa an der Ruhr, in der Krise die Menschen, die sich ihm fügten, offen der Not und dem Elend aussetzt.

Wo das System noch nicht von der Krise heimgesucht ist, sollte man sich darin erinnern, wie Brecht Herrn Keuner plastisch schildern läßt, was wäre, „wenn Haifische Menschen wären": „Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie im Meer für die kleinen Fische gewaltige Kästen bauen lassen mit allerhand Nahrung drin, sowohl Pflanzen als auch Tierzeug. Sie würden sorgen, daß die Kästen immer frisches Wasser hätten, und sie würden überhaupt allerhand sanitäre Maßnahmen treffen. Wenn zum Beispiel ein Fischlein sich die Flossen verletzen würde, dann würde ihm sogleich ein Verband gemacht, damit es den Haifischen nicht wegstürbe vor der Zeit. Damit die Fischlein nicht trübsinnig würden, gäbe es ab und zu große Wasserfeste; denn lustige Fischlein schmecken besser als trübsinnige. Es gäbe natürlich auch Schulen in den großen Kästen. In diesen Schulen würden die Fischlein lernen, wie man in den Rachen der Haifische schwimmt ... Die Hauptsache wäre natürlich die moralische Ausbildung der Fischlein. Sie würden unterrichtet werden, daß es das Größte und Schönste sei, wenn ein Fischlein sich freudig aufopfert, und daß sie alle an die Haifische glauben müßten, vor allem, wenn sie sagten, sie würden für eine schöne Zukunft sorgen. Man würde den Fischlein beibringen, daß diese Zukunft nur gesichert sei, wenn sie Gehorsam lernten ... Kurz, es gäbe überhaupt erst eine Kultur im Meer, wenn die Haifische Menschen wären."

Friedhelm Baukloh

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Prof. Dr. Harold Rasch

Warum Anerkennung der DDR?

I

Noch vor wenigen Jahren waren die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Deutschen Demokratischen Republik, soweit es um mehr als Fragen des Interzonenhandels, der Verwandtenbesuche und ähnlicher Dinge ging, nahezu tabu. Wer es — wie der Verfasser dieser Zeilen [1]) — wagte, sich öffentlich für eine Anerkennung der DDR einzusetzen, wurde im günstigsten Fall systematisch totgeschwiegen. Das ist jetzt völlig anders geworden. Zwar sind wir amtlich noch immer weit von der Herstellung normaler Beziehungen zum zweiten deutschen Staat entfernt, aber das bundesdeutsche Klima hat sich erheblich geändert. Nicht nur unter den parteipolitisch nicht gebundenen „Intellektuellen", sondern auch in den Kreisen der SPD, der Freien Demokraten, der Gewerkschaften und in der studentischen Jugend wird das Thema heute mehr oder minder offen erörtert. Bundeskanzler Kiesinger korrespondiert wenigstens schon mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, ja er hat selbst die Existenz einer „Anerkennungspartei" in der Bundesrepublik zugeben müssen. Wilhelm Wolfgang Schütz, Vorsitzender des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland", fühlt sich bemüßigt, mit Gedanken an die Öffentlichkeit zu treten [2]), die zwar keinen sachlichen Fortschritt bringen, aber doch die Unruhe zeigen, die die herrschenden Schichten angesichts einer zunehmenden Wandlung in der öffentlichen Meinung ergriffen hat. Ein kleines, aber bezeichnendes Symptom auch: eine Leserzuschrift des Verfassers an die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu dieser Frage hat nicht allein ihm selbst eine Fülle von Erwiderungen eingebracht, sondern auch die sonst so stark dem Establishment verbundene Redaktion veranlaßt, sechs solcher Stellungnahmen abzudrucken.[3])

Warum fordern wir die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und werden sie weiter fordern, solange uns irgend ein „Notstand" noch nicht mundtot gemacht hat? Die Antwort ist im Grunde denkbar einfach: schon deshalb, weil wir den Frieden in Mitteleuropa wünschen und es keine andere Möglichkeit gibt, dieses Ziel zu erreichen, als die, daß wir die Ergebnisse des von uns vom Zaun gebrochenen Krieges als verpflichtend hinnehmen.

II

Zu den törichtesten, aber immer wiederkehrenden Einwendungen der „Anerkennungsgegner" gehört der Hinweis, man dürfe in einer Lebensfrage der Nation der Regierung nicht in den Rücken fallen, die Kraft ihres politischen Wollens nicht schwächen. Mit solchen Argumenten unterdrückten die Nazis jede selbständige geistige Regung und sucht heute Präsident Johnson die Kritik an seinem Krieg in Vietnam zu unterdrücken. In Wahrheit kann natürlich keine Rede davon sein, daß irgendein Teil der Politik der Regierung für die Bürger unangreifbar

---

[1]) „Blätter", Heft 5/61.
[2]) Sein Memorandum ist im vollen Wortlaut in der „Zeit" vom 8. 12. 1967 Nr. 49 S. 9 abgedruckt.
[3]) FAZ v. 21., 27., 30. November, 1., 6., 11. Dezember 1967 Nr. 271, 275, 278, 279, 283, 297.

sei. Im Gegenteil, gerade wenn es sich um eine Lebensfrage der Nation handelt — und dazu gehört unser Verhältnis zur DDR doch gewiß —, ist die kleine, politisch interessierte Schicht des Volkes erst recht aufgerufen, kritisch Stellung zu nehmen, und zwar keineswegs hinter dem Rücken der Regierung, sondern in aller Öffentlichkeit.

Nicht viel besser steht es mit den Argumenten derjenigen, die eine Anerkennung der DDR unter Hinweis auf deren Verfassungsstruktur ablehnen, sei es, daß sie ihrer Regierung die demokratische Legitimation absprechen, sei es, daß sie — wie neuerdings Wilhelm Wolfgang Schütz — behaupten, keine Form der völkerrechtlichen Anerkennung käme für „zwei Teilstaaten" in Betracht, „die einander nicht Fremde, nicht Ausland sind".

Zu dem Hinweis auf die fehlende demokratische Legitimation der Regierung der DDR ist wenig zu sagen. Die rechtliche Existenz eines Staates hat nichts mit der Frage seiner inneren Verfassung zu tun, sondern hängt ausschließlich von der Effizienz seiner Regierung ab. Die Bundesregierung unterhält diplomatische Beziehungen zu Spanien, Portugal, Griechenland und zahlreichen anderen Staaten, deren Regierungen kaum als „demokratisch" legitimiert angesehen werden können; von mehr als der Hälfte der Mitglieder der UNO gilt dasselbe. Gewiß, bei der DDR handelt es sich um einen deutschen Staat, insofern liegen die Dinge anders. Aber die Geschichte kennt keine Garantien für die Unwandelbarkeit staatsrechtlicher Verhältnisse. Wer die Teilung des früheren Reichs als „widernatürlich", vielleicht als dem Willen der Mehrheit des Volks in seiner Gesamtheit widersprechend empfindet, wird doch zugeben müssen, daß auch Hitlers Krieg, der zu dieser Teilung geführt hat, eine recht „widernatürliche" Sache war. Man kann aber nicht gut die Jahre von 1933 bis 1945 aus der deutschen Geschichte streichen und die Entwicklung der Nachkriegszeit an Grundsätzen messen, wie sie die Ausgaben von Lehrbüchern des Völkerrechts aus dem Jahr 1913 enthielten.

Nun hat W. W. Schütz der Diskussion um die „Deutsche Frage" einen nicht ganz neuen, aber jetzt besonders prononciert vorgetragenen Gedanken hinzugefügt: Die alten Formeln aus den goldenen Jahren Konrad Adenauers entsprechen nicht mehr der Wirklichkeit, das sagt er ganz offen, niemand nimmt sie noch ernst. An der Existenz zweier „deutscher Teilstaaten" ist nicht zu zweifeln. Aber diese beiden Gliedstaaten sind laut Schütz „im Verhältnis zueinander kein Ausland", und deshalb „können zwischen ihnen nur staatsrechtliche, nicht völkerrechtliche Beziehungen bestehen". „Anerkennung oder Nichtanerkennung findet zwischen fremden Staaten statt ... Weder die Forderung nach Anerkennung noch die Beteuerung der Nichtanerkennung hat auf Deutschland angewendet irgendwelchen Sinn." „Die Gemeinschaft der deutschen Teilstaaten schafft eine innerdeutsche, aber keine außenpolitische Verbindung."

Es ist schwer verständlich, daß die Auslassungen des Vorsitzenden des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" in den ersten Tagen nach ihrem Bekanntwerden so heftige Proteste von Mitgliedern der Regierungskoalition ausgelöst haben, ja es liegt eigentlich nicht fern zu vermuten, daß ihre, angeblich auf Indiskretion beruhende, vorzeitige Veröffentlichung durchaus mit Wissen und Willen führender politischer Kreise erfolgt ist, die das Bedürfnis hatten, wieder einmal etwas Dampf abzulassen und die Freiheit der Meinungsäußerung in der Bundesrepublik unter Beweis zu stellen. Denn in der Sache rückt Schütz in keiner Weise wesentlich von den offiziell verkündeten Illusionen ab, weicht er der wirklichen Problematik genau so aus wie die Regierungskoalition. Sicher, noch sprechen wir hüben und drüben wenigstens grammatikalisch die gleiche Sprache, noch gibt es

eine auch in Ost-Berlin anerkannte deutsche Nation, noch sind Goethe und Schiller, Gerhart Hauptmann und Thomas Mann gemeinsamer geistiger Besitz dieser Nation. Aber mit einem gemeinsamen Geschichtsbewußtsein — wenn es so etwas gibt — hapert es schon erheblich, gemeinsames Recht sieht Schütz selbst nur noch in „Restbeständen", „gemeinsame Zielvorstellungen von staatlicher Einheit in der Zukunft" zu erkennen, verlangt bereits mehr als Optimismus. Die Familienbande werden von Jahr zu Jahr lockerer, der Verkehr von Mensch zu Mensch, der Austausch von Gütern und Kapitalien wickelt sich sehr viel einfacher und rascher zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz, Frankreich, Holland, Belgien als zwischen ihr und der DDR ab, die Grundelemente der gesellschaftlichen Ordnungen sind zutiefst verschieden. Und wie verträgt sich die These von Schütz, die DDR sei im Verhältnis zur Bundesrepublik Inland, mit der unbestreitbaren Tatsache, daß beide Staaten überall „Geheimnisverrat" zugunsten des anderen wittern und verfolgen, eine Haltung, die, wenn überhaupt, Sinn nur in bezug auf das Ausland, nicht aber im Verhältnis zwischen deutschen Gliedstaaten wie etwa Hessen und Bayern hat? Wie paßt sie zu der von der Presse gemeldeten — durchaus korrekten — Praxis unserer neuen Botschaft in Bukarest, sich für Deutsche aus der DDR als nicht zuständig zu erklären?

Mit seiner „Inlands-Theorie" trifft der Kuratoriums-Schütz also kaum ins Schwarze, doch das ist nicht einmal der Haupteinwand, den wir gegen ihn vorzubringen haben. Dieser Haupteinwand ist vielmehr: In- und Ausland, staats- und völkerrechtliche Beziehungen sind juristische Kategorien, und auf solchen sind die bisherigen Bundesregierungen bereits bis zum Überdruß herumgeritten. Aber das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR ist nicht so sehr juristisch zu analysieren, als vielmehr politisch zu gestalten, und in dieser Hinsicht bietet Schütz keinerlei neue Gedanken. Auf ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten, auf eine Befriedung der Beziehungen zwischen ihnen kommt es zunächst einmal an, und das setzt selbstverständlich voraus, daß man sich gegenseitig „anerkennt". Ob das Wort „Anerkennung" in einer förmlichen Erklärung der Bundesregierung gebraucht wird, ob man „Botschafter", „außerordentliche Gesandte" oder vorerst noch gar keine ständigen Vertreter austauscht, ist von untergeordneter Bedeutung. Über die Frage aber, ob Bundesrepublik und DDR im Verhältnis zu einander In- oder Ausland sind oder irgendeine Art von Sondergebilde darstellen, mögen sich spätere Doktoranden des Staatsrechts den Kopf zerbrechen.

III

Die einzig sinnvolle Fragestellung kann also wie bei jeder politischen Entscheidung nur lauten: Was bringt uns eine Anerkennung der DDR? Bietet sie uns — um einige der von der FAZ veröffentlichten Zuschriften zu zitieren — die „Gewißheit, daß dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, die unnatürliche und vom deutschen Volk nicht gewünschte Spaltung zu überwinden"? Oder fehlt nicht vielmehr der „Nachweis, daß eine schließlich völkerrechtliche Anerkennung der östlichen deutschen Teilordnung uns der staatlichen Einheit Deutschlands näher bringen würde"? Hat etwa ein Mitglied des Bundestages recht, wenn er sagt: „Die Politik der Kontakte kann nur dann zu einem Erfolg führen, wenn mit dem Angebot der Kontakte auch unsere Forderungen verbunden werden ... Deshalb Politik der Kontakte, wenn auch die Gegenseite zu Kontakten und Gegenleistungen bereit ist."?

Nun, derartige „Gewißheiten" gibt es selbstverständlich nicht, derartige „Nachweise" können nicht erbracht werden, aber das ist kein ernsthaftes Gegenargu-

ment, denn noch niemals hat ein Politiker im voraus „beweisen" können, daß seine Politik bestimmte Folgen haben werde. Nur daß alle bisherigen Versuche, die DDR zu isolieren und auszumanövrieren, kläglich gescheitert sind und nach aller geschichtlichen Erfahrung auch weiterhin scheitern werden, läßt sich mit hinreichender historischer Genauigkeit dartun, und daraus folgt zunächst einmal die Notwendigkeit, die bisherige Politik grundlegend zu ändern. Was aber die Gegenleistungen der anderen Seite betrifft, so müssen völlig schiefe Vorstellungen korrigiert werden.

Wir wünschen normale Beziehungen zur DDR nicht, weil Ost-Berlin, Warschau und Moskau solche verlangen, sondern weil es im ureigensten Interesse der Bundesrepublik selbst liegt. Weil es uns von Fesseln befreit, die wir uns — ähnlich wie die der berüchtigten Hallstein-Doktrin — selbst angelegt haben. Weil es uns endlich in die Lage versetzt, Politik zu treiben, d. h. die Zukunft in die eigene Hand zu nehmen, anstatt unsere Kräfte mit scheinjuristischen Mätzchen zu vergeuden. Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik — mag sie staats- oder völkerrechtlicher oder wie immer sonst gearteter Natur sein — ist keine materielle Leistung der Bundesrepublik, sondern lediglich Voraussetzung eigenen politischen Handelns. Sie bedarf daher auch keiner besonderen Gegenleistung durch die „Zone" (ganz abgesehen davon, daß die Zeiten, in denen wir eine solche Gegenleistung hätten verlangen können, längst vorüber sind), sondern trägt ihren Gegenwert in sich selbst, in der Chance, die die Zukunft allen gibt, die guten Willens sind.

Und welcher Chance! Wir könnten zu vernünftigen langfristigen Abmachungen über den Verkehr von Mensch zu Mensch, über die Erhaltung und Erweiterung der kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Beziehungen gelangen, ohne jede einzelne Verhandlung vorweg mit Streitigkeiten über Amtsbezeichnungen, Nationalflaggen (Olympische Spiele), Salvatorische Klauseln und ähnlichen Albernheiten zu belasten. Wir könnten einen innerdeutschen Lastenausgleich herbeiführen, der der Tatsache Rechnung trägt, daß die DDR durch Demontagen und Reparationen aller Art weit ärger unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs gelitten hat als die Bundesrepublik, und so ganz Wesentliches für die Hebung des Lebensstandards unserer „Brüder und Schwestern" tun, für die die amtliche Politik der Bundesrepublik bisher nichts als Phrasen übrig gehabt hat. Auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe könnten beide deutschen Staaten fruchtbar zusammenarbeiten. Und wir könnten vor allem im Gespräch von Deutschen mit Deutschen das unsere dazu beitragen, daß der in Mitteleuropa noch immer geführte Kalte Krieg endlich durch eine dauerhafte Friedensordnung ersetzt wird. Ist das etwa nichts?

Es wird auch schwierige Themen geben, ohne Zweifel, nicht nur solche finanzieller Natur. Man wird über den zukünftigen Status von West-Berlin sprechen und sich zu diesem Zweck etwas einfallen lassen müssen. West-Berlin ist staats- und völkerrechtlich nicht einfach Teil der Bundesrepublik, sondern ein Gebilde eigener Art, wenn auch in seiner gesamten gesellschaftlichen Struktur, wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch aufs engste mit ihr verbunden. Aber das Thema Berlin steht ohnehin, zum mindesten im Hintergrund, ständig auf der Tagesordnung, erst die jüngste diplomatische Aktivität der Sowjetunion hat es wieder gezeigt, und wir können schwerlich annehmen, daß wir uns für alle Ewigkeit durch Berufung auf eine Viermächte-Verantwortung, d. h. praktisch durch Versteckspiel hinter dem immer noch breiten Rücken von Onkel Sam, um eigene Gedanken herumdrücken können. Zeit genug ist bereits verstrichen, eine unbegrenzte Frist wird uns keinesfalls mehr zur Verfügung stehen.

Noch immer fehlt es an wirklich entscheidenden Schritten zur Versöhnung der Bundesrepublik mit der slawischen Welt. Wir wünschen uns gewiß ein gutes Verhältnis zu Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten und sehen verzweifelt, wie die Politik der Bundesregierung — teils durch eigene Schuld, teils unter dem Druck von außen — immer hilfloser zwischen diesen Mächten hin- und herlaviert. Aber zum mindesten ebenso wichtig wie das militärische Bündnis (NATO) und der Ausbau der wirtschaftlichen Einheit (EWG) im Westen ist die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei, ja in mancher Hinsicht würde eine solche auch unserem Verhältnis zu unseren Verbündeten im Westen nur zugutekommen. Unsere Sache ist es, um das Vertrauen des Ostens zu werben, nicht umgekehrt. Das aber können wir nicht, solange wir versuchen, einen Teil der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die Errichtung eines selbständigen zweiten deutschen Staates, vorweg rückgängig zu machen. Gewaltverzichtserklärungen, wie sie die Bundesregierung neuerdings wiederholt angeboten hat, sind gut und schön, aber entweder schließen sie die DDR als Adressat und Vertragspartner solcher Erklärungen ein, dann erkennen wir diese als souveränen Staat an, oder aber wir machen insoweit irgendwelche fein ausgetüftelten Einschränkungen und Vorbehalte, dann sind alle Erklärungen, weil keine wirkliche Befriedung schaffend, wertlos. Wir können insbesondere nicht erwarten, daß Polen irgendwelche Beteuerungen hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze ernst nimmt, solange wir die DDR, um deren Grenze es hier in erster Linie geht, in ihrer Existenz nicht anerkennen wollen.

IV

Warum ergreifen unsere Politiker ihre Chancen nicht? An einen Erfolg der „Politik der Stärke", wie ihn die CDU/CSU dem Volk in den fünfziger Jahren vorgaukelte, glauben sie offenbar selbst nicht mehr. Hängen sie etwa insgeheim immer noch den Thesen des ostpreußischen Arztes Wilhelm Starlinger an, der auf Grund seiner Gespräche in russischen Gefangenenlagern dem Bundeskanzler Adenauer einredete, eines Tages würde, wenn schon nicht die NATO, so doch der von China ausgehende Druck die Sowjets veranlassen, in der „Deutschen Frage" klein beizugeben und die „Zone" fallenzulassen?

Nein, nicht nur Willy Brandt und Herbert Wehner, sondern auch Kurt Georg Kiesinger und wenigstens einige seiner Parteigenossen sind sicher intelligent genug, um zu wissen, was zu tun notwendig wäre, wollte man wirklich eine „neue Ostpolitik" treiben. Sie wagen es nur nicht, weil sie sich davor fürchten, die eingefahrenen Gleise zu verlassen, weil sie den Kampf um die Zukunft scheuen, die innerpolitische Auseinandersetzung mit einem großen Teil ihrer Wähler und den sie tragenden restaurativen gesellschaftlichen Kräften, aber auch die Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ordnungen, wie sie Osteuropa und die DDR beherrschen.

Vor fast fünfzig Jahren, am 13. März 1919, schrieb Kurt Tucholsky in der „Weltbühne", jener Wochenschrift, die die Intelligenz der Linken damals geistig verband, über den deutschen Spießbürger: „Dieses deutsche Bürgertum ist ganz und gar antidemokratisch, dergleichen gibt es wohl kaum in einem anderen Lande, und das ist der Kernpunkt alles Elends ... Sie kennen zwischen patriarchalischer Herrschaft und einem ins Räuberhafte entarteten Bolschewismus keine Mitte, denn sie sind unfrei. Sie nehmen alles hin, wenn man sie nur verdienen läßt." Nun, wir wollen nicht zu anderen Ländern hinüberblicken, bei uns jedenfalls hat sich seit jener Zeit unserer Jugend nach dem Ersten Weltkrieg nicht allzu viel

geändert. Noch immer genügt es, das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand zu malen, dann hört das Denken auf. Dann liegt alles Heil allein beim Staatsanwalt, bei Notstandsgesetzen und bei den Generälen, nur daß man heute nicht mehr auf Kanonen aus dem Hause Krupp, sondern auf Atombomben amerikanischer Provenienz vertraut. Es sind dieselben Leute, die zwar über die wachsende Zahl der Neonazis jammern, aber sich nicht überlegen, daß die Heerscharen des Herrn von Thadden auch das Produkt der Illusionen sind, die sie selbst zwanzig Jahre genährt haben und die nun, nachdem Erfolge ausgeblieben sind, endlich „nationale Taten" verlangen. Der Ausweg ist dann lediglich ein technischer Trick, die Ersetzung des geltenden durch ein „mehrheitsbildendes" Wahlrecht nach britischem Muster, wobei man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen hofft: der „Rechtsradikalismus" ist in seinem Vormarsch gehemmt und das Gewissen im Hinblick auf die mißtrauischen Beobachter der Bundesrepublik im Ausland beruhigt, zugleich aber auch den bösen Kommunisten samt ihrem Anhang ein neuer kräftiger Schlag versetzt.

Aber wie lange will man eigentlich die Politik der Illusionen noch fortsetzen? Bis der letzte 1945 im Osten geborene Bundesbürger verstorben ist, bis zum Jahre 2015 also, wenn wir mit einem biblischen Lebensalter rechnen? Bei Bildung der „Großen Koalition" sprach man davon, daß die „Stunde der Wahrheit" angebrochen sei, doch bisher ist davon nicht viel zu merken. Insbesondere den Managern der Vertriebenenverbände hat noch kein verantwortlicher Politiker gesagt, daß der Verlust der früheren preußischen Provinzen im Osten ein Verlust ist, den politisch alle Deutschen zu tragen haben, und daß es den unmittelbar durch die Vertreibungen Betroffenen keinesfalls gestattet werden kann, eine Befriedigung in Mitteleuropa durch ihr Veto zu verhindern.

V

Aber mehr noch als Auseinandersetzungen mit kleinbürgerlich-bäuerlichen Kräften der Restauration im Innern, wie sie vor allem in den Verbänden der Vertriebenen organisiert sind, fürchten unsere Politiker die Wirkungen, die von einer Berührung mit der kommunistischen Welt ausgehen könnten. Das ist insofern verständlich, als eine Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zwar noch auf lange Zeit hinaus die Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten unberührt lassen wird, die zunehmenden innerdeutschen Kontakte aber, da niemand beziehungslos zu seinen Nachbarn leben kann, die Diskussion über die verschiedene Struktur der Gesellschaft in West und Ost mächtig beleben müssen. Dennoch dürfen wir dieser Auseinandersetzung nicht ausweichen, wollen wir nicht in eine taktisch ständig schwächere Position geraten. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, die unabänderlichen Realitäten zu erkennen und aus dieser Erkenntnis das Beste zu machen.

Fünfzig Jahre sowjetischer Wirklichkeit haben auch die Historiker des Westens gelehrt, in der Oktoberrevolution von 1917 vor allem ein geschichtliches Ereignis von einmaliger Größe, der der Französischen Revolution von 1789 im Rang zum mindestens durchaus gleichwertig, zu sehen. Sollten uns nicht annähernd zwanzig Jahre Wirklichkeit einer Deutschen Demokratischen Republik genügen, auch in den sozialen Umwälzungen, die dort nach 1945 stattgefunden haben, unabhängig von jeder Interessenlage zuerst und vor allem einen historischen Prozeß zu erblicken, der verstanden werden muß, will man ihn für die Zukunft meistern? Daß die kommunistische Herrschaft in der DDR durch die siegreiche Armee des Gegners und eine kleine Minderheit ihr verschworener Diener mit rücksichtsloser Gewalt gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des Vol-

kes errichtet worden ist — wer wollte es bestreiten? Aber es genügt nicht, drüben nur eine diktatorisch regierende Clique und unter ihr seufzend die armen, anständigen Verwandten zu sehen, ganz abgesehen davon, daß ein solches Bild der Wirklichkeit schon längst nicht mehr entspricht. Die unangreifbare Wahrheit ist doch: Hitler und seine Kumpanen waren nicht nur die zu Verbrechern entarteten Kleinbürger, die die ahnungslosen Millionen in Krieg und Verderben hetzten, sie waren auch Teil eines Volkes, dessen gesellschaftlich, wirtschaftlich und militärisch führenden Schichten selbst die Expansion des Landes und ihrer eigenen Macht auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Nun sind in der DDR nicht nur Hitler und seine Obernazis geschlagen, sondern ist auch das sie mittragende Establishment des Dritten Reichs beseitigt. Wir haben das nicht zu verteidigen, wir können und wollen es auch nicht, aber man sollte wenigstens versuchen, die geschichtlichen Vorgänge zu begreifen — so ganz sinnlos waren sie für den historisch Denkenden keineswegs, und mit abstrakten Maßstäben westlicher Demokratie ist ihnen schlechterdings nicht beizukommen.

Was wir wünschen, ist eine im Grunde und Kern gewandelte Haltung der politischen Führung der Bundesrepublik und der Mehrheit unserer Landsleute gegenüber der DDR, und zwar nicht allein aus Gründen praktischer Klugheit, obwohl diese vollauf genügen würden, ein Verdammungsurteil über unsere bisherige Politik zu sprechen. Die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse in Brandenburg und Sachsen, Mecklenburg und Thüringen, die Rückgabe der Leuna-Werke an die Aktionäre der früheren IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft (deren Liquidationsanteilscheine noch immer an unseren Börsen gehandelt, freilich nur mit 2,5 Prozent notiert werden) kann heute kein ernsthaft zu verfolgendes Ziel mehr sein, auch nicht auf dem Wege über „freie Wahlen", so bitter und ungerecht in der großen Masse der Einzelfälle die Enteignungen nach 1945 auch waren. Revolutionäre Umwälzungen lassen sich nur durch eine Gegenrevolution beseitigen, und dazu fehlt glücklicherweise jede Möglichkeit.

Als eine heilsame geistige Herausforderung sollten wir die DDR betrachten, als Ansporn gewiß nicht zur Nachahmung, wohl aber zur ständigen Überprüfung der eigenen Position. Schließlich sind es nicht die schlechtesten Deutschen gewesen, die ein Jahrhundert lang Opfer für eine große Idee, die Ideale einer sozialistischen Gesellschaft, gebracht haben.

Wer sich der wahren Werte der überkommenen Rechtsordnung des Westens bewußt ist, braucht den Dialog mit den Vertretern anderer Ordnungen nicht zu fürchten. Eine noch immer weitgehend privatrechtlich, individuell freiheitlich strukturierte Gesellschaft hat, das ist unsere Überzeugung, auch in Zukunft Chancen, wenn sie sich die unerläßlichen Wandlungen nicht nur passiv durch die Ereignisse aufzwingen läßt, sondern sie kraft eigener Einsicht der führenden Schichten selbst durchsetzt. Sie hat sogar Chancen, kräftig nach außen auszustrahlen, sofern sie ihre Anziehungskraft richtig zu nutzen versteht.

Aber die Kommunisten wollen ja gar keinen Dialog, so hören wir immer wieder, sie wollen nur Zerstörung der bestehenden Ordnung, Unterdrückung jeden selbständigen Denkens, totalen Zwang, und dies bestenfalls zwecks Erreichung irgendwelcher utopischer Ziele in nebelhafter Zukunft, praktisch vor allem in der Absicht, eine vielleicht nicht vollkommene, aber immerhin leistungsfähige Herrschaftsstruktur durch eine andere, wesentlich weniger leistungsfähige zu ersetzen. Dieses weit verbreitete Urteil ist nicht nur bequeme Ausrede, um dem Kampf auszuweichen, es ist vielfach auch von ehrlicher Sorge um unsere Zukunft

diktiert. Wir wollen es so ernst nehmen, wie es gemeint sein kann, um freilich sehr deutlich zu sagen, daß es sachlich in keiner Weise genügt.

„Die Kommunisten" sind so wenig eine geschlossene Einheit, wie es „die Kapitalisten" sind. Auch ihre Welt ist zudem ständigen Veränderungen unterworfen: die Sowjetunion der Breschnew, Kossygin und Podgorny ist nicht mehr dieselbe wie der Staat Stalins oder Chruschtschows, und sie wird sich weiter wandeln. Vor allem aber: mag der Kommunismus als weltbeherrschendes System das Fernziel mancher Ideologen sein, die praktische Politik des Kreml wird von ganz anderen, wesentlich gegenwartsnäheren, realistischeren Überlegungen bestimmt. Nur mit solchen aber hat die Politik der Regierungen des Westens zu tun. Wenn Präsident Johnson mit Ministerpräsident Kossygin spricht, warum nicht auch Bundeskanzler Kiesinger mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Ulbricht? Die Rechtsordnung der Bundesrepublik steht dabei unmittelbar so wenig zur Diskussion wie die der DDR. Der geistigen Auseinandersetzung auf breiterer Ebene aber können wir uns auf keinen Fall unbegrenzt entziehen, und weshalb müssen wir befürchten, daß sie nur zu unseren Ungunsten ausgehen kann? Nein, es gibt keinen Grund dafür, daß wir uns nicht endlich, Deutsche mit Deutschen, an einen Tisch setzen und gemeinsam überlegen, wie wir einander näher kommen können. Dann aber sollten wir es aus eigener Initiative tun. „Ducunt volentem fata, nolentem trahunt."

Noch sind die restaurativen Kräfte bei uns zu stark, als daß die fortschrittlich gesinnte Minderheit eine Änderung der Verhältnisse durchsetzen könnte. Noch fühlen sich unsere Politiker in der Lage, mit neuen Phrasen beim alten Trott zu beharren und durchgreifende Reformen zu vermeiden, ohne eine Revolution zu riskieren. Wohl hat man endlich eine „mittelfristige Finanzplanung" in Angriff genommen, aber bisher im wesentlichen nur, um die plan- und verantwortungslose finanzielle Luderwirtschaft namentlich des Vierten Bundestags durch planmäßiges „deficit spending" zu ersetzen; von einer fühlbaren Herabsetzung der unproduktiven Rüstungsausgaben, von einem Abbau des die Rückständigkeit konservierenden Subventionsunwesens spricht kein Parlamentarier. Während Justizminister Heinemann wenigstens dem reaktionären Unfug der politischen Strafrechtsgesetzgebung und ihrer noch reaktionäreren Handhabung durch die Gerichte zu Leibe rückt, weiß Innenminister Lücke, dem ein Teil seiner Notstandsfelle wegzuschwimmen droht, nichts Besseres zu tun, als den Drang zu wirklich radikaler, d. h. an die Wurzeln gehender Kritik durch eine Manipulation mit dem Wahlrecht abzuwürgen. Wo die katholische Kirche sich stark genug fühlt, setzt sie weiterhin nicht ohne Erfolg alle Hebel in Bewegung, um zeitgemäße Reformen unseres Schulwesens zum mindesten zu verzögern. Und um zu unserem eigentlichen Thema zurückzukehren: selbst ein so ernsthafter zeitgenössischer Historiker wie Hans Buchheim sieht in einer Anerkennung der DDR vor allem den „Startschuß für eine massive Wiedervereinigungskampagne unter kommunistischem Vorzeichen" und lehnt sie ab, weil er nicht weiß, „ob unser unbezweifelbares Bekenntnis zur Freiheit durch eine ausreichende Substanz demokratischen Denkens gedeckt ist"[4]), — ein wahrhaft trauriges Ergebnis der Entwicklung unseres „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats".

Aber die Folge all dieser Ängste und Widerstände wird nur sein, daß die außerparlamentarische Opposition weiter wächst und das Ansehen des Parlaments noch mehr sinkt. Die Zukunft gehört der jungen Generation. Das Mandat der alten ist nicht unbefristet.

[4]) FAZ v. 18. 1. 1968.

Niels Kadritzke / Knut Nevermann

Zum Nürnberger Parteitag der SPD

Kritik an den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren"

I

Die SPD kann, so meint der „Vorwärts" (18. 1. 1968), mit der Aufmerksamkeit, die die Öffentlichkeit den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" geschenkt habe, zufrieden sein. In der Tat hat die Presse, angespitzt durch frühzeitig lancierte Indiskretionen, relativ ausführlich über den Inhalt der Perspektiven berichtet. Die Kommentare freilich verbalisierten mehr oder weniger ein Kopfschütteln. „Frankfurter Rundschau" (10. 1.), „Die Zeit" (12. 1.) und „Welt der Arbeit" (12. 1.) zeigten sich interessiert und hielten die Vorschläge für entwicklungsfähig, aber auch entwicklungsbedürftig. „Handelsblatt" (10. 1.) und „Industriekurier" (11. 1.) waren sichtlich enttäuscht, derart „abgegriffene Münzen" und „Perspektiven mit Sichtbehinderung" erhalten zu haben. „Neues Deutschland" (10. u. 11. 1.) hielt sich anfänglich zurück und meldete, „SP-Führung will Mitglieder auf Rechtskurs festlegen"; später versuchte es dann, ein „Programm von Erfüllungsgehilfen" (der Monopole) zu analysieren (16. 1.). Die „Süddeutsche Zeitung" sah die Funktion dieser „grobflächigen Futurologie" darin, eine frühzeitige Visitenkarte für den Bundestagswahlkampf auszustellen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (10. 1.) hatte Mühe, die Frage nach dem Warum dieses Papiers zu beantworten: Zunächst wunderte sie sich, daß die SPD nach ihrem „Programm künftiger Programmlosigkeit" (Godesberg 1959) überhaupt noch die Mühe auf sich genommen hat, ein programmatisches Papier zu erarbeiten; Sinn und Zweck dieser Mühe vermochte sie dann nur noch in der Polemik gegen die CDU zu erkennen.

Die taktische Funktion der Perspektiven wird freilich in den parteieigenen Publikationen deutlich. Hier werden sie als „Methode zur Vorbereitung eines Parteitages" bezeichnet, die „die innerparteiliche Diskussion" anregen soll („Berliner Stimme", 13. 1.). Und im Vorspann zu den Perspektiven heißt es: „Die Gliederungen der Partei sind zu Stellungnahmen, Ergänzungen und Änderungsvorschlägen eingeladen[1])." Die Absicht ist deutlich: die Kritik in den unteren Gliederungen der Partei an der Parteiführung hat sich thematisch von der Frage „Große Koalition ja oder nein" zur substantiellen Kritik an der Politik der SPD-Minister verlagert. Es stand zu befürchten, daß auf dem Nürnberger Parteitag eine größere Delegiertenfraktion die Politik der Bundesregierung scharf kritisieren würde. Um nun einen inhaltlich diskutierenden und politisch ringenden Parteitag — der von einer auf Ruhe, Geschlossenheit und Schlagkraft eingeschworenen Presse sicherlich als zerstritten und führungslos geschildert worden wäre — von vornherein zu verhindern, legt der Parteivorstand einen Antrag vor, der jede Selbstkritik vermeidet und die Aufmerksamkeit von Vergangenheit und Gegenwart auf künftige Reformarbeit lenkt. Folglich fehlen brisante Themen (Notstand) völlig, die Wahlrechtsänderung wird — unter dem Titel: „Die Leistungsfähigkeit

[1]) In: SOPADE-Rednerdienst, Tatsachen-Argumente, Nr. 235/68, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (1968); künftige Seitenzahlen, die im Text angegeben werden, beziehen sich auf diese Veröffentlichung.

der staatlichen Organisation" — mit dem Satz bedacht: „Die Frage bleibt auf der Tagesordnung." (S. 30)

Durch die Perspektiven wird nicht nur die Diskussion auf dem Parteitag selbst kanalisiert, sondern auch schon die innerparteiliche Willensbildung, die dem Parteitag eigentlich vorauszugehen hätte. Wachsam wird der Parteivorstand die thematisch begrenzte Diskussion in den unteren Gliederungen der Partei verfolgen. Sollte sich irgendwo ein Gedanke, eine Änderung oder Ergänzung durchsetzen und gar Chancen haben, auch in Nürnberg angenommen zu werden, so hat sich der Vorstand die Hintertür schon eingebaut: „Der Vorstand", so heißt es im Vorspann, „wird dem Parteitag die Vorlage in einer überarbeiteten Fassung vorlegen". Es bleibt freilich abzuwarten, ob der linke Flügel der SPD die Kanalisation zu durchbrechen in der Lage ist. Immerhin sind schon in den Vorbereitungen zu den Perspektiven alternative Vorstellungen, wie sie etwa aus Schleswig-Holstein eingebracht worden waren, in vollem Bewußtsein vom Parteivorstand nicht berücksichtigt worden.

Die taktische Funktion der Perspektiven darf nicht die Frage verdecken, welche inhaltliche Wende sich erneut für die SPD ankündigt. Die Hoffnung, daß die SPD die kritische Bewegung der außerparlamentarischen Opposition „aufnimmt und so gestärkt schon heute zum Schritt ins nächste Jahrzehnt ansetzt", wie es im Vorwort heißt (S. 6), hat sich nicht erfüllt. Der Parteivorstand wird kaum so naiv sein, zu glauben, die Rebellierenden könnten nicht zwischen progressivistischen Vokabeln und konservativen Inhalten unterscheiden.

II

Die Sozialdemokratischen Perspektiven sind rein sprachlich ein trostloses Dokument.[2]) Es genügt aber nicht, sich über die sprachlichen Köstlichkeiten des Textes zu amüsieren; vielmehr gilt es, den politischen Gehalt eines Dokumentes zu untersuchen, das die authentischen politischen Absichten einer sozialdemokratischen Parteiführung zum Ausdruck bringt, die sich für längere Zeit in der Großen Koalition einzurichten beginnt.

Die politische Intention des Textes enthüllt sich schon in dem Vorwort, das den beiden Hauptabschnitten über „Unsere Lage" und „Die Politik der SPD im Übergang zu den siebziger Jahren" vorangestellt ist. In einer angestrengten historischen Selbstdarstellung gehen hier die beiden Elemente des Selbstmitleids und der Selbstgerechtigkeit eine für die gegenwärtige Parteiführung so charakteristische wie offenkundig peinliche Synthese ein.

Das Vorwort soll daher im vollen Wortlaut zitiert werden.[3]) — Diese mit mystischen Formeln beschworene Dreiheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft,

[2]) Wir verweisen nur auf Sätze wie: „Die Welt ist in Bewegung geraten". „Die Zukunft hat schon begonnen". „Wir leben in einer offenen Welt". „Unser Volk leidet unter seiner Spaltung". Krieg verwüstet nicht nur ganze Landschaften — „er verwüstet die Gewissen".

[3]) „Die Folgen der Vergangenheit zu tragen, dabei die Gegenwart zu bestehen und aus dem Ungenügen der Gegenwart in die Zukunft zu planen — diese dreifache Last ist dem denkenden Menschen auferlegt.
Sein Gepäck kann nicht erleichtert werden; denn wer es ablehnt, die Folgen der Vergangenheit zu tragen, mag meinen, er könne so leichter die Gegenwart bestehen, aber die Zukunft wird ihm die Rechnung vorlegen.
Jede Politik in Deutschland muß sich dieser dreifachen Last bewußt sein, sonst wird die Vergangenheit sie einholen, sonst wird ihr die Zukunft davonlaufen, sonst wird ihre Gegenwart knapp bemessen sein.
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kennt das Verbot, die Verfolgung, die Verleumdung. Sie hat nur überleben können, weil sie immer in allen drei Zeiten zu Hause gewesen ist: die Vergangenheit gab ihr die Kraft, in widriger Gegenwart die Zukunft nicht zu fürchten, sondern planend zu durchdenken.
Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist auch die Geschichte der deutschen Demokratie. Was ihre Gegner mit Vorbedacht oder leichtfertig zerstörten, haben deutsche Sozialdemokraten wiederaufgebaut; so auch heute für morgen.
Unsere Partei hat nicht zusehen können, als vor über einem Jahr die Demokratie von einer unfähigen Regierung gefährdet wurde. Unsere Entscheidung, die Regierungsverantwortung mitzutragen, war eine Entscheidung, die aus der Vergangenheit Lehren zog, um uns vor dem Verlust der Zukunft zu bewahren.
Demokratie ist kein starres System, das zeitlos dauert, Demokratie ist ein lebendiger Prozeß, den Reformen vorwärtsbewegen müssen, damit ihm die Zeit nicht voraus ist.
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in unserem Land die politische Kraft, die die Impulse der jungen Generation aufnimmt und so gestärkt schon heute zum Schritt ins nächste Jahrzehnt ansetzt."

die lauter Selbstverständlichkeiten ehernen Ausdruck zu geben bemüht ist, schlägt unvermittelt um in eine Apologie des Eintritts der SPD in die Große Koalition.[4]) Denn eingebettet in den logischen Ablauf alles Zeitlichen wird die Entscheidung der Parteiführung vom Dezember 1966 in diesem Dokument als die jüngste Konkretion der allgemeinen Regel ausgegeben: „Was ihre Gegner mit Vorbedacht oder leichtfertig zerstörten, haben deutsche Sozialdemokraten wiederaufgebaut; so auch heute für morgen." Damit wird der Vollzug der zahlenmäßig großen Koalition zu einer Entscheidung, „die aus der Vergangenheit Lehren zog, um uns vor dem Verlust der Zukunft zu bewahren", wie sie die SPD auch in früheren Zeiten immer wieder auf sich genommen hat.

Es steht als deutliches Zeichen für den Verlust historischen Bewußtseins, daß die Parteiführung von heute die Geschichte der SPD nicht mehr zu reflektieren imstande ist und stattdessen historische Klischees übernimmt, die an die bürgerlich herablassende Interpretation sozialdemokratischen Versagens an einigen entscheidenden Punkten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts anknüpfen.

Mit den zitierten Formulierungen kann nämlich nur dokumentiert sein, daß für die SPD von heute auch die eigene Vergangenheit als bewältigt gelten kann. Die Partei hat demnach 1914 nicht etwa eine historische Bewährungsstunde des sozialistischen Internationalismus verpaßt, sondern lediglich die selbstverständliche Entscheidung gefällt, Verantwortung mitzutragen. Die Partei hat demnach 1919 nicht etwa die Chance einer Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse verpaßt, sondern doch nur treu das wiederaufgebaut, „was ihre Gegner mit Vorbedacht oder leichtfertig zerstörten". Und ein Teil der Partei hat sich 1933 unter Führung von Paul Löbe nicht etwa mit den Nazis arrangiert, sondern Löbe hat doch wohl lediglich die Partei zum unvermeidlichen „Schritt ins nächste Jahrzehnt" zwingen wollen. Und schließlich hat die Partei Ende 1966 doch nichts anderes getan als ihre Pflicht für Volk und Vaterland. Sie hat darüberhinaus die CDU daran gehindert, zu ihrer Verantwortung zu stehen: „Durch die Bildung der Großen Koalition ... wurde einerseits klargestellt, wer die Verantwortung für die Krise trug, andererseits aber auch sichergestellt, daß die für die Vergangenheit Verantwortlichen beim Wegräumen der Trümmer mit Hand anzulegen haben." (S. 10) [5])

III

So oberflächlich und apologetisch die Aussagen der „Perspektiven" zur Geschichte der SPD bleiben, so richtig erweist sich vor dem Hintergrund eines kritischen Verständnisses der Parteigeschichte jener Satz aus dem Vorwort, in dem festgestellt wird: „Die Geschichte der SPD ist auch die Geschichte der deutschen Demokratie." Allerdings hätte dieser Satz in anderer Weise zum Nachdenken anzuregen, als es der heutige Parteivorstand nahelegen will.

Denn die entscheidende Frage für eine Partei, die sich als eine Interessenvertretung der breiten Massen des Volkes versteht, gerät ihrer Führung schon gar nicht mehr in das auf die politischen Apparaturen unseres Staates verengte Blickfeld: die Frage nämlich, welcher gesellschaftliche Zustand eigentlich befestigt wird, wenn Sozialdemokraten sich dazu hergeben, das wiederaufzubauen, was durch das Versagen bürgerlicher Politik immer wieder zerstört worden ist. Die Rede

---

4) Sollte Günter Grass ausgerechnet bei diesem Vorwort Formulierungshilfe geleistet haben, hätte er nicht nur seine früheren sprachlichen Leistungen, sondern auch sein politisches Engagement gegen die Große Koalition im nachhinein diskreditiert.

5) Ursprünglich stand hier der Satz: „Die CDU/CSU wurde gezwungen, unter Verzicht auf die bisherige Politik in die große Koalition einzutreten" (freie demokratische korrespondenz, fdk, 19/3, 9. 1. 1968, S. 4 f). Die Milderung der Formulierung geht nach der fdk auf den Einspruch der CDU zurück.

vom notwendigen Wiederaufbau zeigt deutlich, daß die reale Alternative sozialistischer Politik, die noch zuletzt einem Kurt Schumacher als zentrale Handlungsmaxime diente, für die heutige Parteiführung nicht mehr zur Debatte steht. Die Chance zur Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann von jenen Funktionären der SPD nicht mehr wahrgenommen werden, die die Restauration in der deutschen Nachkriegsgeschichte im nachhinein noch mit sozialdemokratischem Segen versehen haben — und das zu einem Zeitpunkt, als scharfsichtige Kritiker des Wirtschaftswunders dessen Ende schon annonciert hatten.

Eine vage Erinnerung an den restaurativen Grundcharakter der Nachkriegsentwicklung taucht zwar auch in den Aussagen der SPD-Spitze zuweilen noch auf, wird aber wie eine böse Ahnung verdrängt, wenn sie aktuelle Konsequenzen nahezulegen droht. So hat Willy Brandt in seiner Rede vor der Godesberger Bundeskonferenz 1967 den Wiederaufbau nach 1945 als das „ungeordnete, wild wuchernde, ziel- und planlose, an Gefälligkeiten orientierte Erneuern alter Strukturen" gekennzeichnet. Aus seiner Feststellung: „Die Gelegenheit, neue Ordnungen anzustreben, wurde nicht genutzt", folgt aber überhaupt nichts für die aktuelle Politik der Partei. Brandt beschwört ganz im Gegenteil die Notwendigkeit, die Krise der eben kritisierten „alten Ordnung" auf der Basis des gesellschaftlichen Status quo zu beheben: „Als Folge dieser Krise müssen zur Zeit wichtige Aufgaben der nächsten Zukunft, existentielle Fragen unseres Volkes im nächsten Jahrzehnt, aufgeschoben werden, damit in der Wirtschaft, in den öffentlichen Haushalten, auch in der klassischen Staatspolitik erst einmal wieder eine Basis gefunden wird, von der aus die Dinge nach vorn bewegt werden können." Wie auf dieser wiederhergestellten alten Basis eine „umfassende Neuordnung" vorbereitet werden soll, die Brandt gleich darauf ankündigt, bleibt eines der vielen Rätsel, das die sozialdemokratische Führung ihrer Mitgliedschaft seit Godesberg 1959 aufgibt.

Vielleicht ist dieses Rätsel für die Mitglieder erst dann zu lösen, wenn sie sich volle Klarheit über die heutige Funktion des Godesberger Programms verschafft haben. Denn dieses Programm, das Anfang der sechziger Jahre immer noch Interpretationsspielraum für eine dezidiert progressive Alternative zum Regierungsprogramm der bürgerlichen Parteien bot, hat spätestens mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition eine neue Qualität als Versöhnungsurkunde der Sozialdemokratie mit einer restaurierten Klassengesellschaft gewonnen. Zwar hält das Programm auch heute noch den Leitsatz sozialistischer Politik im demokratisch verfaßten Staat fest: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt." [6]) Zwar werden noch wichtige Grundsätze sozialistischer Gesellschaftsordnung vertreten: „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft"[7]) wird für unerläßlich, Gemeineigentum an Produktionsmitteln im Monopolbereich für „zweckmäßig und notwendig" [8]) erklärt. Die Forderung nach Vermögensumverteilung wird ausdrücklich zum Ziel einer sozialistischen Einkommenspolitik gemacht. Dazu will die SPD dafür sorgen, „daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird." [9])

In diesem Zusammenhang ließen sich Zielvorstellungen herausarbeiten, denen der Perspektivplan widerspricht, bzw. von denen er zumindest politisch abweicht. Gleichviel ließe sich auch diese Abweichung aus dem Godesberger Programm

[6]) Grundsatzprogramm der SPD, hrsg. vom Vorstand der SPD, 1959, S. 8.
[7]) Ebenda, S. 14.
[8]) Ebenda, S. 15.
[9]) Ebenda, S. 16.

deduzieren. Dem erklärten Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, „eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung" [10]) sicherzustellen, steht nämlich schon seit 1959 kein adäquates Mittel zu seiner Realisierung zur Verfügung. Schon 1959 sind „freier Wettbewerb und freie Unternehmensinitiative" auf einmal „wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik".[11]) Die Formel, „Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig" [12]), ist geeignet, auch noch die heutige Wirtschaftspolitik der konzertierten Aktion und mittelfristigen Finanzplanung für den Parteivorstand zu rechtfertigen.

Es ist deshalb zweifelhaft, ob es sich heute noch lohnt, die Perspektiven vom 5. Januar 1968 kritisch am Wortlaut des Godesberger Textes zu messen. Die Parteiführung kann einem solchen Versuch nämlich entgegenhalten, daß die Perspektiven nichts anderes seien als ein Versuch, das Godesberger Programm von 1959 für die politische Praxis der nächsten zehn Jahre zu operationalisieren. Und die flexiblen Formulierungen des Godesberger Programms geben ihr insofern recht, als seine latent progressiven Inhalte zufolge ihrer Unverbundenheit mit theoretischer Analyse nicht ausreichend gegen die pragmatistischen Interpretationen der Parteiführung und damit gegen ihre Suspendierung für die politische Praxis der SPD geschützt sind.

IV

Die SPD von 1968 entwirft denn auch ein durch und durch pragmatisches Bild vom gesellschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik. Ohne auch nur eine einzige der inhaltlich sozialistischen Forderungen noch zu berücksichtigen, präsentieren die „Perspektiven" ein Anwachsen des Bruttosozialprodukts als gesellschaftlichen Fortschritt schlechthin. Als entscheidend für die glückliche Bewältigung der Zukunft erscheint damit, ob es „der Politik" gelingt, „den technischen Fortschritt und die Automation in den Griff zu bekommen". (S. 13) Zwar macht man sich noch Sorgen um die Kontrolle technokratischer Planungsbehörden (S. 14), damit ist aber im Abschnitt „Zukunftsaspekte" das Stichwort Demokratie auch schon abgehandelt. Ganz deutlich geht das Papier davon aus, wir hätten schon eine demokratisierte Gesellschaft, die es lediglich mit mehr Wohlstand auszustatten gelte. Das Problem einer durchgehend in allen gesellschaftlichen Bereichen erst herzustellenden Demokratie als Mitbestimmung der im jeweiligen Bereich zur Mitarbeit verpflichteten Menschen fällt in diesem Zusammenhang schon deshalb nicht mehr an, weil Demokratie auf optimal funktionale Kontrolle der Entscheidungsprozesse reduziert wird. Die Zukunftserwartungen der SPD stellen sich damit insgesamt als eine fatalistische Hinnahme expertenhafter Herrschaft dar, die es allenfalls nach dem Kriterium der Produktions-Maximierung zu kontrollieren gilt. Zu überprüfen ist dieser Gesamteindruck am Thema Mitbestimmung. Hier zeigt die Weise, in der die Sinnfälligkeit von innerbetrieblicher Mitbestimmung dargestellt wird, ganz deutlich, daß die SPD den Unternehmern auf keinen Fall ihre natürlichen Rechte beschneiden will. Mitbestimmung ist in erster Linie bedeutsam für die „Bewältigung der Aufgaben, die sich im Übergang zu den siebziger Jahren aus dem technischen Fortschritt und der Automation ergeben". (S. 27) Reformvorschläge für die Betriebsverfassung wollen entsprechend vor allem sicherstellen, daß „die Betriebsräte an Maßnahmen, die die Stellung der Arbeitnehmer verändern, zu beteiligen sind". (S. 27) Mitbestimmung beschränkt sich hier ganz offensichtlich auf ein Betroffenengehör bei bevorstehenden unsozialen Maß-

[10]) Ebenda, S. 13.
[11]) Ebenda, S. 13 f.
[12]) Ebenda, S. 14.

nahmen der Unternehmensführung. Die SPD bescheidet sich mit einer Beteiligung an Entscheidungen, die die Stellung der Arbeitnehmer betreffen, und hütet sich, Prinzipien zu formulieren, die nach Mitbestimmung über alle den Produktionsprozeß selbst betreffenden Fragen aussehen könnten. Ganz offensichtlich fallen diese Aussagen zur Mitbestimmung weit hinter die entsprechenden Leitsätze des Godesberger Programms zurück, in denen Mitbestimmung noch als ständiger Demokratisierungsprozeß begriffen wird, der den Arbeiter zur Mit-Entscheidung entsprechend seinem Anteil an gesellschaftlicher Arbeit befähigen soll. Das Godesberger Programm wird zwar noch zitiert; die aktuellen Ausführungen lassen es aber als einen Text erscheinen, der zwar bestimmte „Ideale" rituell festgehalten hat, den es aber heute „pragmatisch" und „modern", keinesfalls mehr „dogmatisch", zu interpretieren gilt.

Allein die Tatsache, daß die SPD — in den „Perspektiven" — einer Sachverständigenkommission zur Mitbestimmungsfrage das nächste Wort überläßt, zeigt an, in welchem Maße die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie für die SPD die Qualität einer politischen Grundentscheidung eingebüßt hat. Denn die Fragestellung der Kommission lautet nicht, wie Mitbestimmung der normativen Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft entsprechend in Rechtsnormen zu fassen sei, sondern vielmehr, in welcher Weise die bisherige Praxis innerbetrieblicher Mitbestimmung die sachgerechten Entscheidungen des Unternehmers beeinträchtigt hat. Damit wird deutlich, daß die SPD heute nicht einmal mehr wagt, die Frage nach echter Mitbestimmung als in der Tat realer und effektiver Beeinträchtigung der unternehmerischen Freiheit zur betriebswirtschaftlichen Alleinentscheidung auch nur in die Debatte zu werfen.[13])

V

Daß Arbeitnehmerinteressen in der SPD nur noch höchst mangelhaft vertreten werden, bestätigt ein Blick auf die Vorstellungen der Parteiführung zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Nichts wird die Bestrebungen der gewerkschaftlich engagierten Parteimitglieder zur Bildung von Arbeitnehmerfraktionen wirkungsvoller vorantreiben können als die Aussage: „Die SPD setzt sich dafür ein, daß der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gemeinsamen Arbeit gesteigert wird. Die mit steigendem Volkseinkommen wachsenden Löhne bedeuten noch keine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag der gemeinsamen Arbeit." Diese Formulierung signalisiert, daß die SPD sich endgültig von einer Konzeption der Vermögensumverteilung ab- und einem Prinzip der „Vermögens-Symmetrie" zugewandt hat. Die bestehenden Vermögensverhältnisse werden als naturwüchsig hingenommen und bleiben unangetastet: von einer höheren Besteuerung der Millionenvermögen, von einer Anhebung der Erbschaftssteuer, von einer Sozialisierung der Produktionsgewinne ist nicht die Rede. Lediglich der relative Anteil der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Ertragszuwachs der Zukunft soll ein bißchen erhöht werden. Dabei wird selbst zugegeben, daß diese Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand lediglich die „im Interesse der Konjunkturbelegung beschlossenen Konjunkturhilfen", d. h. die überproportionale Vermögensbildung in Arbeitgeberhand, korrigieren soll (S. 28). Die Begründung für die Notwendigkeit dieser Korrektur fällt schon nicht mehr sozialpolitisch, sondern nur noch staatspolitisch aus: eine zu „tiefe Diskrepanz zwischen der Anhäufung großer Vermögen Weniger und der geringen Be-

[13]) Der Abschnitt „Mitbestimmung" beginnt sogar mit dem fast zynischen Satz (S. 26): „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in der Großen Koalition durchgesetzt, daß die in der Montan-Industrie bestehende qualifizierte Mitbestimmung nicht abgebaut wird." (!!) Aus Schleswig-Holstein war hier vorgeschlagen worden, die qualifizierte Mitbestimmung auf die Chemie auszudehnen.

teiligung des überwiegenden Teils der Bevölkerung an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung" stellt einen „für unsere freiheitliche Ordnung gefährlichen Unterschied" dar (S. 28). Die eklatanten Vermögens- und Einkommens-Differenzen sind demzufolge nur bis zu dem Punkte zu verringern, an dem die soziale Ungerechtigkeit keine Gefahr mehr für „unsere freiheitliche Ordnung" ist. Das ethische Postulat einer gerechten Verteilung des Besitzes spielt in dieser Argumentation keine Rolle mehr. An seine Stelle tritt das taktische Kalkül, mit welchem materiellen Minimum die kleinen Leute wohl eben noch vor einer Radikalisierung, d. h. Bedrohung der kapitalistischen Grundordnung, abgehalten werden können.

Dieses Minimum wird von der SPD-Führung realistisch eingeschätzt. Während die Partei des demokratischen Sozialismus noch vor 20 Jahren die arbeitende Bevölkerung davor warnte, auf das bürgerliche Angebot von Zuckerbrot und Peitsche hereinzufallen, reicht die SPD-Führung von heute ihren Anhängern ungezuckerte selbstgebackene Brötchen: Spargroschen sollen von der Steuerschuld abgesetzt werden können, ein Sparbrief soll dem Staat die Kleinstvermögen der Arbeitnehmer für zukünftige Anleihen erschließen, das 312-Mark-Gesetz soll ausgebaut werden.

Die zentrale Zielvorstellung Schillerscher Wirtschaftspolitik, die Förderung der Investitionsbereitschaft der Unternehmer, reduziert ganz offensichtlich jeden vermögenspolitischen Versuch auf die bescheidene Dimension einer lächerlichen Sparförderung. Schon auf der Essener wirtschaftspolitischen Tagung der SPD im Jahre 1963 hat K. D. Arndt für eine „gerechte" Vermögensverteilung Lösungen gesucht, „die die Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft nicht beeinträchtigen". Mit dieser Unternehmerperspektive stimmt das Papier der Parteiführung jetzt endgültig überein. Die Arbeitnehmer in der SPD haben indes von solchen sozialdemokratischen Perspektiven zur Vermögensbildung nichts zu erwarten.

VI

Nicht alle Teile der Perspektiven präsentieren sich so substanzlos wie die wirtschaftspolitischen Aussagen. Aber inkonsequent bleibt selbst jener Programmteil, der insgesamt erfreulich progressiv und entschlossen ausgefallen ist. Zum Thema „Bildung und Ausbildung" stellt die SPD richtige Prinzipien auf, von denen sie auch weitgehende bildungspolitische Reformforderungen ableitet (Verlängerung der Schulzeit, Ganztags- und Gesamtschulen, permanente Weiterbildung durch Bildungsurlaub, einheitliche Berufsausbildungsgesetze u. a. m. S. 18 ff). Sie schreckt aber vor inhaltlicher Konkretisierung ihrer Vorschläge zurück, wo dies zu innenpolitischen Auseinandersetzungen führen könnte. So beklagt das Papier (S. 18) das Bildungsdefizit von Arbeiterkindern, katholischen Kindern und Mädchen und findet dennoch kein Wort gegen das Prinzip der Konfessionsschule, weil sie diese seit 1964 in einzelnen Ländern akzeptiert hat, um katholische Wähler zu gewinnen, statt gerade im Interesse der katholischen Bevölkerung die rigorose Abschaffung der fortschrittsfeindlichen Bekenntnisschulen zu propagieren.

Ganz ohne konkrete Aussagen bleibt der Abschnitt „Wissenschaft und Forschung". Unter Berufung auf die Unruhen in der Studentenschaft wird von einer überfälligen Reform geredet, die schon seit Jahren von der SPD gefordert werde. Ob diese Unruhe nachlassen wird, wenn die Studentenschaft die SPD-Forderungen kennenlernt, muß gleichwohl im Zweifel bleiben: „Die Freiheit von Lehre und Forschung ... soll unangetastet bleiben. Die Autonomie der Hochschulen kann jedoch weder die Abkapselung der Universität von der Gesellschaft noch die

Erhaltung antiquierter hierarchischer Strukturen im Forschungs- und Lehrbetrieb rechtfertigen." (S. 21) Man wüßte als Student gern genauer, welche Vertreter der Wissenschaft sich denn von der Gesellschaft abkapseln wollen und was die SPD von einer Politisierung der Universität hält, die allein jener unpolitischen Wissenschaftsauffassung entgegenarbeiten kann. Man erführe auch gern Näheres über die Abschaffung jener antiquierten und hierarchischen Strukturen und hätte ganz gern die konkreten Figuren an der Hochschule bezeichnet, deren Interessen durch solche Reformen tangiert würden. Kurz: man vermißt die Meinung der SPD zu den konkreten Fragen der heutigen Universitätsmisere: zur Ordinarienherrschaft und zur vorgeschlagenen Drittelparität, zum politischen Engagement der Gesamthochschule und ihrer demokratischen Organe, zur Abhängigkeit von Forschung und Lehre von industriellen Auftraggebern, zum Prinzip der demokratischen Mitbestimmung aller an Forschung und Lehre beteiligten Gruppen usw.

Untersuchen wir die Aussage zum politischen Mandat. Es stellt sich heraus, daß die SPD die politische öffentliche Aufgabe der Universität nicht einmal erwähnt, geschweige denn die Hochschulen zur aktiven Wahrnehmung dieser Rolle ermutigt. Die Hochschule fungiert in der Sicht der SPD-Führung lediglich als ein für die Zukunft besonders wichtiger Produktionsfaktor :„Von der Förderung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung hängt im entscheidenden Maße unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung, damit die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung des Lebensstandards einschließlich der Renten ab." (S. 21) Das ist richtig, aber nicht das Wesentliche, was es zur Funktion der Universität für die heutige Gesellschaft zu sagen gibt. Daß die gerade für eine langfristige Politik der Humanisierung und der vernünftigen Planung ökonomischer Ressourcen so wichtige kritische Rolle der Wissenschaft überhaupt nicht in diese sozial-technokratische Funktionsbeschreibung eingeht, ist ein deutlicher Beleg für die fundamentale Perspektivlosigkeit der „sozialdemokratischen Perspektiven für die 70iger Jahre". Auch die Argumentation für eine verstärkte finanzielle Förderung der Wissenschaft verläuft konsequent auf dieser technokratischen Ebene und wird mit unverhohlenem Appell an den Nationalstolz unterstützt: Eine neue Blüte deutscher Wissenschaft ist „nicht nur eine Frage unseres Ansehens in der Welt, sondern . . . auch eine entscheidende Frage des zukünftigen politischen Rangs und Gewichts der Bundesrepublik. In der Förderung der Forschung werden wir Schwerpunkte zu bilden haben, wenn wir in der Welt wissenschaftliche Spitzenpositionen wiedererringen und halten wollen". (S. 20)

Die SPD-Hochschule der Zukunft wird diesem Auftrag zufolge Enormes leisten: sie wird technische Spitzenprodukte hervorbringen und angepaßte Absolventen ausstoßen, sie wird ihre Kapazitäten erweitern, um immer mehr hochqualifizierte Technokraten ausbilden zu können. In dieser Hochschule ist aber offensichtlich kein Platz für so etwas wie kritische Sozialwissenschaften: kein Satz aus dem Abschnitt über „Wissenschaft und Forschung" könnte die Sinnfälligkeit oder gar Notwendigkeit kritisch arbeitender Wissenschaft begründen. Nachdem die SPD-Führung gestern ihren Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft gemacht hat, hat sie heute ganz offensichtlich auch kein Interesse mehr daran, daß eine politisch wachsame Hochschule diese kritische Perspektive wenigstens noch in der Theorie festhält und damit zugleich die Partei ständig an ihre eigentliche politische Aufgabe erinnert.

VII

In den Abschnitten über „Information" und „Massenmedien" wirkt die Lähmung der Parteiführung durch die Große Koalition in höchst fataler Weise auf die programmatischen Formulierungen zurück. Selbst wenn man Verständnis dafür auf-

bringen könnte, daß das heiße Eisen „Springer-Presse" von einer Regierung nicht gesetzesinitativ angefaßt wird, die ihre eigene Existenz eben der Macht jenes Pressezaren mitverdankt, den es um der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit willen zu entmachten gilt, selbst dann wäre von einer demokratischen und sozialistischen Partei in einem langfristig angelegten Perspektiv-Programm doch wenigstens zu erwarten, daß sie das Problem beim Namen nennt und Vorstellungen entwickelt, wie es gelöst werden kann. Nichts von alledem. Der Entwurf verbläst sich in Formulierungen wie „Die Entwicklung unserer Demokratie setzt eine ‚informierte Gesellschaft' voraus" (S. 21), ohne daß aus dieser Formel ein Konzept der Aufklärung über die Macht der Springer-Presse oder gar ein Vorschlag zu ihrer Entmachtung folgt. Was folgt, sind Fragen: „Der Konzentrationsprozeß im Pressebereich wirft die Frage der Kontrolle wirtschaftlicher Macht auf, die im besonderen Maße zugleich politische Macht ist." (S. 22) Das entschiedene Abrücken von jeder Forderung nach Sozialisierung im Bereich der Produktionsmittel prägt hier ganz deutlich die Einstellung der SPD-Führung auch zur Pressekonzentration. Damit keiner auf die Idee komme, die SPD habe noch irgend etwas mit einer wie auch immer begründeten Sozialisierung im Sinn, bescheidet man sich mit der taktvoll formulierten Frage nach der „Kontrolle wirtschaftlicher Macht", die „in besonderem Maße zugleich politische Macht ist", auch noch in einem Fall, wo es nur noch um die Zerschlagung wirtschaftlicher Macht gehen kann, die in eindeutiger Weise politisch bereits mißbraucht wurde.

Entsprechend ist von Gegenmaßnahmen nur noch geheimnisvoll andeutend die Rede: „Neben einer wirtschaftlichen Stützung an sich leistungsfähiger Presseunternehmen ist eine öffentliche Kontrolle der Konzentration, soweit sie zum Monopol tendiert, und ein verstärkter Schutz der inneren Pressefreiheit zu fordern." (S. 22) Die SPD-Führung fordert mit anderen Worten eine Subventionierung von Heimatblättern, die ohnehin kaum zur politischen Meinungsbildung beitragen, und deutet „daneben" ganz vage an, daß auch eine „öffentliche Kontrolle der Konzentration" (wohlgemerkt: des Konzentrationsprozesses, nicht des zum Monopol tendierenden Konzerns) ins Auge gefaßt werden kann, wenn Springer sich künftig nicht die Zurückhaltung beim Ausbau seines Imperiums auferlegt, die mittlerweile in seinem eigenen Interesse liegt. Deutlicher kann man dem Verleger der Bild-Zeitung nicht zu erkennen geben, das Ganze sei doch nicht ernst zu nehmen und auf keinen Fall böse gemeint.

VIII

Als Hauptmerkmal der sozialdemokratischen Perspektiven hat sich bei unseren Untersuchungen der absolute Mangel an theoretischer Analyse herausgestellt. An den Ausführungen des Papiers zur Problematik der Dritten Welt läßt sich belegen, daß die praktischen Handlungsanweisungen auch dort noch unzureichend bleiben, wo wenigstens ein Stück gesellschaftlich-politischer Analyse sichtbar wird. So bescheiden die Darlegungen im analytischen Teil auch theoretisch fundiert sind, so richtig ist, daß die Beseitigung massenhafter ökonomischer Mangelerscheinungen zum zentralen Problem im Weltmaßstab werden wird. Grundsätzlich angemessen erscheint es daher, die Prognose zunehmender Spannungen zwischen Nord und Süd aus dem ökonomischen Argument zu entwickeln, wie es andeutungsweise in den „Perspektiven" geschieht. (S. 7 f)

Aus zutreffenden allgemeinen Prämissen leitet nun die SPD-Führung die überaus dürftige Handlungsanweisung ab: „Die aktive Teilnahme der Bundesrepublik an der Entwicklungshilfe und an allen Bemühungen, den Hunger in der Welt zu überwinden, ist daher ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des Friedens." (S. 16)

Entwicklungshilfe wird hier nicht nur vom weltweiten Interesse an der Erhaltung des Friedens her motiviert, sondern zusätzlich im „eigenen Interesse" plausibel gemacht: „In der Dritten Welt liegen die Märkte von morgen; hier fällt auch die Entscheidung über unsere Arbeitsplätze von heute und morgen." (S. 17) Damit hat ein sozialdemokratisches Parteiprogramm offen bekannt, daß es auf eine ökonomisch fundierte Imperialismus-Theorie ebenso leichtfertig zu verzichten bereit ist wie auf das sozialistische Prinzip eines Internationalismus der Unterprivilegierten. Dem Arbeiter in Deutschland Entwicklungshilfe mit dem Anreiz des Eigennutzes schmackhaft zu machen, heißt nämlich, die Ausbeutungsfunktion des Welthandels in seiner heutigen Konstellation zum Zweck der Stabilisierung der hochindustrialisierten kapitalistischen Wirtschaft zu nutzen und potentielle Sozialisten über die Antagonismen der gegenwärtigen Weltgesellschaft hinwegzutäuschen.

Eine Partei, die unkritisch die Ergebnisse der letzten GATT-Verhandlungen als Fortschritt für die weitere Entwicklung des Welthandels begrüßt hat, kann offensichtlich den deutschen Arbeitern nicht klarmachen, daß eine durchgreifende Verbesserung der terms of trade zugunsten der Dritten Welt, die eine der möglichen Hilfen für die unterentwickelten Länder sein könnte, negative Rückwirkungen auf die deutsche Konjunktur haben würde. Sie ist unfähig, die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik darüber aufzuklären, welche Rolle die Führungsmacht der NATO bei der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den unterentwickelten Ländern spielt, deren Umsturz erst einen entscheidenden zivilisatorischen Fortschritt der breiten Massen dieser Länder ermöglichen würde. Die Forderung nach Hilfe für die Dritte Welt und der Wunsch nach Frieden für alle Völker bleibt deshalb objektive Heuchelei, solange die SPD-Führung nicht klar ausspricht, daß sozialistische Revolutionen in unterentwickelten Ländern ein erster Schritt zur Selbstbefreiung von imperialistischer Abhängigkeit sein können und daß Kriegsgefahr im weltweiten Maßstab heute vornehmlich dort entsteht, wo, wie in Vietnam, eine kapitalistische Großmacht soziale Revolutionen mit Hilfe militärischer Machtentfaltung zu verhindern versucht.

Kennzeichnend für die Behandlung der Fragen der Dritten Welt ist also ganz offensichtlich die fehlende theoretische Analyse. Denn in der Sicht der SPD hängt die Zukunft der unterentwickelten Länder nicht von sozialen Revolutionen ab, sondern allein vom guten Willen und der uneigennützigen Hilfsbereitschaft der kapitalistischen Industriemächte.

IX

Sicher hat Ralf Dahrendorf das Papier vom 5. Januar zutreffend charakterisiert, als er vom Dokument einer „ungeheuer erschöpften, mutlosen und traurigen Partei" sprach. Dahrendorf hat allerdings nicht erkannt, daß dieser Programmentwurf darüberhinaus einen Versuch der Parteiführung darstellt, konzeptionelle Mutlosigkeit und theoretische Erschöpfung gegenüber der Mitgliedschaft als moderne und pragmatische Perspektiv-Planung auszugeben. Als offensichtliche Kaschierung der eigenen Mutlosigkeit funktioniert vor allem jener Satz, der allgemein als der brisanteste des ganzen Papiers empfunden wurde: „In der Bundesrepublik hatte die CDU/CSU nach zwei Jahrzehnten selbstzufriedener Machtausübung unseren Staat in eine Krise geführt, die neonazistischen Kräften Auftrieb gab." (S. 10) [14] Dieser Satz formuliert gewiß eine diskutierenswerte Ein-

14) Dieser Satz rief eine heftige Reaktion der CDU hervor. Sie sprach von „Geschmacklosigkeit", „Geschichtsfälschung", „fast bösartigem Akzent". Die Junge Union konstatierte „entartete Propaganda". Auch Helmut Schmidt möchte diesen Satz nicht mehr verteidigen („Frankfurter Rundschau", 27. 1.). Interessant aber ist erst die Reaktion der CSU, wie sie im „Bayern-Kurier" nachzulesen ist (20. 1.): Schuld an der NPD sei die SPD. Denn die „masochistische Vergangenheitsbewältigung" der „klassischen Bewältigungspartei", der SPD, ihr

schätzung der führenden Kreise des heutigen Koalitionspartners und seiner Politik unter Adenauer und Erhard. Unbenannt bleibt jedoch, welche Elemente und Eigenarten dieser CDU-Politik neonazistischen Kräften Auftrieb gegeben haben und aus welchen Gründen das so ist. Die Detail-Analyse muß schon deshalb unterbleiben, weil sich herausstellen könnte, daß wesentliche Züge einer „selbstzufriedenen Machtausübung" auch die bisherige Arbeit der Großen Koalition kennzeichnen (man denke vor allem an die in Aussicht gestellten Wahlrechtsmanipulationen, die der NPD zumindest für 1969 Wahlkampfmunition von einiger Wirksamkeit zur Verfügung stellen) und daß wesentliche Elemente jener Politik des nationalen Starrsinns von der Koalition weitergepflegt werden (Oder-Neiße-Frage, DDR-Anerkennung[15]), die nur solchen Kräften Zulauf verschaffen, die irreale nationalpolitische Positionen noch starrsinniger vertreten. Die SPD-Analyse hält sich von solch inhaltlich-politischen Fragen fern. Sie begründet den Zusammenhang zwischen staatstragender CDU-Politik und dem Aufkommen neonazistischer Tendenzen ganz oberflächlich mit dem christdemokratischen Regierungsstil früherer Zeiten und will damit den Glauben fördern, die NPD habe keine Chancen mehr, seit die vormals selbstzufriedene CDU die Macht mit der SPD zu teilen hat. Die Erfolgsziffern der NPD bei den nächsten Wahlen werden diese Fehlannahme korrigieren.

Interessanter erscheint der Versuch der SPD-Führung, der Öffentlichkeit verständlich zu machen, warum die SPD mit einer solch gefährlichen Partei wie der CDU eine Koalition eingehen konnte. Zu diesem Zweck muß die SPD beweisen, daß die CDU, die der NPD in die Hände spielte, und die CDU, die plötzlich zum Koalitionsgenossen geworden ist, zwei verschiedene politische Parteien sind. Die erstaunliche Metamorphose der christlichen Demokraten wird in zwei Schritten erklärt: zum einen habe die SPD die Initiative in der Regierung an sich gerissen, sie übe recht eigentlich die Richtlinienkompetenz in der deutschen Politik aus: „Sechs Monate nach den für die deutsche Politik so wichtigen Beschlüssen des Dortmunder SPD-Parteitages wurde zur Bewältigung der Krise die Übernahme von Regierungsmacht und -verantwortung durch die SPD erforderlich. Das zeigte aller Welt, daß die SPD die richtungweisende politische Kraft in Deutschland ist." (S. 10)

Diese richtungsweisende Dynamik der SPD-Regierungsmitglieder hat sich im ersten Jahr der Großen Koalition als so unwiderstehlich erwiesen, so wird im zweiten Schritt behauptet, daß die CDU gar nicht anders konnte, als sich dem SPD-Programm anzupassen und fortan sozialdemokratische Politik zu propagieren. Diese Tatsache der politischen Richtlinienpotenz der SPD wird, „wenn auch unfreiwillig, durch den Entwurf eines Aktionsprogramms bestätigt, den die CDU vor kurzem der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt hat. Vieles, was in diesem Entwurf als zeitgemäß und fortschrittlich bezeichnet werden kann, wurde dem Godesberger Programm und den Beschlüssen des Karlsruher und des Dortmunder Parteitages der SPD entnommen." (S. 10) Aus dieser Perspektive der sozialdemokratischen Parteiführung wird also dem einfachen Parteimitglied klargemacht, was es bislang falsch, weil umgekehrt gesehen hat: in Wahrheit hat sich die CDU der SPD angepaßt, und nicht die SPD der CDU.

Ja zum Atomsperrvertrag, die Bündnispolitik mit den USA, die Ostpolitik, speziell die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien, die Anerkennungspartei-Politik usw. seien doch die wahrhaft verständlichen Gründe für die Reaktion der NPD. Da die SPD die Themen für eine erfolgreiche Agitation und Wählermobilisierung der NPD liefere, habe sie eine „Gärtnerfunktion für die NPD". Es wird schwer, wenn nicht unmöglich, einen Unterschied zwischen CSU und NPD in gravierenden Fragen festzustellen.

15) In den Perspektiven wird die DDR zwar „beim Namen genannt" (so FR-Schlagzeile vom 10. 1.), der Satz geprägt: „Was in Deutschland geschieht, ist Sache der Deutschen", ein „*geregeltes Miteinander*" proklamiert (S. 9) und der DDR eine Gewaltverzichtserklärung angeboten (S. 16). Aber die „Wiedervereinigung" bleibt als Ziel, „der andere Teil Deutschlands ist für uns kein Ausland" (S. 9).

Ausgespart bleibt in dieser windschiefen Apologetik der Großen Koalition und ihrer „fortschrittlichen" Politik die Erklärung dafür, warum es sich fürderhin noch lohnen sollte, SPD zu wählen, statt einer aus ihrer Selbstzufriedenheit auf den Boden der Tatsachen zurückgeholten, im übrigen aber regierungsbewährten CDU mit ihrem „zeitgemäßen und fortschrittlichen" Aktionsprogramm. Zwar behauptet der Programm-Entwurf der SPD apodiktisch: „Die Übernahme alter SPD-Forderungen kann ... den konservativen Charakter der CDU nicht verdecken." (S. 10) Eine Begründung für diese Behauptung fehlt aber ebenso wie eine Zusammenstellung wesentlicher Unterschiede zwischen christ- und sozialdemokratischem Programm. Stattdessen folgt eine ausführliche Darstellung jener Leistungen, die die Große Koalition bis heute schon vollbracht hat — auf der Grundlage des sozialdemokratischen Acht-Punkte-Programms, wie sich jetzt schon von selbst versteht. In der Außenpolitik ist die „Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik" (S. 11), in der Wirtschaftspolitik sind „die Schatten der Wirtschaftskrise" (S. 11) gebannt worden. Vom Leberplan bis zur Finanzreform (die ja bekanntlich noch auf dem Papier steht) ist die Politik der Großen Koalition eine einzige Bestätigung und Realisierung sozialdemokratischer Prinzipien. Die SPD kann sich zu dieser Bilanz beglückwünschen: Sie „sieht sich durch die Entwicklung der letzten Jahre in der Richtigkeit ihres mit Konsequenz verfolgten Weges bestätigt. Sie ist die fortschrittliche Volkspartei der Bundesrepublik, sie hat aus der Vergangenheit die notwendigen Lehren gezogen, sie kennt ihre Verantwortung in der Gegenwart und sie unternimmt alle Anstrengungen, um den Anschluß des deutschen Volkes an die Zukunft zu sichern." (S. 11)

X

Wie weitgehend sich das Interesse der SPD-Führung an Demokratisierung der Gesellschaft, d. h. Förderung realer Willensbildung von unten nach oben, in allen ihren Bereichen zurückentwickelt hat, läßt sich am allerdeutlichsten an den Proportionen der einzelnen Abschnitte der „Perspektiven" ablesen. Während von Demokratisierung der Gesellschaft nur an wenigen Stellen und dort nur innerhalb der geschilderten Grenzen die Rede ist, befaßt sich einer der längsten Abschnitte des Entwurfes mit der „Leistungsfähigkeit der staatlichen Organisationen". (S. 28 ff) Hier kümmert sich die SPD in rührend detaillierter Weise um die Verbesserung der staatlichen Organisationen mit der erklärten Absicht, deren personelle und sachliche Leistungsfähigkeit zu optimieren: alles muß effektiver werden: der Bundestag muß effektiver arbeiten, der kooperative Föderalismus muß auf Stromlinienform gebracht werden, die Bundeswehrführung muß wissenschaftlich beraten werden, moderne Planungs- und Führungsmethoden sind für alle möglichen Bereiche zu entwickeln, selbst die „Wirksamkeit der politischen Führung durch Bundeskanzler und Bundesregierung" (S. 29) muß weiter gesteigert werden. Gegen einzelne solcher Bestrebungen wäre nun an sich nichts einzuwenden, technischer und wissenschaftlicher Fortschritt sollte auch von den Funktionsträgern an der Spitze eines Staatsverbandes genutzt werden. Entscheidend für die Bewertung des ganzen Entwurfes ist aber, daß der angestrengten Suche nach einer effektiven Organisation der staatlichen Apparate nicht die geringste theoretische Anstrengung gegenübersteht, die sich um Vorschläge für eine Demokratisierung der Gesellschaft bemühte. Das nahezu völlige Fehlen eines Konzeptes von inhaltlicher Demokratie oder auch nur von institutioneller Sicherstellung demokratischer Verfahrensweisen in weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens dokumentiert eine erschreckende Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Perfektionierung der bestehenden Apparaturen und der fehlenden Konzeption einer inhaltlichen Mitbestimmung an der gesellschaftlichen Basis. Die SPD erweist sich

in dieser programmatischen Diskrepanz als bereitwillige und übereifrige Verteidigerin des gesellschaftlichen Status quo. Das Bestehende, so wie es ist, mit dem strahlendsten Weiß zu übertünchen, das die deutsche Hausfrau sich vortellen kann, definiert die sozialdemokratische Parteiführung als ihre politische Mission für die siebziger Jahre.

Bleibt die Frage nach dem Antriebsmotiv für solche theorielose Hausmacher-Politik. Im letzten Abschnitt der Perspektiven wird darauf eine Antwort gegeben: die Sozialdemokratie muß und will für jeden, der an der Gestaltung der so entworfenen „neuen" Gesellschaft mitwirken will, und welcher Wähler wollte das nicht, attraktiv sein. Und weiter: „Das Bild unserer Partei ... muß von Mobilität und Leistungsorientierung bestimmt werden." (S. 31) Nun sind Dynamik, Leistung, Attraktivität Eigenschaften, die auch Georg Leber alleine erbringen kann. Dazu bedarf es keiner politischen Partei. Der Mitgliedschaft der SPD stellt sich daher die Frage, für welche Bürger die Partei durch dynamische und leistungsfähige Vorbilder an ihrer Spitze attraktiv erscheinen will: Für Laufbahn-Politiker, die lediglich ihre eigene Karriere dynamisieren wollen, für Leistungswillige, die durch Anpassung in attraktive Positionen gelangen wollen, oder für am politischen Problem engagierte Sozialisten, die noch eine klare Vorstellung von substantieller Demokratie besitzen und diese über die innerparteiliche Diskussion weitervermitteln wollen.

Der neue Kurs der Parteiführung in der Großen Koalition scheint schon heute genau das Maß an Prinzipienlosigkeit auch bei seinen jüngeren Protagonisten herzustellen, das er braucht, um erfolgreich vertreten und verwirklicht werden zu können. Für diese These gibt es genügend abschreckende Beispiele unter der jüngeren Bonner Partei-Prominenz: einen parlamentarischen Staatssekretär, der lieber mit strammen Burschenschaftlern diskutiert als mit engagierten Sozialisten, einen Regierungssprecher, der demokratischen Griechen das Recht auf einen Parteitag in Deutschland bestreiten möchte, und einen Notstandsexperten, der binnen Jahresfrist seine Meinung zum Inneren Notstand auswechselt, ohne neue Argumente beibringen zu können.

Im Sinne solcher Persönlichkeiten, so ist zu befürchten, wird die SPD gewiß auch weiterhin in der Lage sein, der jungen Generation „in all ihren Gliederungen jede Chance zu geben, auf Grund ihrer Begabungen, ihrer Fähigkeiten und Neigungen in der Partei zu arbeiten und sich im politischen Leben zu bewähren". (S. 31)

Die SPD ist damit auf dem Wege zu einer Partei für Menschen, „die sich etwas zutrauen". Ob sie auch noch die Partei für jene ist, die „für die Zukunft unseres Landes etwas ausrichten wollen", muß angesichts der „sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" bezweifelt werden.

Daß sie eine Partei mit einem demokratischen und sozialistischen Programm nur dann wieder werden kann, wenn sich die innerparteiliche Opposition gegen die gegenwärtige Parteiführung wirkungsvoll organisiert und sich für politische Einflüsse und Anstöße aus dem außerparlamentarischen Raum offen hält, will dieser Beitrag als sein wesentliches Ergebnis festhalten.

Heinz Budde, MdB

Christliche Soziallehre und Kapitalismus

In der Diskussion um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer fordern die Sozialausschüsse der CDU, gestützt auf die Christliche Soziallehre und übereinstimmend mit dem DGB, die Ausdehnung der Mitbestimmung auf alle Großbetriebe als Schritt auf dem Wege zu einer neuen Ordnung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Heinz Budde, Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der Sozialausschüsse der CDU, ist ein Wortführer in dieser wesentlichen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung und einer der Mitverfasser der „Offenburger Erklärung" der Sozialausschüsse vom 9. Juli 1967, in welcher „der Vorrang der Arbeit vor allen anderen Werten und Maßstäben" verlangt wird. Bei der Interpretation der „Offenburger Erklärung" hat Heinz Budde in der katholischen Wochenzeitung „Echo der Zeit" die antikapitalistischen Alternativen der Christlichen Soziallehre zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verdeutlicht. Er sah sich deshalb Angriffen des Bundes Katholischer Unternehmer und der rechtskatholischen wie der industrienahen Presse ausgesetzt. Wir haben Heinz Budde gebeten, in einem Beitrag, den wir nachfolgend zur Diskussion stellen, grundsätzlich zu den gesellschaftspolitischen Konsequenzen Stellung zu nehmen, die sich in Anwendung der Christlichen Soziallehre auf die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik ergeben.

D. Red.

I

Die gesellschaftspolitische Diskussion im Bereich der christlich-sozialen Bewegung und der christlichen Gesellschaftslehre ist in letzter Zeit durch eine heftige Kontroverse gekennzeichnet. Meinungsverschiedenheiten, die offensichtlich schon seit langem untergründig schwelten, sind zum offenen Ausbruch gekommen. Auslösende Faktoren waren dabei die Offenburger Erklärung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, die Enzyklika Populorum progressio von Papst Paul VI. und ihre höchst unterschiedliche Interpretation, sowie zahlreiche Erklärungen katholischer Sozialverbände, vor allem der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB), zum Mitbestimmungsproblem und zur Gewerkschaftsfrage.

Der Verfasser dieses Aufsatzes geriet dabei besonders ins Kreuzfeuer der Kritik, weil er sich erlaubte, die christliche Soziallehre als „seit je entschieden antikapitalistisch" zu bezeichnen. Dieser Antikapitalismus gilt nach seiner Auffassung „für jede Spielart des Kapitalismus, auch für einen sozialtemperierten, falls es den geben sollte". Des weiteren hat man ihm übel genommen, daß er die „Offenburger Erklärung" der Sozialaussschüsse eine konsequente und sachgerechte gesellschaftspolitische Realisierung der Grundsätze christlicher Soziallehre nach dem neuesten Stand ihrer Entwicklung genannt hat.

Hinter diesem Meinungskampf verbirgt sich im Grunde die Rivalität von konkurrierenden Gruppen im Bereich der heutigen christlich-sozialen Bewegung. Auf der einen Seite stehen die Konservativen, die Traditionalisten der christlichen

Gesellschaftslehre, orientiert an Gustav Gundlach SJ und Papst Pius XII., und in ihrem Schlepptau gewisse Vereinigungen, deren Verhalten sehr offensichtlich durch ein überwiegendes Kapitalinteresse bestimmt ist, beispielsweise der Bund Katholischer Unternehmer (BKU). Die Interessenideologie wird geliefert von Zeitschriften wie beispielsweise den Gesellschaftspolitischen Kommentaren und gelegentlichen Ausbrüchen einiger Professoren, die einen Antimitbestimmungsaffekt haben. Auf der anderen Seite steht eine Anzahl jüngerer Sozialwissenschaftler, Sozialpraktiker, Publizisten und Politiker, die vorwiegend ihren Wirkungsbereich im Rahmen der Sozialausschüsse, der Katholischen Arbeiter-Bewegung und der Gewerkschaften haben.

Diese Skizzierung der Frontstellung ist sicherlich nicht vollständig. Sie will in diesem Zusammenhang nur die wichtigsten Linien andeuten und umschreiben. Bemerkenswerterweise hat die Auseinandersetzung durch den inzwischen vorliegenden Entwurf für ein Aktionsprogramm der Christlich-Demokratischen Union neue Nahrung erhalten. Die konservativen Kritiker argwöhnen einen zu nachhaltigen Einfluß der fortschrittlichen Kräfte auf diesen Entwurf und glauben einen neuen „Linkstrend" der CDU entdeckt zu haben. Das kommt sehr deutlich in der ungewöhnlich scharfen Kritik des Bayern-Kurier am Programmentwurf der CDU zum Ausdruck. Peinlicherweise befindet sich dabei der Bayern-Kurier in einer bezeichnenden Nachbarschaft zu Presseorganen, deren Eintreten für die Interessen des Großkapitals und deren besitzbürgerliche Grundeinstellung hinlänglich bekannt sind. Immerhin ist der Bayern-Kurier das offiziöse Organ der CSU. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die CSU sich anschickt, zu einer Gegenoffensive gegen die fortschrittlichen Entwicklungen in der gesellschaftspolitischen Programmdiskussion ihrer Schwesterpartei zu rüsten. Anders ist wohl kaum zu erklären, daß der Bayern-Kurier den Entwurf der CDU sozialpolitisch kopflastig findet und in ihm einen „Wunschzettel des Wohlstandsbürgers anno 1980" zu erkennen glaubt. Nach Auffassung des Bayern-Kurier stellt der Programmentwurf „ein Stück Utopie des kleinen Mannes" dar; wie er finanziell realisiert werden könne, stehe „in den Sternen".

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß auch die Verhandlungen des Zweiten Vatikanischen Konzils in ihren gesellschaftspolitisch relevanten Abschnitten, vor allem die Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute" und namentlich die Aussagen zum Mitbestimmungsproblem, einen wichtigen Hintergrund für die gesellschaftspolitische Kontroverse innerhalb der christlich-sozialen Bewegung und der christlichen Gesellschaftslehre darstellen.

II

Im Grunde ist es bedauerlich, daß in der ganzen Kontroverse so viel Energie auf den Kapitalismus-Begriff und die Kapitalismus-Kritik verschwendet worden ist. Eigentlich ist die Frage, ob die christliche Soziallehre antikapitalistisch ist oder nicht, gerade die Nebensache. Es wäre schade, wenn diese Erörterungen von den viel wichtigeren gesellschaftspolitischen Sachfragen ablenken würden. Wenn sich alle Beteiligten dahin verstehen könnten, den Begriff Kapitalismus überhaupt zu vermeiden, dann wäre zugunsten der Sachlichkeit der Diskussion ein großer Fortschritt erzielt. Leider sprechen viele Anzeichen dafür, daß dieser Kapitalismus-Streit noch weitergehen wird. Gerade an der Kapitalismus-Kritik des Verfassers hat sich der Widerspruch der Professoren Wilhelm Weber und Wilfried Schreiber sowie des Dominikanerpaters Basilius Streithofen geradezu leidenschaftlich entzündet. Daß dabei Formulierungen gewählt worden sind, die beispielsweise davon sprechen, es gebe im katholischen Lager Leute, die einen

kleinen Marx im Ohr hätten, oder wenn von klassenkämpferischen Affekten gesprochen wird, die die letzten Reste von Marxisten in der deutschen Arbeiterschaft um die Fahne Bischof Kettelers sammeln wollen, dann zeugt das nicht gerade von gutem Geschmack und ist zumindest dem Ernst einer wichtigen Sachdiskussion nicht angemessen.

Wie gesagt, könnte unsere gesellschaftspolitische Diskussion an Klarheit und Präzision gewinnen, wenn der überaus vieldeutige, unscharfe und umstrittene Begriff Kapitalismus tunlichst ganz vermieden würde. Jedoch scheint der herkömmliche Begriffsapparat über eine erstaunliche Langlebigkeit und Widerstandskraft zu verfügen.

Wer also heute glaubt, den Begriff Kapitalismus nicht entbehren zu können, sollte folglich bemüht sein, genau zu umschreiben, was er damit meint. Der Verfasser hat jedenfalls in seiner Auseinandersetzung mit dem Bund Katholischer Unternehmer und einigen katholischen Sozialwissenschaftlern mehrfach diese Klärung versucht.

Wichtig ist zunächst die Unterscheidung zwischen kapitalistischer Wirtschaftsweise und Kapitalismus als Gesellschaftsordnungssystem. Mit kapitalistischer Wirtschaftsweise ist zunächst nichts anderes als der schlichte Sachverhalt gemeint, daß die Arbeit von den Produktionsmitteln getrennt ist. Seit der Enzyklika Quadragesimo anno 1931 von Pius XI. besteht unter katholischen Sozialwissenschaftlern weitgehend Übereinstimmung darin, daß diese Wirtschaftsweise in sich nicht schlecht und nicht an und für sich verwerflich ist. Die Verkehrtheit der Prinzipien beginnt dann, wenn das Kapital die Lohnarbeiterschaft in seinen Dienst nimmt, um die Unternehmungen und die Wirtschaft insgesamt einseitig nach seinem Gesetz und zu seinem Vorteil ablaufen zu lassen, ohne Rücksicht auf Gemeinwohl und Gemeinwohlgerechtigkeit (Quadragesimo anno 101). Darin besteht also weitgehende Übereinstimmung. Ebenso in der Aussage, daß das Lohnarbeitsverhältnis unter der Weisungsbefugnis eines anderen den Menschen nicht von vornherein entwürdigt. Wenn also die katholische Soziallehre in ihrer Grundtendenz antikapitalistisch ist, dann ist nicht in erster Linie die kapitalistische Wirtschaftsweise gemeint, obwohl sich fortschrittliche Gesellschaftspolitiker längst darüber einig sind, daß das Lohnarbeitsverhältnis nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann und mehr und mehr zu einem Gesellschaftsverhältnis und zu neuen Formen der Unternehmensverfassung weiterentwickelt werden muß. Wenngleich die kapitalistische Wirtschaftsweise keine Idealform unserer Gesellschaftsverfassung darstellt, so kann sie immerhin toleriert werden. Anders verhält es sich mit dem Kapitalismus als Gesellschaftsverfassung und gesellschaftliche Wirklichkeit. Den Kapitalismus als Gesellschaftsverfassung kann man so umschreiben: Er ist ein Gesellschaftssystem, in dem die sozialen und ökonomischen Prozesse nachhaltiger von dem mit dem Großeigentum verbundenen Kapitalinteresse als vom Gesellschaftsordnungselement Arbeit bestimmt werden. Diese Interpretation des Kapitalismus entspricht in auffälliger Weise unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Zwar sind die Fortschritte im System der sozialen Sicherheit und in der Sozial- und Arbeitsrechtsgesetzgebung ganz allgemein nicht zu übersehen. Dennoch hat das Gesellschaftsordnungselement Arbeit noch nicht den Rang inne, der ihm gebührt. Die breite Schicht der arbeitenden Menschen ist noch nicht im umfassenden Sinne dieses Wortes als „Vollbürger" in diese Gesellschaft integriert.

Zwischen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit in ihrem soziologischen Befund einerseits und den Herrschafts- und Machtstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits besteht ein merkwürdiger Widerspruch. Soziologisch ist der

Tatbestand unbestreitbar, daß wir in einer Arbeitnehmergesellschaft leben. 82 Prozent der Erwerbstätigen befinden sich in abhängiger Erwerbstätigkeit. Dieser erstaunliche Prozentsatz wird aller Voraussicht nach noch weiter wachsen. Die Macht- und Herrschaftsverhältnisse jedoch weisen keineswegs die Züge dieser soziologischen Gegebenheiten auf. Im Gegenteil, sie sind von neofeudalen Strukturen bestimmt, die sich herleiten von Großeigentum und Kapitalinteresse. Von einer arbeitstypischen Politik, die einer Arbeitnehmergesellschaft gemäß wäre, sind wir im ganzen gesehen noch um einiges entfernt. Eine Arbeitnehmergesellschaft verlangt nun mal eine arbeitstypische Politik. Dazu gehört unausweichlich der Ausbau der politischen und gesellschaftlichen Bestimmungsrechte für die Arbeitnehmerschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft. Hier liegt die zentrale Bedeutung des Mitbestimmungsproblems. Ohne seine Lösung ist eine Überwindung der kapitalistischen Reststrukturen unserer Gesellschaft nicht möglich.

In dieser Frage besteht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen einflußreichen Kreisen beider Kirchen, evangelischen und katholischen Sozialorganisationen und den Gewerkschaften. Nichts hat die auf dem sozial- und gesellschaftspolitischen Feld tätigen Kräfte der konfessionellen Sozialverbände, der Sozialausschüsse und der Gewerkschaften so geeint und zu wirklich fruchtbarer Kooperation geführt wie die Mitbestimmungsfrage und die unduldsame Haltung ihrer Gegner in diesem Problem. Das ist zweifellos ein erfreulicher Aspekt in dieser ganzen Kontroverse. Von den Anwälten des Besitzbürgertums wird diese Entwicklung verständlicherweise mit großem Mißtrauen und Unbehagen verfolgt. Ihre Taktik verfolgt mehr und mehr das Ziel, Meinungsverschiedenheiten, Gegensätze und Divergenzen zwischen Arbeitnehmerflügel und Wirtschaftsflügel der CDU zu vertiefen und zu fördern.

III

Das vordringlichste, aber auch schwierigste Gestaltungsproblem heutiger Gesellschaftspolitik ist die rechte Zuordnung von Arbeit und Eigentum. Arbeit und Eigentum sind in der Betrachtungsweise der christlichen Gesellschaftslehre Ordnungselemente der Gesellschaft. Allzu lange hat jedoch in der ethischen Wertung und in der praktisch-politischen Geltung das Eigentum fast ausschließlich im Vordergrund gestanden. Inzwischen ist nun ein sehr bemerkenswerter Funktionswandel des Eigentums eingetreten. Die christliche Soziallehre hat diesen Funktionswandel durchaus zur Kenntnis genommen und mehr und mehr ihre Schlußfolgerungen daraus gezogen. Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Arbeit das ranghöhere und wichtigere Ordnungselement der Gesellschaft ist. Wie kann nun bewirkt werden, daß die Vorrangstellung und die angemaßte Herrschaft des mit dem Großeigentum verbundenen Kapitalinteresses gebrochen, der Arbeit ihre Ordnungsfunktion und dem arbeitenden Menschen in der Wirtschaftsgesellschaft die Subjektstellung zurückgegeben wird, die ihm gebührt? Das ist in der Tat der Kernpunkt der sozialen Frage unseres Zeitalters.

Genauer will das besagen: Wie kann der Arbeit eine gesicherte Gleichrangigkeit, Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung im Verhältnis zum Kapital in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft eingeräumt werden? Wie kann bewirkt werden, daß die Arbeit nicht mehr nur Objekt der sozialökonomischen Prozesse bleibt, sondern frei und gleichberechtigt mitgestaltender und mitbestimmender gesellschaftspolitischer Faktor wird, nicht nur im Betrieb und Unternehmen, sondern auf allen Stufen der Gesellschaft? Und schließlich: Wie können der Arbeit nach Recht und Billigkeit angemessene Verfügungsgewalt und Nutzungsrechte gegenüber dem Kapital gesichert werden?

Diese gesellschaftspolitischen Ordnungsprobleme sind im Grunde so alt wie unsere Industriegesellschaft selbst. Sie werden so lange aktuell bleiben, ja sogar an Aktualität gewinnen, wie unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung in ihrer Grundstruktur auf dem notwendigen Zusammenwirken der Faktoren Arbeit und Kapital beruht, die sich in diesem merkwürdig unterschiedlichen Verhältnis eines deutlichen Interessengegensatzes einerseits und einer aus der Sachgesetzlichkeit der wirtschaftlichen Produktionsprozesse erwachsenden Interessengemeinschaft andererseits gegenüberstehen.

Die christlich-soziale Bewegung erstrebt größere Freiheitsräume für eine mündig gewordene Arbeitnehmerschaft, die sie als „Vollbürger" nicht nur in die politische Verantwortung, sondern auch in die Wirtschaftsgesellschaft eingliedern will. Sie ist überzeugt davon, daß dieses Ziel nicht ohne eine Verstärkung der Bestimmungsrechte der arbeitenden Menschen, und zwar sowohl im Bereich des Betriebes als auch überbetrieblich auf allen Stufen der Gesellschaft, zu erreichen ist. In einer offenen und solidarischen Gesellschaft mit gleichen Startbedingungen und freien Entscheidungsmöglichkeiten für alle, mit einem System sozialer Sicherheit und einer aktiven Eigentumspolitik in Form von Kapitalbeteiligung ist kein Raum mehr für bloßen Ökonomismus und reine wirtschaftliche Zweckmäßigkeitserwägungen, die leider heutzutage mehr und mehr alle gesellschaftlichen Lebensbereiche zu beherrschen drohen und gesellschaftspolitischen Fortschritt systematisch zu behindern versuchen. Gleichermaßen wird sich eine moderne Gesellschaftspolitik gegen alle Formen neofeudalistischer Erscheinungen, Praktiken und Herrschaftsstrukturen in unserer Wirtschaftsgesellschaft richten müssen.

Der bisher extremste aller Versuche, die Arbeit zu befreien und in die ihr gebührende Geltung zu erheben, war der marxistische, der die Position der Arbeit dadurch sichern wollte, daß er das Privateigentum beseitigte. Das aber ist die Lehre der Geschichte und der unmittelbaren Anschauung marxistischer Praktiken in unserer Zeit, daß die Aufhebung des Privateigentums die Arbeit nicht befreit, sondern im Gegenteil versklavt. Das Recht auf Eigentum bildet auch heute eine Stütze und zugleich einen Ansporn für die Ausübung der Freiheit. Die Lösung der Frage, wie die Arbeit zum entscheidenden Ordnungsprinzip der Gesellschaft erhoben werden kann, ist durch die Beseitigung des Eigentums noch nicht gegeben. Jedoch wird in einer Gesellschaftsverfassung, in der Eigentumstitel und Verfügungsrechte über Eigentum auseinanderklaffen, mit Eigentumspolitik allein die Stabilisierung des Ordnungselements Arbeit noch nicht erreichbar sein. Aktive Eigentumspolitik in breiter Kapitalbeteiligung ist unbestritten ein Beitrag zur Überwindung der kapitalistischen Restbestände in unserer Gesellschaft und ein Weg zur Stärkung des Gesellschaftsordnungselements Arbeit. Eigentumspolitik ist aber kein Allheilmittel. Das muß den Eigentumsromantikern immer wieder sehr nachdrücklich gesagt werden, denn sie unterliegen dem Fehler, die Wirkungen dieses Aspektes moderner Sozialreform weit zu überschätzen. Beispielsweise ist das Vorhaben des Bundestagsabgeordneten Erwin Häussler, mit Eigentumspolitik allein das Problem der Bestimmungsrechte in der Wirtschaft zu lösen, von vornherein illusorisch und zum Scheitern verurteilt. Die Formel „Mitbestimmung durch Eigentum" wird letztlich niemals völlig aufgehen. Hier sollten keine falschen Alternativen konstruiert werden. Es darf nicht heißen: Eigentumspolitik statt Mitbestimmung, sondern es muß heißen: Eigentumspolitik und Mitbestimmung. Hier gibt es kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

Mit vollem Recht stellt vielmehr die Arbeitnehmerschaft die Frage nach der gesellschaftlichen Machtausübung. Diese Fragestellung ist legitim, genauso wie

die Machtausübung selbst, sofern diese die Erfordernisse des Gemeinwohls respektiert. Gesellschaftliche Machtpositionen und Machtausübungen sind aber in unserer Sozialordnung nicht unmaßgeblich an Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und an die gesellschaftlichen Positionen der Verfügungsberechtigten geknüpft. Eigentumspolitik kann darum ihren vollen gesellschaftspolitischen Effekt erst in einem System institutionell gesicherter Partnerschaft in Mitverantwortung und Mitbestimmung im Betrieb und durch Zusammenwirken von Arbeit und Kapital auf allen Ebenen der Gesellschaft erzielen. Wer die kapitalistischen Grundstrukturen unseres Wirtschaftssystems überwinden will, kommt deshalb am Problem der Mitbestimmung nicht vorbei. Dabei sei noch einmal hervorgehoben, daß es letztlich nicht um eine globale Übertragung der bestehenden paritätischen Mitbestimmung, die sich in der Montanindustrie zweifellos hervorragend bewährt hat, handeln kann, sondern um die Entwicklung neuer Formen einer neuen Unternehmensverfassung. Keineswegs geht es dabei um eine Beseitigung der unternehmerischen Funktion oder um den Versuch, einen Bereich zu demokratisieren, der sich in letzter Konsequenz nicht demokratisieren läßt, sondern um die Ableitung und Begründung der unternehmerischen Funktion nicht mehr einseitig nur vom Kapitalinteresse her, sondern gleichermaßen und gleichberechtigt auch vom Faktor Arbeit.

Auch der leidenschaftlichste Eigentumspolitiker sollte den tiefgreifenden Funktionswandel des Eigentums in der heutigen Gesellschaft nicht übersehen. In den großen Kapitalgesellschaften können die Anteilseigner entweder gar nicht oder nur in einem sehr beschränkten Maße Bestimmungsrechte ausüben. Herrschaftsstrukturen in heutigen Großunternehmungen sind kaum noch vom Eigentum her bestimmt. Darum ist die sozialethische Begründung und Rechtfertigung des Mitbestimmungsrechts keineswegs allein auf Eigentumstitel angewiesen. Auch kann der Großeigentümer sich heute nicht mehr auf sein Risiko und seine Haftung berufen, wenn er seine alleinigen Bestimmungsrechte begründen will. Dem steht einerseits das ausgebaute System der Haftungsbeschränkungen in unserem Gesellschaftsrecht entgegen. Andererseits kann nicht mehr länger übersehen werden, daß Unternehmungen von einer bestimmten Größenordnung an aus öffentlichem Interesse eine quasi staatliche Existenzgarantie genießen. So kann es sich der Staat beispielsweise aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht mehr leisten, wie Vorgänge in der letzten Zeit bewiesen haben, solche Unternehmungen untergehen zu lassen. Damit aber sind Haftung und Risiko des Eigentümers auf ein Minimum beschränkt.

IV

Vielfach wird in dieser Diskussion um die Bestimmungsrechte der sozialgeschichtlich erhärtete Tatbestand übersehen, daß das Arbeitnehmerrisiko sicherlich nicht minder groß ist als das Eigentumsrisiko. Es gibt in der heutigen Wirtschaft nicht nur ein Kapitalrisiko, sondern auch ein typisches Arbeitsplatzrisiko, das den Arbeitnehmer trifft. Kleine Abflachungen der Konjunktur genügen bereits, um deutlich zu machen, daß durch Feierschichten, Kurzarbeit, Stillegungen und Entlassungen die breite Schicht der Arbeitnehmerschaft ein Risiko trägt, das sie geradezu in ihrer materiellen Existenz bedroht. Das gilt namentlich für strukturelle Anpassungskrisen in weiten Bereichen unserer Volkswirtschaft.

Eine noch so aktive und intensive Eigentumspolitik wird auch auf ganz weite Sicht in ihren effektiven Größenordnungen im Vergleich zur Kapitalakkumulation beim Großeigentum keine nennenswerten Umschichtungen erzielen. Bei realistischer Einschätzung kann von der Eigentumspolitik allein keine nach-

haltige Verschiebung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in unserer Gesellschaft erwartet werden. Was hat beispielsweise ein Begriff wie „Volkskapitalismus" schon für einen Aussagewert, wenn sich in der Bundesrepublik nur etwa 0,2 Prozent des Aktienkapitals in Arbeitnehmerhänden befinden oder etwa in den USA ungefähr 2 Prozent?

Eigentumsbildung durch Kapitalbeteiligung kann darum gesellschaftspolitisch nur ein Weg unter anderen sein, die offene und solidarische Gesellschaft zu verwirklichen. Selbstverständlich kann und muß er beschritten werden. Er führt aber nur dann zum Ziel, wenn er nicht gegen die Mitbestimmung ausgespielt wird, sondern mit neuen Initiativen in der Mitbestimmungspolitik Hand in Hand geht.

Prof. Dr. habil. Harry Nick

Zum ökonomischen System in der DDR

Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in der DDR ist heute eine unbestreitbare Tatsache. Die DDR gehört zu den zehn führenden Industrieländern der Welt, ihre industrielle Produktion ist größer als diejenige Gesamtdeutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg (in den heutigen Grenzen der beiden deutschen Staaten). Will man diese Leistung annähernd richtig bewerten, muß berücksichtigt werden, daß das heutige Gebiet der DDR vor dem Kriege industriell viel geringer entwickelt war als der westliche Teil Deutschlands; daß die aus der Spaltung resultierenden Disproportionen im Wirtschaftsgefüge die heutige DDR weit härter trafen als Westdeutschland; daß die Kriegszerstörungen im östlichen Teile Deutschlands wesentlich größer waren; daß die DDR den größeren Teil der Reparationsleistungen aufbrachte, die ganz Deutschland auferlegt waren, um wenigstens einen geringen Beitrag zur Beseitigung des materiellen Schadens zu leisten, den Hitlerdeutschland den Völkern Europas zugefügt hatte; daß die bis zum August 1961 offene Grenze für die DDR ökonomische Verluste von etwa 30 Mrd. Mark (niedrig geschätzt) zur Folge hatte; daß die DDR diese wirtschaftlichen Ergebnisse ohne ausländische Verschuldung oder Investitionsbeteiligungen erreichte.

Es ist also keineswegs verwunderlich, daß, als die DDR gegründet worden war, ihr bürgerliche Ökonomen und Publizisten ökonomisch keine Chance gaben; sie begingen allerdings einen sehr bezeichnenden Fehler: Sie zogen lediglich die materiell-technischen und finanziellen Ressourcen in Betracht, die dem neuen Staat zur Verfügung standen, nicht aber die gesellschaftlich-sozialen Triebkräfte, die mit der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erschlossen wurden.

In der Tat ist die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR vor allem auf zwei, miteinander verbundene, Faktoren zurückzuführen: auf die rationelle Organisation der ökonomischen Prozesse im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft und auf die sich entfaltende Initiative der arbeitenden Menschen in allen Bereichen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens. Beide Faktoren haben letztlich ihre Ursache in der Umgestaltung der politischen und ökonomischen Verhältnisse (vor allem der Eigentumsverhältnisse) in der DDR.

Die Notwendigkeit des ökonomischen Systems

In den letzten fünf Jahren sind die wirtschaftlichen Erfolge der DDR untrennbar mit den Veränderungen in der Planung und Leitung verbunden, mit dem „neuen ökonomischen System der Planung und Leitung", dessen Grundlagen auf dem VI. Parteitag der SED (Januar 1963) und auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR (Juni 1963) gelegt worden waren. Aus dem vorhin Gesagten wird gewiß deutlich, daß das vor dem VI. Parteitag angewandte System der Planung und Leitung der Wirtschaft der DDR heute keineswegs in einer Weise betrachtet wird, wie — in Abwandlung eines Marx'schen Wortes — die katholischen Kirchenväter die vorchristlichen Religionen betrachten. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung war keineswegs notwendig geworden, weil das „alte" sich nicht bewährt hätte; es resultierte auch nicht primär aus neuen wissenschaftlichen Einsichten, wenngleich die Ausarbeitung dieses Systems von Anfang an mit einer schöpferischen Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie, der Gesellschaftswissenschaft überhaupt, untrennbar verbunden war. Die Notwendigkeit des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung ergab sich vielmehr vor allem aus den objektiven Veränderungen in den politischen, ökonomischen und materiell-technischen Verhältnissen selbst, die sich Anfang der sechziger Jahre in der DDR vollzogen oder sich deutlich abzeichneten. Es sollen hier vor allem drei Gesichtspunkte hervorgehoben werden:

1) Der VI. Parteitag der SED konnte feststellen, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft gesiegt hatten; Ende 1961 betrug der Anteil der sozialistischen Betriebe an der industriellen Produktion 88,8 Prozent; der Anteil der halbstaatlichen Betriebe (private Betriebe mit staatlicher Beteiligung) betrug 8,2 Prozent und der Anteil der privaten Industrie 3,1 Prozent. Die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft war auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern abgeschlossen. All dies bedeutete, daß der Sozialismus sich nunmehr auf der ihm eigenen Grundlage zu entwickeln begann. Aus der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse ergaben sich nunmehr kaum noch nennenswerte Impulse für den gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt, sie resultierten jetzt ausschließlich aus der inneren Vervollkommnung, Höherentwicklung der sozialistischen Wirtschaft, der Entfaltung ihrer inneren Vorzüge und Triebkräfte. Aus all dem ergab sich die Notwendigkeit, die dem Sozialismus eigenen Methoden der Planung und Leitung als einem geschlossenen System schrittweise auszuarbeiten und zu verwirklichen. Die Grundtendenz der weiteren Vervollkommnung des Planungs- und Leitungssystems mußte die zunehmende Entfaltung der sozialistischen Demokratie sein, die qualitative Vervollkommung der zentralen Planung und Leitung, ihre zunehmende Konzentration auf die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitiger Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der betrieblichen und territorialen Teilsysteme.

2) Mit der Schließung der Staatsgrenze nach Westberlin waren erhebliche äußere Störquellen des sozialistischen Aufbaus beseitigt worden. Es existierten nun

günstigere Voraussetzungen der planmäßigen, rationellen Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung.

3) Die Entwicklung des Sozialismus auf der ihm eigenen Grundlage bedeutet zugleich die zielstrebige Gestaltung der ihm eigenen materiellen Produktionsbasis, die Inangriffnahme der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Herausbildung einer unseren gesellschaftlichen, materiell-technischen und natürlichen Bedingungen entsprechenden Wirtschaftsstruktur. Das erforderte den Übergang von der vorwiegend extensiven Reproduktion (bei welcher die wesentlichere Quelle des wirtschaftlichen Wachstums die quantitative Ausdehnung des Produktionsfeldes ist, der Akzent auf der Erhöhung des Produktionsvolumens liegt) zur vorwiegend intensiven Reproduktion (bei welcher die wesentlichere Quelle des Wirtschaftswachstums die qualitative Vervollkommnung der Produktionsfaktoren ist).

Dieser Übergang von der vorwiegend extensiven Reproduktion zur vorwiegend intensiven Reproduktion war nicht dadurch verursacht, daß die DDR vordem über freie Reserven an Arbeitskräften, Bodenschätzen, Grund und Boden verfügt hätte, die eine extensive Reproduktion als ökonomisch vorteilhaft hätten erscheinen lassen, und diese Reserven nun versiegten. Solche Reserven hatte die DDR nach dem Kriege nie besessen. Die vorwiegend extensive Reproduktion bis etwa zum Ende der fünfziger Jahre war vielmehr durch eine Reihe von Faktoren verursacht, die aus den Bedingungen der Nachkriegszeit und der besonderen politischen Situation der DDR resultierten. Im Ergebnis der Spaltung Deutschlands ergaben sich für das Wirtschaftsgebiet der DDR schwerwiegende Disproportionen: 92 Prozent des Steinkohlenbergbaus, 94 Prozent der eisenschaffenden Industrie Vorkriegsdeutschlands (in den heutigen Grenzen beider deutscher Staaten) befanden sich auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Die DDR verfügte über einen recht starken Verarbeitungsmaschinenbau, aber nur über einen sehr geringen Schwermaschinenbau. Die Produktion war von Anfang an sehr außenhandelsintensiv, es gab aber weder einen leistungsfähigen Überseehafen noch eine Werftindustrie. Man stand deshalb vor der Aufgabe, große Teile einer investitionsintensiven Grundstoffindustrie aufzubauen, zu einer Zeit, da das Nationaleinkommen relativ gering war. Die vorwiegend extensive Reproduktion, die Ausdehnung des Produktionsfeldes, das quantitative Wachstum der Produktion standen aus diesen Gründen lange Jahre im Vordergrund. Man konnte nur relativ geringe Mittel aufwenden, um z. B. die vorhandenen Produktionsfonds zu ersetzen und zu modernisieren; der weitaus größte Teil der Amortisationen wurde für die Schaffung neuer Kapazitäten verwendet. Anfang der sechziger Jahre begann sich diese Situation Schritt für Schritt zu verändern, wobei die Schließung der Staatsgrenze nach Westberlin einen besonders wichtigen Einschnitt bedeutete. Die Spaltungsdisproportionen waren im wesentlichen überwunden, das Nationaleinkommen war wesentlich gestiegen. Der Übergang zur vorwiegend intensiven Reproduktion war notwendig geworden, und zwar nicht nur deshalb, weil eine angespannte Arbeitskräftesituation existierte (die durch den kriegsbedingten Geburtenausfall noch verschärft worden war). Hinzu kam, daß die technische Revolution systematisch in Angriff genommen werden mußte, wollte die DDR mit dem Weltniveau in der Produktion Schritt halten und es mitbestimmen. Diese Ergebnisse der technischen Revolution können aber nicht vorwiegend über neu hinzukommende Kapazitäten in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingeführt werden; sie müssen ebenso in die Reproduktion der vorhandenen Produktionsfonds einfließen. Damit wurde aber auch ein neues System der Planung und Leitung erforderlich; denn das frühere System war auf die vorwiegend

extensive Reproduktion, auf den Zuwachs des Produktionsvolumens orientiert. Das neue System der Planung und Leitung mußte den grundlegenden Konsequenzen der technischen Revolution und der vorwiegend intensiven Reproduktion Rechnung tragen: a) dem steigenden Gewicht struktureller, qualitativer Veränderungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft; b) der zunehmenden Komplexität, inneren Verflechtung der verschiedenen Zweige, Bereiche der Produktion und der Reproduktionsphasen; c) der wesentlich größeren Bedeutung des Zeitfaktors, dem wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritt in der Zeit.

Zur bisherigen Entwicklung des ökonomischen Systems

Ausgehend von dem auf dem VI. Parteitag beschlossenen Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR wurden auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wesentliche qualitative Veränderungen in Angriff genommen, mit dem Ziel, die inneren Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus zunehmend zu entfalten. Auf ökonomischem Gebiet betraf dies vor allem die Ausarbeitung und schrittweise Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung; im einzelnen:

1) Das System der Planung wurde vor allem in zwei Hauptrichtungen verändert:

a) Während vordem die Perspektivpläne (5- bis 7-Jahr-Pläne) vor allem auf dem Wege der Extrapolation gegebener Strukturen, Proportionen, der „Weiterrechnung" vorhandener, bekannter Entwicklungstendenzen abgeleitet worden waren, wurde nunmehr dazu übergegangen, die grundlegenden Aufgabenstellungen des Perspektivplans auf dem Wege der „Rückrechnung" aus längerfristigen Prognosen (15 bis 20 Jahre) zu gewinnen. Im Unterschied zu den Plänen enthalten die Prognosen keine sachlich und zeitlich bestimmten Aufgaben; sie sind eine Vorausschau der langfristigen Entwicklungstendenzen der Wissenschaft und Technik, ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Wirkungen. Die Prognosen machen deutlich, zu welchem Zeitpunkt welche wesentlichen Entscheidungen über die künftige Entwicklung notwendig werden, und enthalten hierzu in der Regel verschiedene Varianten mit ihren entsprechenden Wirkungen. Die prognostische Arbeit ist zum festen Bestandteil der Führungstätigkeit auf allen Ebenen (von der staatlichen Plankommission über die Wirtschaftsministerien bis zu den Vereinigungen Volkseigener Betriebe — VVB — und den Betrieben) und in allen Bereichen der Wirtschaftsleitung geworden. Es ist selbstverständlich, daß es sich hier um eine kontinuierliche Arbeit, um eine ständige Aufgabe handelt. Im Mittelpunkt steht die Ausarbeitung von Prognosen für strukturbestimmende Erzeugnisse und Verfahren.

b) Das neue ökonomische System der Planung und Leitung gab der eigenverantwortlichen Planung und Leitung der VVB und vor allem der Betriebe einen zunehmend größeren Raum. Die der vorwiegend extensiven Reproduktion entsprechende Vorgabe mehrerer Volumenkennziffern (Warenproduktion, Gewinn, Export, Investitionen, Arbeitskräfte, Lohnfonds u. ä.) wurde mehr und mehr ersetzt durch das materielle Interesse am Zuwachs des Nettogewinns (Gewinn minus Produktionsfondsabgabe), verbunden mit wenigen (2—3) zusätzlichen Aufgaben, deren Erfüllung mit bestimmten ökonomischen Konsequenzen für den Betriebsprämienfonds verbunden ist. Damit erhielten die Betriebe ein einheitliches, eindeutiges Nutzenskriterium, das die Grundlage der Selbstoptimierung der betrieblichen Teilsysteme, ihrer eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit ist.

2) Eine wesentliche Voraussetzung für diese neue Art der Verbindung zwischen dem Plan der übergeordneten Einheit und dem Plan des Betriebes, zwischen Planung und materieller Interessiertheit war die Neuordnung unseres Preissystems. Im vergangenen Jahr wurde die Industriepreisreform abgeschlossen; die heutigen Preisrelationen kommen den tatsächlichen Aufwandsrelationen wesentlich näher und berücksichtigen die Marktbedingungen, die Gebrauchswerteigenschaften der Erzeugnisse in weit höherem Maße (auf die Einzelhandelsverkaufspreise hatte die Industriepreisreform keine Auswirkungen). Zugleich wurden das Anlage- und Umlaufvermögen der Betriebe umbewertet und die Restnutzungsdauer der Anlagen neu bestimmt.

3) Von großer Bedeutung war die Einführung des „Prinzips der Eigenerwirtschaftung" in der volkseigenen Industrie. Dieses Prinzip legt die Eigenverantwortlichkeit des Betriebes für die Erwirtschaftung der Mittel für die Investitionen und die Erhöhung des Umlaufvermögens fest. Das bedeutet: den Betrieben werden nicht mehr, wie dies unter den Bedingungen der vorwiegend extensiven Reproduktion unumgänglich war, die Amortisationen sowie der Gewinn (soweit er die Mittel für die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds, die notwendigen Kredittilgungen u. a. überschritt) entzogen und bei der Bewilligung beantragter Investitionen entsprechende Mittel aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Haushaltsfinanzierung der Investitionen wird — von wenigen Ausnahmen abgesehen — beseitigt. Die Betriebe erhalten normative Regelungen der Gewinnverwendung derart, daß sie a) nach einem bestimmten Prozentsatz eine Abgabe auf das Anlage- und Umlaufvermögen (Produktionsfondsabgabe, in der Regel 6 Prozent) an den Haushalt entrichten müssen; damit ist zugleich eine wirksame Stimulation eines rationellen Fondseinsatzes verbunden; b) es wird ihnen weiter ein Prozentsatz der Nettogewinnabführung an den Staatshaushalt, verbunden mit einem absoluten Mindestbetrag in Mark, vorgegeben; c) sie bilden einen Betriebsprämienfonds nach zwei Prozentsätzen, einmal in Prozent zum Zuwachs des Nettogewinns gegenüber dem Vorjahr und zum anderen in Prozent zum gesamten Nettogewinn, um einerseits eine schnelle Zunahme der Rentabilität und zugleich ein bereits erreichtes hohes Niveau des Nettogewinns zu belohnen. Bei Nichterfüllung der (zwei bis drei) zusätzlichen Aufgaben (z. B. Produktionsvolumen volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse, Export, u. ä.) werden entsprechende Abzüge vom Betriebsprämienfonds vorgenommen. Der restliche Gewinn, ebenso der Amortisationsfonds verbleiben den Betrieben für die Eigenfinanzierung der Investitionen, bzw. die Umlauffondserhöhung. Es ist verständlich, daß der Betrieb unter diesen Bedingungen in eine andere Situation gestellt ist; es ist eine Sache, z. B. bei der Planverteidigung vor dem Generaldirektor der VVB eine hohe Investitionssumme zu begründen, und eine andere, diese Investitionsmittel selbst zu erwirtschaften; die Betriebe machen Nutzensrechnungen über Investitionsvorhaben nun nicht mehr für das übergeordnete Wirtschaftsorgan, sondern für sich selbst; sie müssen selbst ermitteln, wieviel zu investieren ist, welcher Nutzen zu erreichen ist, damit langfristig ein hoher Ertragszuwachs gewährleistet wird. Selbstverständlich werden entsprechend der planmäßigen Strukturpolitik die den Betrieben zur Verfügung stehenden Eigenmittel über die Differenzierung der Nettogewinnabführungsnormative „vorbestimmt".

4) Im Prozeß der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung vollzogen sich wesentliche Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation der Produktion (Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Kombination). Hier soll nur auf zwei Momente eingegangen werden:

a) Am 1. Januar 1964 nahmen die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) ihre Tätigkeit auf: Ihnen gehören alle größeren volkseigenen Betriebe (die Betriebe der zentralgeleiteten Industrie, im Unterschied zu den Betrieben der örtlichen Industrie, die den Räten der Kreise, bzw. der Bezirke unterstellt sind) an, die gleiche oder ähnliche Erzeugnisse herstellen. Die VVB arbeiten nach der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, haben also ihre Ausgaben durch ihre Einnahmen zu decken und einen entsprechenden Gewinn zu erwirtschaften. Sie sind das Führungszentrum des Industriezweiges und für die Ausarbeitung und Verwirklichung der technischen und ökonomischen, auf einen langfristigen Ertragszuwachs gerichteten Wirtschaftspolitik der Zweige verantwortlich. Sie stützen sich hierbei auf die „Erzeugnisgruppen", das ist eine Zusammenfassung der Betriebe nach dem Erzeugnisprinzip (natürlich ist das Erzeugnisprinzip hier enger gefaßt als für die gesamte VVB). In der Erzeugnisgruppe, organisiert von einem Erzeugnisgruppenrat, dem Vertreter aller Betriebe angehören und deren laufende Arbeit von einem Leitbetrieb erledigt wird, arbeiten auf freiwilliger Grundlage Betriebe aller Eigentumsformen (also auch halbstaatliche und private Betriebe) zusammen. Erzeugnisgruppenrat und Leitbetrieb sind keine Elemente im System der staatlichen Wirtschaftsführung, die VVB ist ihnen gegenüber nicht weisungsberechtigt; die Erzeugnisgruppe arbeitet Empfehlungen aus, deren Realisierung mitunter durch vertragliche Vereinbarungen gesichert wird. Diese Erzeugnisgruppenarbeit hat sich außerordentlich gut bewährt. Stand in der ersten Zeit die Vertiefung der Spezialisierung, die Bereinigung der Produktionsprogramme im Vordergrund, so sind in den letzten Jahren die Koordinierung der Forschung und Entwicklung, der Investitionspolitik (komplexe Rationalisierungsprogramme), der Absatzpolitik u. a. hinzugekommen. Es erweist sich auch hier, daß das kameradschaftliche Miteinander, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, bei klarer ökonomischer Regelung der gegenseitigen Beziehungen, ein leistungsstärkerer Motor des ökonomischen Fortschritts sind als Konkurrenz und Geschäftsgeheimnis.

b) Während die VVB und Erzeugnisgruppen nach dem „horizontalen" Prinzip geordnet sind, ihnen also Betriebe angehören, die auf der gleichen „Stufe" produzieren, gehören den „Kooperationsverbänden" in der Industrie Betriebe an, die aufeinanderfolgende Stufen im arbeitsteiligen Produktionsprozeß darstellen. Sie sind also nach dem „vertikalen" Prinzip geordnet. Ausgehend von wichtigen Endprodukten, volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Erzeugnissen (Schiffe, die in großer Serie gebaut werden, bestimmte Chemiefasern u. a.) schließen sich hier diejenigen Betriebe (aller Eigentumsformen) zusammen, die an der Produktion dieses Erzeugnisses wesentlich beteiligt sind. Sie koordinieren, ausgehend vom Bestreben, die Gebrauchswerteigenschaften des Enderzeugnisses zu erhöhen und seine Kosten zu senken, ihre Aufgaben in der Forschung und Entwicklung, auf dem Gebiet der Investitionen und der Produktion und schließen hierüber langfristige vertragliche Vereinbarungen ab. Die leitenden Gremien der Kooperationsverbände, ihre ständigen Arbeitsgruppen sind ebenfalls keine Elemente des Systems der staatlichen Wirtschaftsleitung.

Die bisherigen Ergebnisse des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung sind außerordentlich positiv. Das wird an den ökonomischen Ergebnissen deutlich, die in den letzten Jahren erzielt wurden:

— Der Nationaleinkommenszuwachs betrug 1966 das 3,5fache desjenigen des Jahres 1962;

— das Investitionsvolumen des Jahres 1966 war so groß wie jenes der Jahre 1953, 1954 und 1955 zusammen;

— die Industrieproduktion war 1966 um 25 Prozent höher als im Jahre 1962, die Arbeitsproduktivität in der Industrie war 26 Prozent höher;

— in den Jahren 1963 bis 1966 wurde in der volkseigenen Industrie die Produktion von 16 000 neuen Erzeugnissen aufgenommen;

— die landwirtschaftliche Marktproduktion an tierischen Erzeugnissen stieg 1965 gegenüber 1962 wie folgt (in Prozent):

Schlachtvieh (ohne Geflügel)	37
Milch	23
Eier	44

Der Grundgedanke des ökonomischen Systems

Auf dem VII. Parteitag der SED (April 1967) und der internationalen wissenschaftlichen Session des ZK der SED anläßlich des 100. Jahrestages des Erscheinens des ersten Bandes des „Kapital" von Karl Marx (September 1967) wurden die bisherigen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR verallgemeinert und weitreichende programmatische Thesen begründet, die eine wesentliche Vertiefung unseres Gesamtbildes von der sozialistischen Gesellschaft bedeuten; sie werden die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR für einen langen Zeitraum bestimmen.

Für unser Thema sind vor allem drei Feststellungen von Bedeutung:

1) Der Sozialismus ist eine relativ selbständige Gesellschaftsformation mit den ihr eigenen Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung; sie ist nicht — wie dies von der marxistisch-leninistischen Theorie bislang angenommen worden war — eine kurze Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Dies bedeutet, daß alle Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung aus der Sicht der Entfaltung des Sozialismus und nicht seiner Überwindung betrachtet und in Angriff genommen werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Rolle des Staates, die Ware-Geld-Wirtschaft und die materielle Interessiertheit beim sozialistischen Aufbau; sie stellen keine „Überreste" des Kapitalismus dar, sind nicht in Unvollkommenheiten der neuen Gesellschaftsordnung begründet, sie haben vom gesellschaftlichen Inhalt her mit den entsprechenden Kategorien und Institutionen des Kapitalismus nichts gemein, verwirklichen spezifisch sozialistische Beziehungen.

2) Aus dem Gesagten folgt, daß die grundlegende Aufgabe in der Ausarbeitung und Verwirklichung eines in sich geschlossenen gesellschaftlichen Systems des Sozialismus besteht, in dem alle seine Elemente — das ökonomische System, die sozialistische Demokratie, das einheitliche sozialistische Bildungssystem, die sozialistische Ideologie, die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger, die Landesverteidigung — sich harmonisch zu einem Ganzen verbinden, einander befruchten und die stetige Höherentwicklung der Gesellschaft gewährleisten. Das ökonomische System als Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems beinhaltet nicht nur das System der Planung und Leitung; in ihm verbinden sich vielmehr

— die Übereinstimmung der gesamtgesellschaftlichen, der kollektiven (d. h. vor allem betrieblichen) und der individuellen Interessen der Werktätigen;

— ein modernes System der Planung und Leitung;

— die Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft;

— der wissenschaftlich-technische Höchststand entscheidender Erzeugnisse, der Technologie und Produktionsorganisation;

— die hocheffektive Struktur der Volkswirtschaft;

— die sozialistische Qualität des ökonomischen Denkens, sozialistische Demokratie in der Wirtschaft, Schöpfertum und Initiative im Arbeitsprozeß;

— die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und der sozialistische Wettbewerb;

— die volkswirtschaftliche Effektivität der Außenwirtschaftsbeziehungen;

— die sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

In den vergangenen Jahren wurden auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bedeutende Fortschritte erzielt; worauf es heute ankommt, das ist die Verbindung all dieser Elemente zu einem hochwirksamen Gesamtsystem; gerade hier sind in Zukunft die entscheidenden Impulse des gesellschaftlichen Fortschritts zu erwarten. Dies gilt sowohl für das gesellschaftliche Gesamtsystem wie für das ökonomische System.

3) Der Leitgedanke des gesamten ökonomischen Systems besteht in der organischen Verbindung der zentralen staatlichen Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses mit der eigenverantwortlichen Planung und Leitung der Betriebe einerseits und mit der eigenverantwortlichen Regelung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium durch die örtlichen Organe der Staatsmacht andererseits. Sozialistisches Eigentum ist also gesamtgesellschaftliche „Aneignung" wie zugleich kollektive Aneignung durch die Warenproduzenten (Betriebe) und letztlich individuelle Aneignung des Konsumprodukts. In der Vergangenheit, unter den Bedingungen der vorwiegend extensiven Reproduktion, war ein relativ hoher Grad der Zentralisation des gesamten Leitungsprozesses erforderlich, eine Steuerung der betrieblichen Tätigkeit über eine größere Zahl von Kennziffern, Bewertungskriterien und auch operativen Eingriffen in den betrieblichen Reproduktionsprozeß; der Akzent lag — sowohl in der Theorie wie in der Praxis — auf der gesellschaftlichen Aneignung. Allerdings hat es niemals ein solches Maß an „Dirigismus" gegeben, wie es viele westliche Ökonomen und Publizisten gerne wahrhaben möchten; die Wirtschaftliche Rechnungsführung, die Rolle des Gewinns in der sozialistischen Wirtschaft sind keineswegs Neuerungen, die erst mit dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung eingeführt worden wären. Wenn heute die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe für die Leitung ihres Reproduktionsprozesses erhöht wird, so deshalb, weil unter den Bedingungen der zunehmenden Vielfalt, Dynamik und Komplexität der Faktoren des Reproduktionsprozesses nur der Betrieb selbst das Optimum seiner Verhaltensweise bestimmen kann und weil zugleich die Wirtschaftskraft der DDR so gewachsen ist, daß den Betrieben die Mittel für die zunehmend intensivere Reproduktion ihrer Fonds belassen werden können; früher wäre es gar nicht möglich gewesen, ihnen die Verantwortung für die Reproduktion ihrer Fonds zu übertragen, weil diese Fonds in hohem Grade umverteilt werden mußten. Das alles aber bedeutet keine Abschwächung oder „Abschaffung" der zentralen Planung und Leitung, keine Autonomie der Betriebe, keine — wie immer geartete — „sozialistische Marktwirtschaft", in der das gesellschaftlich Notwendige sich als blinder Durchschnitt spontanen Handelns der Betriebe durchsetzt. Man würde unter diesen Bedingungen wesentliche Vorzüge des Sozialismus, die gerade im Prozeß der technischen Revolution an Bedeutung gewinnen, ungenutzt lassen. Die höhere Rationalität der sozialistischen Wirtschaft besteht wesentlich in der Möglichkeit, die ökonomischen Grundprozesse im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft bewußt zu gestalten und die materiellen Interessen der Betriebe mit den gesellschaftlichen Erfordernissen so zu verbinden, daß die Betriebe, in denen sie ihre eigenen kollektiven Interessen verwirklichen, das gesellschaftlich Nütz-

liche tun. Es ist kein bloßes Theorem mehr, sondern längst erwiesene Tatsache, daß dies möglich ist und die Effektivität der sozialistischen Wirtschaft wesentlich erhöht. Vieles muß noch getan werden, um dieses ökonomische System zu vervollkommnen, die „Systemregelungen" seiner Elemente besser aufeinander abzustimmen, miteinander zu verbinden. Man ist sich in der DDR auch darüber im klaren, daß in dieser objektiven Dialektik zwischen den Teilen und dem Ganzen immer wieder neue Widersprüche auftreten werden. Aber diese Widersprüche sind nichtantagonistischer Natur, sie richten sich nicht gegen die Grundlagen des Systems, das sie hervorgebracht hat. Der stetige Prozeß des Entstehens solcher Widersprüche und ihrer Überwindung, das stetige Übergehen des Interessenunterschieds in Interessenidentität zwischen Teil und Ganzem festigt die sozialistische Ordnung, ist der Motor ihrer Höherentwicklung. Dies ist ohne Zweifel der entscheidende, im gesellschaftlichen Eigentum begründete Vorzug dieser Gesellschaftsordnung.

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Alle diese Anstrengungen haben ein einziges Ziel: Die geistigen und materiellen Bedürfnisse der Menschen stetig besser zu befriedigen, ihre schöpferischen Fähigkeiten allseitig zu entfalten. In diesem Sinne — sagte Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag — ist die Ökonomie Mittel zum Zweck und die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft das Ziel allen Wirkens. Der ökonomische Fortschritt ist in der DDR immer mit einer entsprechenden Erhöhung des Lebensstandards verbunden. Einführung der 5-Tage-Woche, Erhöhung des Kindergeldes, Erhöhung des Realeinkommens um 3 Prozent, das sind einige der Errungenschaften allein des letzten Jahres. Es braucht gewiß nicht betont zu werden, daß Arbeitslosigkeit und — was noch verheerender ist — Angst vor der Arbeitslosigkeit, Einklassenschule, soziale Bildungsprivilegien u. a. den Bürgern der DDR nur aus Nachrichten über westliche Länder oder aus Erinnerungen an lang vergangene Zeiten bekannt sind. Soziale Sicherheit schließt die Gewißheit der stetigen Aufwärtsentwicklung der Gesellschaft auf allen Gebieten ein sowie die Gewißheit darüber, daß die Stellung des Menschen in der Gesellschaft von der eigenen Anstrengung, der eigenen Leistung abhängt. Der Sozialismus hat den Menschen selbst immer als sein eigentliches Ziel angesehen — nicht nur in dem Sinne, daß dessen materielle Bedürfnisse stetig besser befriedigt werden sollen (dann wäre er über die bürgerlich-liberalen Wohlfahrtsideen nie hinausgelangt), sondern vor allem als schöpferisch tätiges Subjekt, als bewußter Gestalter seiner eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Deshalb bilden Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Erhöhung des Bildungsniveaus, Erhöhung des Kulturniveaus im umfassenden Sinn, Entfaltung der sozialistischen Demokratie, die Entwicklung der sozialistischen Ideologie und Moral eine untrennbare Einheit, in welcher die sozialistische Persönlichkeit ihre gesellschaftliche Umwelt verändert und sich entfaltet.

Horst Heiden

Bonns Wehrpolitik und der Vorwurf der Aggressivität

„Die Bundesregierung wollte im Laufe des vergangenen Jahres eine angeblich neue Ostpolitik einleiten, die auf Frieden und Verständigung mit unseren osteuropäischen Nachbarn ausgerichtet sein sollte. Eine solche Politik ist in ihrer Ernsthaftigkeit durch nichts so leicht zu torpedieren wie durch eine Verteidigungspolitik, die man als aggressiv deuten könnte."

Fritz-Rudolf Schultz, Mitglied des Bundestages (FDP), am 6. Dezember 1967 [1])

Geht man davon aus, daß die im zweiten Satz des vorstehenden Zitats aus der Rede eines wehrpolitisch versierten FDP-Parlamentariers getroffene Feststellung richtig ist, so drängt sich die Frage auf, ob man denn die Verteidigungspolitik dieser Bundesregierung als aggressiv deuten könne. Diese Frage stellt sich gebieterisch angesichts jenes offenkundigen Gegensatzes, der sich zwischen der Fülle regierungsoffizieller Verständigungs- und Friedensbeteuerungen in Richtung Osten einerseits und der unübersehbar kritischen, ja mißtrauischen Reaktion der Adressaten auftut. Warum — so muß man sich fragen — ist man im Osten nicht bereit, etwa jene kürzlich abgegebene Erklärung des Außenministers zu honorieren, derzufolge Bonn in Adam Rapackis Vorstellungen über einen gesamteuropäischen Gewaltverzicht „zahlreiche Berührungspunkte" mit den eigenen Intentionen entdeckt habe? Ist hier chronische, durch nichts zu begründende Skepsis am Werke? Oder haben die Staaten des Ostens doch sachliche Veranlassung, an Bonns Verständigungsbereitschaft zu zweifeln, — sie, von denen der Abgeordnete Schultz in seiner eingangs zitierten Rede sagte: „Nirgendwo werden unsere Verteidigungsanstrengungen so aufmerksam verfolgt wie dort"? Bei der Klärung dieser Frage wird man davon auszugehen haben, daß Außenpolitik und Verteidigungspolitik heute mehr denn je miteinander verbunden sind, genauer: daß die Wehrpolitik eines Staates Teil und Funktion seiner Außenpolitik ist. Das trifft objektiv auch für die Regierung der Großen Koalition in Bonn zu, obwohl man hier nicht selten den Eindruck umgekehrter Prioritäten vermittelt bekommt: die von der CDU/CSU gefertigten wehrpolitischen Pläne scheinen es zu sein, die die Richtlinien der Außenpolitik bestimmen. Im Grunde liegt hier jedoch eine gewollte Arbeitsteilung vor. Die SPD-Spitze — hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Entspannung aus einer Vielzahl von Gründen noch immer glaubwürdiger erscheinend als die weithin diskreditierte CDU/CSU — hat es unternommen, gegenüber dem Osten eine selektive Kontaktaufnahme zu betreiben, während die Unionsparteien in ihrem Windschatten am harten militärischen Kern bundesdeutscher Machtpolitik arbeiten. Zum Beweis dieser bewußten, geplanten Kooperation sei hier der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt zitiert, der in

1) Amtl. Protokoll des Bundestages, 140. Sitzung, S. 7123 f.

der bereits erwähnten wehrpolitischen Debatte des Bundestages unmißverständlich feststellte: „Mir liegt nämlich am Herzen ..., in dem Punkt der sogenannten nuklearen Komponente ... die Zustimmung zu dem auszudrücken, was die Bundesregierung durch den Mund ihres Verteidigungsministers hier vorgetragen hat." [2]) Herr Schröder aber hatte u. a. erklärt: „Eine deutsche Beteiligung an den taktischen Atom-Streitkräften ist notwendig." [3])

Setzt man als gegeben voraus, daß gerade die Frage der atomaren Potenz der Bundeswehr ein entscheidendes Kriterium für die außenpolitische Präsentation der Bundesregierung im Osten ist, so wird deutlich, daß die von Willy Brandt vertretene Außenpolitik keine unkritische, gutgläubige Aufnahme erwarten kann. Die Bundesregierung wird sich also damit abzufinden haben, daß ihre auswärtige Politik nicht allein nach ihren verbalen Bekenntnissen zu Verständigung und Entspannung beurteilt wird, sondern daß auch ihre militärpolitischen Vorstellungen und Pläne für die Einschätzung herangezogen werden. Bleibt zu untersuchen, ob sie dem vom Osten erhobenen Vorwurf der Aggressivität Nahrung geben.

Die Suche nach dem neuen Konzept

Tatsache ist, daß die politischen Führungskreise der Bundesrepublik, soweit erkennbar, nicht über ein im Detail abgestimmtes strategisches Konzept für die Bundeswehr verfügen. Dieser Zustand reflektiert einerseits die tiefe Verwirrung der NATO in diesen Fragen, andererseits spiegeln sich hier methodische Gegensätze wider, die die interne Bonner Auseinandersetzung über den zweckmäßigsten Weg zu machtpolitischer Aufwertung seit Jahren bestimmen. In der Substanz unangetastet ist jedoch bis heute ein programmatischer, doktrinär verhärteter Grundbestand, auf dem alle militärpolitischen Vorstellungen aufbauen: das Verlangen nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr; die Nichtanerkennung der DDR und die Nichtanerkennung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen machtpolitischen Verhältnisse in Europa. Die SPD-Führung hat mit dem Eintritt in die Regierung diese Dogmen kritiklos adaptiert. Als sie diesen Preis zahlte, hat sie sich verpflichtet, die gerade auch militärisch relevante Forderung nach einer Veränderung des Status quo in Europa zu unterstützen. Ihre vorgeblich auf Entspannung und den Aufbau einer europäischen Friedensordnung gerichteten Vorschläge schließen so a priori das Streben nach Revision der Machtverhältnisse in Europa ein. Außenminister Brandt machte das deutlich, als er im Bundestag erklärte: „Gewaltverzicht einschließlich der Respektierung der Grenzen, der in Europa bestehenden Grenzen, bedeutet nicht, daß alles genauso bleiben kann, wie es heute ist." [4])

Ist man sich in Bonn über die perspektivischen Ziele der eigenen Politik einig, so besteht diese Übereinstimmung jedoch keineswegs zwischen der Bundesregierung und ihren NATO-Partnern. Es ist eine für Kurt Georg Kiesinger und sein Kabinett sehr schmerzliche Erfahrung, daß nach Großbritannien und Frankreich — von den kleineren Partnern ganz zu schweigen — auch die Vereinigten Staaten immer geringere Neigung zeigen, Bonns machtpolitische Ziele, soweit sie auf eine Veränderung des Status quo in Europa hinauslaufen, aktiv zu unterstützen. Hier ist nicht der Ort, über die Motive der amerikanischen Haltung detaillierte Betrachtungen anzustellen. Generell kann man davon ausgehen, daß es die Rücksichtnahme auf die eigenen Sicherheitsinteressen ist, die Washington vor einer wie immer gearteten Beteiligung an militärischen Konflikten in Europa

[2]) Ebenda, S. 7155.
[3]) Ebenda, S. 7137.
[4]) Amtl. Protokoll des Bundestages, 141. Sitzung, S. 7233.

zurückschrecken läßt. Es kann nicht wünschen, daß — im Vertrauen auf den starken Alliierten USA — von Bonn machtpolitische Auseinandersetzungen provoziert werden, die bei der gegebenen Situation in Europa sehr schnell die Grenze zum bewaffneten Konflikt bis hin zum atomaren Schlagabtausch überschreiten könnten. Die amerikanische Regierung, der Verwundbarkeit ihres eigenen Landes durchaus bewußt, ist an einer militärpolitischen Stabilität in Mitteleuropa stark interessiert. Die Entwicklung ihrer strategischen Konzeption macht dieses Gefälle vom vorbehaltlosen Engagement (massive Abschreckung) über die gelockerte Bindung (flexible response) bis hin zu dem auf der letzten NATO-Ministerratstagung im Dezember 1967 verkündeten Prinzip der militärischen Rotation deutlich, die der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen", Adelbert Weinstein, als „Verdünnung der klassischen militärischen Kraft ... und atomare Verdünnung im Randgebiet" des Pakts begreift.

Dieser Prozeß, der seit einigen Jahren erkennbar ist und seit kürzerem — nicht zuletzt unter dem Zwang des Vietnam-Krieges und finanzpolitischer Kalamitäten — beschleunigt vonstatten geht, steht in diametralem Gegensatz zu den politisch-militärischen Interessen dieser und früherer Bonner Regierungen. Sie mußten erkennen, daß all jenen strategischen Spekulationen, die auf die Fortsetzung der in der Dulles-Ära in voller Blüte stehenden Politik harter militärischer Konfrontation in Mitteleuropa vertrauten, der Boden entzogen war. Bonns Begeisterung für den Plan einer multinationalen Atomstreitmacht der NATO, die strategische Konzeption der Vorwärtsverteidigung mit extrem niedrig angesetzter Atomschwelle, das Projekt eines Atom-Sperrgürtels an der bundesdeutschen Ostgrenze, — all diese Vorhaben zielten aus bundesdeutscher Sicht darauf, automatische Garantien für ein nukleares Engagement der USA — und sei es auch nur zum Zwecke politischer Drohung und Erpressung — im Falle eines Konflikts in Mitteleuropa zu erlangen. Diese Hoffnungen haben sich zerschlagen. Die USA zeigen in realistischer Einschätzung ihrer eigenen Sicherheitsprobleme wenig Risikobereitschaft und keine Neigung zu Abenteuern in Mitteleuropa, so sehr sie sicher auch mit einer Reihe politischer Zielvorstellungen Bonns sympathisieren. Das militärische Erstarken des Ostens hat den Preis, der für Veränderungen des Status quo in Europa zu zahlen wäre, auch für die Vereinigten Staaten zu hoch werden lassen.

Drohende Isolation und Bonns Konsequenzen

Nicht nur Franz Josef Strauß hat diese Haltung der USA scharf getadelt, als er Washington Entspannungseuphorie vorwarf und einen machtpolitischen Bilateralismus USA-UdSSR konstatierte, der die NATO zersetze und deutsche Interessen verrate. Auch in der SPD finden sich Stimmen, die — wie die Helmut Schmidts — warnend darauf hinweisen, daß „möglicherweise am Anfang des nächsten Jahrzehnts die deutsche Bundeswehr und die deutsche Verteidigungspolitik in eine Situation kommen können, die näher auszumalen ich mir hier versagen möchte, die jedenfalls in mancherlei Beziehungen eine isolierte Position sein könnte". Nun könnte diese sicher zutreffende Vorausschau sehr wohl den Ansatz zu einer militärpolitischen Neuorientierung bieten; nicht so jedoch bei den Unionsparteien und ebensowenig bei der nahezu total angepaßten SPD-Führung. Statt dessen entwickelt Helmut Schmidt ein von ihm so genanntes „Prinzip des nationalen Sicherheitsinteresses", das er wie folgt definiert: „Wir verstehen unter diesem Gesichtspunkt, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene politische Führungsfähigkeit und eine Fähigkeit für Crisis management, für Krisenmanagement, und — bei einer weiteren Erosion von Bündnis und NATO — die Fähigkeit entwickelt werden muß, in allen Situationen selbst handlungsfähig zu bleiben."

Und er setzt verdeutlichend hinzu: „Vielleicht ist es gut, daß man das hier einmal so laut sagt, daß unsere Verbündeten — auch die in Paris — hören, zu welchen Konsequenzen sie uns möglicherweise eines Tages zwingen werden." [5])

Es würde wohl selbst dem gutwilligsten Beobachter im Ausland große Mühe machen, den drohenden Unterton in diesen Erklärungen zu überhören. Dabei ließen sich eine Reihe anderer, noch eindeutigerer Äußerungen von prominenten Unionspolitikern zitieren, die alle in der Grundtendenz übereinstimmen: Anklage gegen die ungetreuen Verbündeten, die uns im Stich lassen; Ankündigung, bzw. Androhung militärpolitischer Aktivität auf eigene Faust. Kiesingers böses Wort von der „atomaren Komplizenschaft" der beiden Supermächte gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie die Parole des derzeitigen Finanzministers: „Nur eine entschlossene Initiative kann uns helfen, uns aus den Fesseln des Status quo zu befreien." [6]) Dennoch erschien es geboten, hier einen bevollmächtigten Sprecher der SPD-Führung ausführlicher zu zitieren, weil das die Ambivalenz der mit Brandt und der SPD — ob rechtens oder zu Unrecht — eng verknüpften Bonner Außen- und Ostpolitik doch recht sinnfällig macht.

Militarisierung im Innern: Notstandsgesetze, Rechtsradikalismus

Die Forderung Helmut Schmidts nach „eigener politischer Führungsfähigkeit", nach „Fähigkeit für Krisenmanagement" sollte im Verlaufe kommender Auseinandersetzungen über die militärpolitische Konzeption der kritischen Öffentlichkeit nicht aus dem Blickfeld geraten. Dieses Verlangen hat nicht nur eine militärische Komponente, sondern berührt auch unmittelbar die innerstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik. Seine Realisierung setzt zwangsläufig eine weitere Einschränkung der demokratischen Grundrechte und Ordnungsprinzipien im Innern voraus und muß mithin als entscheidendes Motiv der Regierungsparteien für die schnellstmögliche Verabschiedung eines Notstandsrechts betrachtet werden. Alle Warnungen, die von einer Militarisierung des öffentlichen Lebens durch die geplanten Notstandsgesetze sprechen, finden hier ihre direkte, wenngleich von der Regierung nicht gewollte Bestätigung.

Die Fähigkeit zum Krisenmanagement — und das heißt in der Praxis zum Führen begrenzter Kriege — auf eigene Faust verlangt notwendigerweise die Unterordnung des zivilen Lebens unter die militärischen Belange — schon in Friedenszeiten. Es verlangt schließlich eine militante Umformung der öffentlichen Meinung gegen den Osten, aber auch gegen die angeblich unzuverlässigen Verbündeten im Westen. Wie weit dieser ideologische Prozeß hierzulande bereits gediehen ist, mag der Betrachter dem besorgniserregenden Anschwellen rechtsradikaler Aktivitäten entnehmen. Die Bundesregierung möchte diese Entwicklung bagatellisieren, obwohl oder besser weil sie sich gerade unter ihrem Regiment besonders sprunghaft vollzog. Überall im Ausland dagegen betrachtet man die Expansion eines militanten Rechtsextremismus, der sich unbehindert von der öffentlichen Gewalt entwickeln kann, mit ernster Sorge. Daß es sich dabei nicht um eine zufällige Erscheinung handelt, liegt auf der Hand. Bei nüchterner Betrachtung wird der Zusammenhang zwischen der amtlicherseits forcierten Militarisierung des öffentlichen Lebens und den Wahl- sowie Propagandaerfolgen neofaschistischer Kräfte sichtbar.

Im Erkennen dieser Interdependenz der Erscheinungen ist wohl der Grund für die scharf formulierten diplomatischen Proteste der sowjetischen Regierung gegen

---

5) Amtl. Protokoll des Bundestages, 140. Sitzung, S. 7158.
6) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Seewald-Verlag, S. 7.

die geplante Notstandsgesetzgebung und das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus zu suchen. Man sollte in Bonn Warnungen dieser Art nicht leichthin als unerlaubte Einmischungen in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik abtun. Wenn man schon glaubt, die völkerrechtliche Legitimität solcher Aktionen bestreiten zu müssen, so sollte man ihnen doch nicht die politische Berechtigung rundweg absprechen. Die historischen Erfahrungen der UdSSR und unserer östlichen Nachbarn verleihen ihnen durchaus die Kompetenz, warnend die Stimme zu erheben. Die demokratische Ordnung in der BRD ist so gefestigt nicht, daß sie der Wachsamkeit des Auslandes, des Ostens wie des Westens, gefahrlos entsagen könnte. Vor allem dann nicht, wenn die Bundesregierung ihrerseits nichts unversucht läßt, die noch intakten demokratischen Grundlagen dieses Staates im Sinne ihrer politischen Vorstellungen zu demontieren.

Es ist sicher, daß bei einer Fortsetzung des bisherigen Kurses der Bonner Wehrpolitik die Bundesregierung außenpolitisch auch gegenüber dem Westen zunehmend in die Isolation gerät. Die großen Verbündeten, die ihr zur Realisierung ihres machtpolitischen Anspruchs vor Jahren vielleicht hätten verhelfen können, ziehen sich von ihr zwar zögernd, aber doch spürbar zurück. In Washington ist man heute offenbar der Auffassung, seine politischen und vor allem wirtschaftlichen Interessen in Westeuropa besser schützen zu können, wenn man die Lage militärisch entspannt, statt sie durch eine demonstrative Anhäufung von Vernichtungskapazitäten anzuheizen. Großbritannien ist aus einer Vielzahl von Gründen auf eine möglichst schnelle politische Bereinigung seines Verhältnisses zur Sowjetunion und zu anderen Staaten des Ostens angewiesen. Harold Wilsons jüngste Reise nach Moskau, bei der er eine wirtschaftliche Öffnung nach Osten unter anderem auch durch eine Befürwortung des Projekts einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz vorbereitete, zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie sehr ökonomische und finanzpolitische Notstände, deren Ursachen im Politischen liegen, die rationale Korrektur falscher Entscheidungen befördern können.

Die französische Regierung und Staatschef de Gaulle schließlich haben der Bundesregierung die herbste Enttäuschung der letzten Jahre bereitet. Ihr prononciertes Desinteresse an der Gründung einer westeuropäischen Atomgemeinschaft, ihre aktive und Bonner Tabus mißachtende Verständigungspolitik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa mußten den allzu früh entflammten „Gaullisten" in der Bundesrepublik wie Verrat vorkommen. Daß der Zweifel an Frankreichs Redlichkeit nun auch jene bundesdeutschen politischen Kreise erfaßt hat, die einst die schlechtinformierten Bewunderer des Generals verspotteten, geht aus einer düsteren Andeutung Helmut Schmidts über künftige Entwicklungen der französischen Militärstrategie hervor. Unter dem vom Protokoll verzeichneten „allgemeinen Beifall" des Bundestages erklärte er: „... wir wollen doch weder uns noch der deutschen Öffentlichkeit noch der französischen Öffentlichkeit vormachen, daß wir nicht sehen, was sich hier entwickelt, und daß wir es mit ganz großer Besorgnis sehen. Und das alles in einer Situation, wo nach wie vor und wohl auch 1970 oder 1971 französische Truppen auf bundesrepublikanischem Boden stehen und stehen werden, mit einer bestimmten Funktion, die dann für jene Situation näher zu umschreiben ich mir im Augenblick auch versagen möchte." [7] Wie immer sich der eloquente SPD-Sprecher die natürlich „antideutschen" Kontrollfunktionen der französischen Besatzer insgeheim ausmalen mag — es kann angesichts solcher Orakelsprüche doch gar keine Frage sein, daß auf diese Weise engstirniger Nationalismus, irrationaler Verfolgungswahn und damit letztlich wieder die Bereitschaft zu militanten, gewaltsamen „Befreiungstaten" bei den für

7) Amtl. Protokoll des Bundestages, 140. Sitzung, S. 7156.

solche Reaktionen anfälligen Kreisen der Bevölkerung gezüchtet werden. Statt der Regierung die Frage aufzuzwingen, wie wir aus dem Verhalten unserer Verbündeten lernen und unsere in der Tat akuten Probleme in Sachen Ost- und Sicherheitspolitik auf politischem Wege lösen können, werden hier — gewollt oder ungewollt — gemäß den Gesetzen der psychologischen Kriegsvorbereitung Aggressionstriebe gezüchtet. Der Hang der Deutschen, aus der selbstverschuldeten Isolation geradenwegs in die Katastrophe zu rennen, ist tiefverwurzelt. Im Zeitalter der Atombombe jedoch — und das ist neu gegenüber früheren Erfahrungen — würde jeder Ausbruch dieser verhängnisvollen Neigung tödlich sein. Auch Bonn sollte erkennen, daß wir uns diese alte Gewohnheit nicht mehr leisten können.

Was fürchtet der Osten?

Bundesregierung und Führungsstab der Bundeswehr gehen sowohl bei ihren strategischen Überlegungen für künftige Jahre als auch bei den Entscheidungen über Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte von einem Feindbild aus, das sich weder mit der erkennbaren Realität noch mit den Beschlüssen des NATO-Ministerrats vom Mai und Dezember des vergangenen Jahres deckt. In diesen Resolutionen war auf Allianzebene übernommen worden, was einzelne wichtige Mitglieder des Pakts vorher für sich bereits festgestellt hatten: eine Aggressionsdrohung des Ostens existiert nicht; das politische Instrumentarium muß stärker als bisher zur Klärung der Ost-West-Probleme eingesetzt werden. Ungeachtet ihrer formalen Zustimmung zu den NATO-Beschlüssen beharrt die Bonner Regierung darauf, daß eine permanente militärische Bedrohung durch den Osten bestehe. Sie zeigt sich unbeeindruckt von der überall im Westen vordringenden Einsicht, daß das ökonomische und soziale Aufbauwerk der kommunistischen Staaten zwangsläufig ein vitales Interesse an friedlicher Entwicklung bedinge. Statt dessen vertritt Bonn die These, daß man bei der Feindbeurteilung nicht von dessen Erklärungen, sondern vom Umfang der ihm zur Verfügung stehenden militärischen Potenz auszugehen habe. Man mag dieses Vorgehen rationell und illusionslos nennen. Dann bliebe immer noch die Frage, warum Bonn die Vielzahl militärischer Expertisen, die gerade aus der Struktur der militärischen Präsenz der UdSSR in Osteuropa deren defensive Aufgabenstellung ableiten, bewußt mißachtet. Zumindest aber — und dieser Gesichtspunkt spielt in unserem Zusammenhang eine wichtigere Rolle — verpflichtet eine solche Betrachtungsweise doch wohl dazu, anzuerkennen, daß das eigene militärisch-politische Verhalten gleichermaßen nach den Taten, nicht nach den Worten gemessen wird. Ist Bonn bereit, die durchaus negativen Ergebnisse einer solchen kritischen Prüfung zu akzeptieren?

Die Lektüre der Reden Kiesingers, Brandts und anderer führender Politiker beweist, daß diese Bereitschaft nicht besteht. Bestürzt und empört reagiert man insbesondere auf den im Osten immer wieder erhobenen Vorwurf der Aggressivität. Zwar betreibt man die Politik der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr, verweigert die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wie der DDR, droht für den Fall des Zusammenbruchs der NATO mit Aktivitäten auf eigene Faust, — die daraus zu folgernde aggressive Tendenz jedoch weist man als Verleumdung zurück. Diese allzu simple Reaktion wird den durchaus differenzierten Vorstellungen nicht gerecht, die man sich im Osten von den aus Richtung Bundesrepublik drohenden militärischen Gefahren macht. Wenn hier von Aggressivität die Rede ist, so denkt man nicht schlechthin an einen militärischen Überfall durch die Bundesrepublik. Bonner Erklärungen, die einen solchen Verdacht als absurd darstellen, gehen ins Leere. Zur Verdeutlichung der östlichen Bedenken sei aus einem Artikel der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" zitiert: „Ernste Besorgnis

ruft auch die Entwicklung in Westdeutschland hervor, wo die Kräfte des Revanchismus und Militarismus immer aktiver werden und Neonazis offen auf der politischen Bühne erscheinen. Auf sich allein gestellt, ist Westdeutschland jedoch nicht in der Lage, seine revanchistischen Ziele zu verwirklichen. Die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Vertrages sind stark genug, um einem Aggressor, sollte er es wagen, einen Krieg anzuzetteln, einen vernichtenden Schlag zuzufügen. Die Gefahr liegt jedoch darin, daß die westdeutschen Revanchisten, die nach Atomwaffen streben, einen weltweiten Konflikt provozieren können." [8])

Der Vorwurf der Aggressivität stellt sich hier präzis als Befürchtung dar, bestimmte politische oder militärische Handlungen der Bundesregierung könnten — aufbauend etwa auf der im NATO-Vertrag fixierten Beistandspflicht — andere Staaten zu bewaffneter Unterstützung verleiten und den großen Krieg auslösen. (In diesem Zusammenhang sei auf die Erklärung de Gaulles verwiesen, daß sein Land nur dann seiner Bündnisverpflichtung nachkommen werde, wenn ein unprovozierter Angriff auf einen NATO-Staat vorliege.) Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß sich die Bundesregierung durch ihre intransigente Haltung in den Grundfragen der Ostpolitik genügend potientielle Möglichkeiten offenhält, um in provokatorischer Weise aktiv zu werden. Solange die Änderung des Status quo in Europa, die Revision der „Jalta-Linie" das Fundament bundesdeutscher Außen- und Wehrpolitik ist, wird sie den Vorwurf aggressiver Neigungen nicht glaubwürdig entkräften können. Darüber können weder das Angebot von Gewaltverzichtserklärungen (bei Nichtanerkennung der DDR) noch die verbale Betonung des Interesses an beiderseitiger Rüstungsminderung hinwegtäuschen, wobei gerade die Erklärungen zur letztgenannten Frage in scharfem Kontrast zur Haltung Bonns gegenüber einem Nonproliferationsvertrag stehen, der Voraussetzung und Ansatz eines weitergehenden Rüstungsabbaus wäre. Solange diese Politik fortdauert, wird sich die Bundesregierung auf eine Verschärfung der Kritik ihres Vorgehens sowohl aus östlicher wie westlicher Richtung einzustellen haben. Mit der sich zwangsläufig zuspitzenden außenpolitischen Isolierung wächst aber auch — so wie die Dinge hierzulande liegen — die Gefahr einer „Flucht nach vorn". Die militante Begeisterung regierungsnaher Kreise über den Blitzkrieg Israels im Sommer vorigen Jahres und die vorerst noch in der Theorie abgeleiteten Nutzanwendungen für die bundesdeutsche Situation sollten nicht vergessen werden. Die in der wehrpolitischen Diskussion immer stärker nach vorn dringende Forderung nach „Fähigkeit zum eigenen Krisenmanagement" impliziert die Absicht, begrenzte Konflikte auf eigene Faust führen zu können. In der der Bundeswehrführung nahestehenden Zeitschrift „Wehrkunde" wird Bonn aufgefordert, die inneren und äußeren Voraussetzungen einer solchen Strategie zu schaffen. In bezug auf die Haltung in der NATO heißt es: „Eine gewisse Bewegungsfreiheit von dem auf einem politisch nicht mehr akzeptierten Kriegsbild aufbauenden gemeinsamen Verteidigungsplan sollte für ... begrenzte Sonderfälle mit aller Sorgfalt und unter gegenseitiger Konsultation angestrebt werden." [9]) Wer will sich ernsthaft darüber wundern, daß gerade der Osten auf solche Töne allergisch reagiert?

Nicht nur im Ausland, auch und vor allem in der Bundesrepublik selbst bedarf es einer erhöhten Wachsamkeit aller demokratischen Kreise, um eine Entwicklung zu stoppen, die die Verschärfung der militärischen Frontstellung nach außen und den durch umfassende Militarisierung erzwungenen Abbau der bürgerlichen Frei-

[8]) „Prawda", Moskau, aus dem Artikel „Brüderliches Bündnis" von Armeegeneral Kasakow, Chef des Stabes der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Pakts, 14. Mai 1967.
[9]) Wehrkunde, München, aus dem Artikel „Nahostkonflikt und Verteidigung Europas" von Wilhelm Meyer-Detring, Nr. 7/67, Seite 339.

heiten, die Zerrüttung von Wirtschaft und Finanzen bedeuten würde. Die Alternative kann nur in der Ausarbeitung und wirksamen Präsentation einer Friedenspolitik bestehen, die auf der Anerkennung der der Bundesrepublik im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges gesetzten politischen und militärischen Grenzen basiert. Erst dann würde sie der Vorwurf der Aggressivität zu Unrecht treffen.

Martin Hall, Los Angeles

Widersprüche auf der amerikanischen Szene

I

Im gleichen Augenblick, da die Vereinigten Staaten das Jahr der Präsidentenwahl 1968 beginnen, vervielfachen sich, so scheint es, die Widersprüche auf der politischen Szene der mächtigsten Nation der Welt — Widersprüche, die es schwierig machen, alle beteiligten Kräfte zu verstehen oder gar die Zukunft mit einiger Genauigkeit vorauszusagen.

Klar zu sein scheint, daß Johnson nichts sehnlicher wünscht als eine weitere Amtsperiode im Weißen Haus und sich außerdem entschlossen hat, alles auf eine Karte zu setzen, um in Vietnam eine militärische Entscheidung herbeizuzwingen, bevor er sich im Herbst den Wählern stellen muß. Abgesehen von den immer optimistischen militärischen Führern und denjenigen führenden Regierungspolitikern, die deren Voraussagen gedankenlos nachplappern, glaubt niemand an die Möglichkeit eines militärischen Sieges, jedenfalls bestimmt nicht in diesem Jahr. Aber der Präsident hat vor den „Falken" kapituliert. Die Art und Weise, in der er Verteidigungsminister McNamara zum Rücktritt zwang, zeigt, wie verzweifelt Lyndon Johnson versucht, aus einem Konflikt als Sieger hervorzugehen, über den er die Kontrolle verloren hat. Es ist lohnenswert, sich die Ironie einer Situation zu verdeutlichen, in der der Hauptarchitekt des Vietnamkrieges zum Rücktritt gebracht wird, weil er genügend Realismus behalten hat, um sich der Bombardierung Nordvietnams, einer möglichen Invasion und der faktischen Ausweitung des Konfliktes auf die Nachbarländer Kambodscha und Laos zu widersetzen.

Auf der anderen Seite sieht sich Johnson einem zunehmend feindseligen Kongreß gegenüber, wo der Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen unter Führung von Senator Fulbright alle Anstrengungen unternimmt, um wenigstens etwas von seinem verfassungsmäßigen Recht zur Mitbestimmung der Außenpolitik zurückzugewinnen — ein Recht, das Johnson ständig ignoriert hat. Der Kongreß hat Nordvietnam noch immer nicht den Krieg erklärt. Die berühmte Entschließung über den Zwischenfall im Golf von Tonking, jene Entschließung also, von der der Präsident sein Recht herleitet, über einen Schritt der Eskalation nach dem anderen eigenmächtig zu entscheiden, wird inzwischen nicht nur als der größte Fehler er-

kannt, den der Kongreß überhaupt machen konnte, es ist mittlerweile auch klar, daß sie ihr Zustandekommen den bewußt falschen Informationen verdankt, die seinerzeit von den Militärs geliefert wurden.

In den letzten zwölf Monaten ist die Friedensbewegung ständig gewachsen und hat sich militantere Strategien angeeignet. Die Anti-Wehrpflicht-Bewegung ist heute längst kein bloßer Gag mehr; Tausende junger Männer weigern sich, der Einberufung Folge zu leisten, emigrieren nach Kanada oder versuchen sogar, innerhalb der Streitkräfte aktiven Widerstand zu organisieren. In großem Ausmaß wird der zivile Ungehorsam praktiziert. Schon sind die Gefängnisse voll, und die Terminkalender der Gerichte quellen über vor Hunderten von Fällen strafrechtlicher Verfolgung. Die aufsehenerregende Anklageerhebung gegen den weltbekannten Kinderarzt Dr. Benjamin Spock, der seine Praxis aufgegeben hat, um sich ganz der Friedensbewegung widmen zu können, gegen Rev. Sloane Coffin jr., Kaplan an der Yale-Universität, und gegen drei weitere Führer der Bewegung gegen die Wehrpflicht ist nur eine der letzten Reaktionen einer Regierung, die die ernste Gefahr erkannt hat, die die Friedensbewegung für ihre Politik darstellt.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die angestrengten Verfahren oder auch die ständig zunehmenden und härter werdenden Gefängnisstrafen, die von den Gerichten gegen Wehrdienstverweigerer verhängt werden, die Bewegung einschüchtern können. Diese Strategie kann sich durchaus auch als Bumerang erweisen. In dem Augenblick, da dieser Artikel geschrieben wird, laufen Pläne an, die die persönliche Beteiligung einer großen Anzahl von bekannten Männern der Kirche an ebensolchen „Verbrechen" vorsehen, deretwegen Dr. Spock und seine „Mitverschwörer" angeklagt worden sind. Nach einem dieser Pläne werden direkt vor einem militärischen Einberufungszentrum Geistliche eine lange Reihe bilden. Am Ende der Reihe steht ein junger Mann, der den Wehrdienst verweigern will; er wird seinen Einberufungsbescheid dem neben ihm stehenden Geistlichen übergeben, dieser wird das Papier an seinen Nebenmann weiterreichen. Auf diese Weise durchläuft der Einberufungsbefehl die ganze Reihe, bis der vorderste Geistliche ihn einem Beamten der Einberufungsstelle übergibt. Damit macht sich jeder dieser Geistlichen der physischen Teilnahme an der strafbaren Handlung schuldig, die die Rückgabe eines Einberufungsbescheides darstellt. Nach dem Gesetz sind sie ebenso schuldig wie der junge Wehrdienstverweigerer oder wie Dr. Spock, Rev. Sloane Coffin und die anderen Angeklagten. Die Regierung wird sich dann entscheiden müssen, alle an dieser Aktion beteiligten Personen strafrechtlich verfolgen zu lassen oder dies nicht zu tun, womit sie ihre Unfähigkeit zugeben würde, ein Gesetz aufrechtzuerhalten, das auf derartigen Widerstand in allen Bereichen der Bevölkerung stößt.

Die kürzlich gegründete „Aktion der Geschäftsführer für Frieden in Vietnam" hat jetzt die Bildung eines militärischen Unterstützungskomitees bekanntgegeben. General David Shoup, Kommandeur des US-Marinekorps von 1960 bis 1964 und erklärter Kritiker des Vietnamkrieges, ist Mitglied dieser Gruppe amerikanischer Generale und Admirale im Ruhestand. General a. D. B. Griffith, gleichfalls vom Marinekorps, erklärte auf einer Pressekonferenz in Los Angeles: „Ich bin nicht der Meinung, daß Südvietnam für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von lebenswichtiger Bedeutung ist ... Obwohl China ideologisch expansiv auftritt, fehlen ihm doch die technischen Möglichkeiten der Machtausdehnung, abgesehen vom beschränkten Umkreis seiner Grenzen. Peking versucht, unsere Position zu isolieren und unsere Allianzen zu zerstören; und ich würde meinen, Peking ist sehr glücklich über die Art und Weise, wie die Dinge laufen ..."

Fünf Mitglieder dieser Gruppe pensionierter hoher Offiziere haben eine Petition an den Präsidenten gerichtet, in der sie die Einstellung der Bombenangriffe und die Verhinderung jeder Kriegsausweitung fordern.

General Hershey, Chef der militärischen Musterungsbehörde, hat angeordnet, daß jeder, der in irgendeinem Zusammenhang mit der Anti-Wehrdienstbewegung steht, die Tauglichkeitsstufe I A erhält. Diese verstößt gegen das Gesetz und wurde erlassen, obwohl das Justizministerium protestierte. Betroffen werden in erster Linie Studenten, junge Geistliche und Lehrer, die bis jetzt vom Wehrdienst zurückgestellt waren. Zur gleichen Zeit haben jedoch Gerichte, insbesondere der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, im letzten Jahr eine Reihe diskriminierender Gesetze, die noch der berüchtigten McCarthy-Zeit entstammten, für verfassungswidrig erklärt. So wurden verschiedene Bestimmungen des McCarran Act beseitigt; es ist für die Mitglieder von Organisationen wie u. a. der Kommunistischen Partei kein Verbrechen mehr, in Rüstungsbetrieben tätig zu sein oder sich dort um einen Arbeitsplatz zu bewerben. Wer im Staatsdienst tätig ist, ist jetzt nicht mehr zu einem besonderen Loyalitätseid gezwungen.

II

Weitere Widersprüche komplizieren das politische Bild noch mehr. Seit Jahren hat Johnson nun dem Lande versichert, die Vereinigten Staaten seien so reich, daß sie sich gleichzeitig beides leisten könnten, den Krieg in Vietnam und den Kampf gegen die Armut im eigenen Lande. Inzwischen haben die astronomischen Rüstungskosten den Präsidenten gezwungen, eine zehnprozentige Steuererhöhung zur Deckung dieser Kosten zu fordern. Der Kongreß hat es jedoch 1967 abgelehnt, für eine solche Erhöhung zu stimmen. Und es ist völlig unwahrscheinlich, daß der Kongreß seine Entscheidung im Jahre 1968 rückgängig machen könnte, denn man wird wie in jedem Wahljahr auch 1968 mit der Einleitung unpopulärer Maßnahmen sehr zurückhaltend sein. Anstatt sich für eine Steuererhöhung zu entscheiden, zog der Kongreß es vor, die Mittel für die Armutsbekämpfung zu kürzen, und verhinderte damit eine Verabschiedung der ursprünglich geplanten Gesetze für Johnsons „Great Society".

Es ist auf keinen Fall sicher, daß es Johnsons neuesten Vorschlägen, die amerikanischen Auslandsinvestitionen zu kürzen und Auslandsreisen zu beschränken, im Kongreß besser ergehen wird. Immerhin bedurfte es einiger wilder Manöver, um nach der Abwertung des britischen Pfundes eine Abwertung des US-Dollars zu verhindern. Noch eine solche Situation, kombiniert mit einem weiteren Run auf das Gold, dürfte selbst für die USA zu viel sein.

Wieder andere Widersprüche bestimmen das wirtschaftliche Bild. Es trifft zu, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im vergangenen Jahr mehr verdient hat als jemals zuvor. Obwohl die gesteigerte Herstellung militärischen Materials aller erdenklichen Art ihrem Wesen nach unproduktiv ist, haben die vom Pentagon vergebenen riesigen Aufträge einer großen Zahl von Berufstätigen Arbeit und den Herstellerfirmen größere Profite verschafft. Wenn aber der Konsument mehr Geld ausgeben kann, dann profitiert auch die Konsumgüterindustrie indirekt am Krieg. Dies erklärt übrigens, warum die AFL/CIO, der Zusammenschluß der überwiegenden Mehrheit der amerikanischen Gewerkschaften, auf ihrer alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz die Politik der Regierung voll unterstützt hat. Präsident Johnson, der im ganzen Lande auf Demonstrationen und feindselige Menschenmengen gestoßen war, fand einen wirklich begeisterten Empfang nur bei den sorgfältig ausgewählten Delegierten der organisierten Arbeitnehmer und ihren Führern, als er auf der Konferenz in Miami sprach. Man darf dabei jedoch

nicht die Tatsache übersehen, daß militantere Gewerkschaften wie die International Longshoremen and Warehousemen's Union, die Mine, Mill and Smelter Workers' Union und die mächtige Teamsters' Union aus dem CIO ausgeschlossen worden sind. Auch sind die Beziehungen zwischen den größten der in der AFL/CIO zusammengeschlossenen Gewerkschaften, der Automobile Workers' Union, und der AFL/CIO-Führung dermaßen schlecht, daß diese Gewerkschaft sich weigerte, ihre Spitzenfunktionäre zu der Konferenz zu entsenden, und darüber hinaus mit ihrem Austritt aus der AFL/CIO gedroht hat.

Die Entwicklung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft ist auch durchaus nicht einheitlich. Im vergangenen Herbst fand in Chicago eine Konferenz unter dem Motto „Gewerkschafter für den Frieden" statt, an der mittlere und untere Gewerkschaftsfunktionäre teilnahmen. Im Januar wurde unter den Lehrern des Staates Kalifornien eine gewerkschaftliche Werbeaktion gestartet. Während die nationale Gewerkschaftsführung Anweisung gegeben hatte, die Aktion ausschließlich mit „Brot-und-Butter"-Losungen zu führen, bestand die Staatsorganisation darauf, die Friedensfrage mit einzubeziehen. Nach einer harten Auseinandersetzung setzten sich die Kalifornier durch. Frieden in Vietnam wird nun ein ebenso wichtiges Thema der Kampagne sein wie Gehälter und Arbeitsbedingungen. Zurück zu den Widersprüchen im wirtschaftlichen Bereich. Die Kluft zwischen denen, die direkt oder indirekt vom Kriege profitieren, und den Angehörigen der unteren Gesellschaftsschichten, den ständig Arbeitslosen, von denen die meisten, aber nicht alle, Neger, Mexiko-Amerikaner und Puertoricaner sind, ist tiefer geworden. Die Armut wächst und mit ihr die Entschlossenheit der Verzweiflung. Trotz der ausgedehnten Revolten in den Ghettos der Städte im letzten Sommer ist praktisch nichts zur Beseitigung der sozio-ökonomischen Ursachen dieser Revolte getan worden. Da der Kongreß sich geweigert hat, ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen, mußten verschiedene erfolgversprechende Projekte eingestellt werden. Programme der Selbsthilfe, die schon begonnen und bei den Beteiligten Hoffnung, Selbstachtung und neue Erwartungen hervorgerufen hatten, mußten reduziert oder eingestellt werden. Unter denen, die die politische Situation analysiert haben, gibt es keinen einzigen, der nicht für 1968 einen neuen „heißen Sommer" vorausgesagt hat. Es kann schlimmer werden als im Jahre 1967. Einige sprechen von drohenden Guerillakämpfen in den Städten.

Weder die Demokraten noch die Republikaner bieten ein Programm zur Bewältigung dieser ernsten Situation an. Die Polizei ist in allem ausgebildet, was man euphemistisch „riot control" nennt, einschließlich dem Einsatz von zeitweise kampfunfähig machendem Gas, Polizeihunden und Panzerwagen — alles Attribute des Bürgerkrieges. Kein Wunder, daß radikale Führer besonders unter den Negern immer mehr Einfluß gewinnen. Gemäßigte Führer wie Rev. Martin Luther King jr. haben ein Projekt des massiven zivilen Ungehorsams für das Frühjahr angekündigt, eine Art Massen-sit-in in Washington, um auf diese Weise einigen Einfluß zu behalten. Es ist überaus bedeutsam, daß Stokely Carmichael, dieser leidenschaftliche Negerführer, der gerade von einer ausgedehnten Weltreise zurückgekommen ist, soeben eine nationale Konferenz von Negerführern aller Schattierungen geleitet hat. Unter ihnen waren auch Martin Luther King, Roy Wilkins und andere Gemäßigte. Auf der Konferenz sollte versucht werden, die Basis für eine „schwarze Aktionseinheit" im kommenden September zu finden. Erste Berichte über diese Konferenz klingen vielversprechend. Wenn Uneinigkeit und Mißtrauen zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Negerführung überwunden werden können und wenn außerdem eine gewisse Koordination zwischen den Kräften der Friedensbewegung und der Bürgerrechtsbewegung er-

reicht werden kann, was jetzt möglich zu sein scheint, dann würde sich das Establishment in der Tat einer gewaltigen Opposition gegenübersehen.

III

In diesem Zusammenhang muß man das verschärfte Dilemma in den beiden großen Parteien und die allgemein zu beobachtende politische Polarisierung sehen. Nirgendwo ist diese politische Polarisierung eindringlicher unter Beweis gestellt worden als im Staate Kalifornien. Dort gelangte zu den Vorwahlen entgegen allen weisen Voraussagen die unabhängige Partei des früheren Gouverneurs von Alabama, George Wallace, auf die Wahlliste. Um das zu erreichen, muß eine neue Partei gegenüber den Behörden eine bestimmte Anzahl von Leuten nachweisen können, die sich für die betreffende Partei registrieren lassen. Es gelang dieser Organisation, weit mehr als die erforderliche Zahl von Unterschriften beizubringen. Sie kamen meist von Wählern, die entweder der Demokratischen oder der Republikanischen Partei ihre Unterstützung entzogen haben. Keine zwei Wochen später konnte sich die linke „Friedens- und Freiheits-Partei" (Peace and Freedom Party) in einem Endspurt an Aktivität gleichfalls für die Wahlliste qualifizieren. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Friedens- und Freiheits-Partei bis zu diesem Augenblick nicht einmal einen Präsidentschaftskandidaten hat. Aber das ist noch nicht alles. Es wird eine offizielle Kandidatenmannschaft der Demokraten geben, die Präsident Johnson unterstützt. Sie wird vom Stellvertretenden Gouverneur Lynch angeführt, der als einziger beamteter Politiker der Demokraten die Niederlage seiner Partei überstand, als der rechtsextreme Republikaner Ronald Reagan zum Gouverneur von Kalifornien gewählt wurde. Johnsons Name wird auf der Wahlliste nicht einmal erscheinen. Außerdem wird es eine dissidente demokratische Liste geben, angeführt von dem demokratischen Senator Eugene McCarthy, Minnesota, der öffentlich angekündigt hat, er werde auf dem Nationalkongreß der Demokratischen Partei und in den vorhergehenden Vorwahlen gegen Johnsons Nominierung kandidieren. Als ihren „liebsten Sohn" werden die Republikaner Gouverneur Reagan ins Rennen bringen.

Beide großen Parteien haben Ärger. Oberflächlich betrachtet, müßten die Republikaner ausgezeichnete Chancen haben, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Nie war die Verwirrung innerhalb der Demokratischen Partei größer. Die Popularität des Präsidenten ist rapide im Sinken begriffen, obwohl sie gegen Ende des vergangenen Jahres leicht angestiegen war. Die Opposition gegen seine Außen- und Innenpolitik nimmt zu. Trotzdem besteht die Möglichkeit, daß die Republikaner erneut geschlagen werden. Dafür gibt es viele Gründe. Man sollte meinen, ihre politischen Manager hätten aus dem schlimmen Fehler gelernt, den sie 1964 mit der Nominierung Senator Goldwaters begangen haben. Damals erschreckten sie die Wähler mit der Aussicht, einen unverantwortlichen Extremisten im Weißen Haus zu sehen, was zu dem überwältigenden Sieg Johnsons führte. In den letzten Monaten bestätigt nahezu jede Meinungsumfrage, daß die Republikaner eine gute Chance hätten, Johnson im kommenden November zu schlagen, wenn sie den angesehenen Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller, als Präsidentschaftskandidaten nominieren würden. Bis jetzt hat Rockefeller es jedoch unerschütterlich abgelehnt, sich als Kandidat aufstellen zu lassen; er weiß sehr wohl, daß der republikanische Apparat sich gegen ihn stellt, weil er es unterließ, in der vorigen Wahl den Kandidaten der Partei, Goldwater, zu unterstützen. Der Apparat der Republikaner zieht Richard Nixon trotz seiner früheren Niederlage vor, trotz der Meinungsumfragen und trotz der Tatsache, daß Nixon eine der am wenigsten beliebten Persönlichkeiten im politischen Bereich ist. Weitere Anwärter aus den

Reihen der Republikaner sind Gouverneur Romney (Michigan), ein Mann der Mitte, der Johnsons Vietnampolitik kritisiert hat; Senator Percy, gleichfalls gemäßigt, und natürlich der kalifornische Gouverneur und frühere Filmschauspieler Ronald Reagan, der im ganzen Lande auf republikanischen Veranstaltungen gesprochen und dort großen Eindruck gemacht hat.

Von diesen Männern könnte nur Reagan eine Außenseiterchance gegen Nixon haben. Zum Teil deswegen, weil er besser aussieht und zudem das Fernsehen als das wichtigste Medium, die Wähler zu erreichen, zu seinen Gunsten zu nutzen weiß. Aber er hat nahezu keine Erfahrung, und er hat im ersten Jahr seines Amtes in Kalifornien auch nicht viel staatsmännische Eigenschaften gezeigt. Reagan ist durch die Kandidatur von George Wallace gehandikapt. Wallace führt seine Wahlkampagne auf einer rassistischen und reaktionären, aber außerordentlich demagogischen Plattform. Er wird zumindest in Kalifornien eher rechte Stimmen von Reagan abziehen, als daß er demokratische Stimmen aus seiner früheren Partei auf sich vereinigen könnte. Andererseits kann George Wallace durchaus einen oder mehrere Südstaaten hinter sich bringen und auf diese Weise tief in den traditionell demokratischen Block dieser Staaten hineinstoßen.

Die Republikaner könnten wahrscheinlich mit einem ausgesprochenen Friedenskandidaten die Wahl gewinnen, wenn sie etwa die Rolle Eisenhowers im Koreakrieg wiederholen würden. Eisenhower gewann die Präsidentschaftswahlen damals durch seine Selbstverpflichtung, „die boys zurückzubringen". Es sieht jedoch nicht so aus, als hätten die Republikaner Mut oder Neigung, eine derartige Position zu beziehen. Bis jetzt haben sie Johnson meist mit „Falken"-Argumenten kritisiert. Bis November kann zwar noch vieles geschehen, es gibt jedoch zumindest gegenwärtig keine Anzeichen dafür, daß die Republikanische Partei das ausnutzen würde, was sonst als sichere Chance gelten kann, 1968 in das Weiße Haus einzuziehen.

Noch verworrener wird das Bild, wenn wir uns der Demokratischen Partei zuwenden. Johnson sieht sich nicht nur einer, sondern zwei Aufsplitterungstendenzen gegenüber: auf der Rechten der Kandidatur von George Wallace und auf der Linken der Herausforderung durch den gemäßigten Friedenskandidaten Eugene McCarthy, Senator von Minnesota. Der erste wird die demokratische Vorherrschaft im Süden bedrohen; der zweite kann die Unterstützung eines großen Teils der liberalen Intelligenz, bürgerlicher Kreise und Angehöriger höherer Berufe gewinnen, dazu mindestens eines Teils der Arbeiterschaft und einiger Minoritäten. Nichtsdestoweniger läßt Präsident Johnson keinerlei Absicht erkennen, seine Politik zu ändern. Auf der Gewerkschaftskonferenz in Miami erklärte er: „Ich will, daß Sie und alle Amerikaner wissen: Ich werde mich von einem Haufen politisch selbstsüchtiger Leute nicht beeinflussen lassen, und ich werde meinen Job auch weiterhin so tun, wie ich ihn sehe, ohne Rücksicht auf Meinungsumfragen und ohne Rücksicht auf die Wahlen." Er lobte die Konferenz, weil sie seine Kriegspolitik mit einer Resolution unterstützt habe, „die so kräftig formuliert ist, daß nicht einmal Hanoi ihre Bedeutung mißverstehen kann".

Aber so zuversichtlich sich Johnson auch gab, es bleibt die Tatsache bestehen, daß die AFL/CIO-Konferenz — abgesehen von Besuchen bei militärischen Einrichtungen — die einzige Gelegenheit war, bei der der Präsident sich nicht vor einer lautstarken Opposition zu verstecken brauchte. Senator McCarthy hat völlig zu Recht erklärt: „Unter Nero stand es um das Römische Reich so schlimm, daß er nur noch in Sicherheit war, wenn er militärische Einrichtungen besuchte. Und das ist ungefähr alles, was Johnson heute noch gern besucht: militärische Einrichtungen."

Nicht nur in Kalifornien, sondern überall im Lande sind dissidente Gruppen aus dem Boden geschossen: Demokraten, die öffentlich erklären, nicht für Johnson zu stimmen, wenn der Krieg nicht bald beendet wird. Vielen, wenn nicht den meisten demokratischen Kongreßmitgliedern ist es lästig, wenn der Präsident ihre Kandidatur unterstützt; die sonst so begehrte Unterstützung ist kein Vorteil mehr, sie kann heute zur Belastung werden.

IV

Unter diesen Umständen gewinnt die Kandidatur von Senator McCarthy als offene Herausforderung in Sachen Vietnamkrieg zusätzlich an Bedeutung. Die Ankündigung seiner Kandidatur war eine Überraschung. Sie wurde durch die wiederholte Weigerung Senator Robert Kennedys, selbst zu kandidieren, praktisch erzwungen, obwohl dieser ein viel bekannterer und wirksamerer Opponent gegenüber Johnson wäre. Nun mußte jemand das politische Vakuum füllen, das durch Kennedys nachdrücklich erklärte „Neutralität" entstanden war, und sei es auch nur, um diesen unter Druck zu setzen. McCarthy wird sich in wenigstens sechs Vorwahlen stellen und hat bereits seine Gegenkandidatur für den Nominierungskongreß im Sommer in Chicago angekündigt.

Wer ist dieser Mann nun wirklich, der nach so vielen Jahren loyaler Mitarbeit in der Demokratischen Partei jetzt die unverzeihliche Sünde begeht, den Führer seiner eigenen Partei herauszufordern? Eugene McCarthy begann seine politische Karriere im Jahre 1948, als er in das Repräsentantenhaus gewählt wurde. Dreimal wurde er wiedergewählt und errang 1958 einen Sitz im Senat. Das war sein erster Sieg über den regulären Parteiapparat seines demokratischen Kollegen und des jetzigen Vizepräsidenten Hubert Humphrey. Eugene McCarthy wurde bekannt als der erste demokratische Senator, der sich seinem Namensvetter, dem Hexenjäger Joe McCarthy, widersetzte. Er ist ein ruhiger und fleißiger Mann mit dem guten Ruf eines Liberalen, auf den die nationale Aufmerksamkeit sich wieder richtete, als er Adlai Stevenson auf dem Nationalkongreß 1960 zum Präsidentschaftskandidaten vorschlug — zu einem Zeitpunkt, als bereits klar war, daß die Nominierung an John F. Kennedy gehen würde. Wenn er damals aus Prinzip handelte, als viele Politiker Schweigen für klüger gehalten hätten, so handelt er auch heute aus Prinzip: „Es kommt ein Zeitpunkt, wo ein Mann seinem Gewissen antworten muß. Deshalb meine ich, daß die Vietnamfrage dem Volk vorgelegt werden muß ... Die Demokratische Partei hat alle großen Fragen des 20. Jahrhunderts in Angriff genommen, oft unter großem Risiko, und sie muß auch dieses Problem in Angriff nehmen. Wenn man die Fahne und die nationale Ehre zu billig verpfändet, und das haben wir in Vietnam getan, dann zerstört man die Achtung vor ihnen. Mit einer Verpflichtung gegenüber der nationalen Ehre sollte man nur sparsam umgehen. Sie sollte nur als Letztes eingesetzt werden ..."

McCarthy ist kein Radikaler. Er ist davon überzeugt, daß „es niemals einen völlig schmerzlosen Weg gibt, um sich von unklugen, überholten oder unter schlechter Beratung eingegangenen Verpflichtungen zurückzuziehen. Aber ... mächtige Nationen haben die Grenzen der Macht erfahren."

„Der Weg heraus", sagt er, „entspricht dem Weg hinein: Schritt für Schritt, mit Pausen auf dem Wege. Es ist wichtiger, unsere Truppen zurückzuholen, als die Bombardierung von Versorgungslinien einzustellen." McCarthy ist gläubiger Katholik, Akademiker und Verfasser von vier Büchern, die kein Ghostwriter für ihn geschrieben hat. Jetzt, da dieser Artikel geschrieben wird, beginnt McCarthy gerade seine Rundreise durch die Staaten. Er weiß, daß die Chancen gegen ihn stehen. Nur zweimal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist es einem

amtierenden Präsidenten nicht gelungen, seine Wiederwahl zu erreichen. So blieb beispielsweise Herbert Hoover unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, die 1929 mit dem Schwarzen Freitag begann, eine zweite Amtsperiode versagt. Das amerikanische Volk sieht sich heute einer andersartigen Krise gegenüber, einer moralischen Krise, einer Krise des Vertrauens in die Politik der Regierung.

Die letzten der ursprünglich unter Präsident Kennedy berufenen Berater haben das Weiße Haus verlassen. Viele von ihnen haben, wie Arthur Schlesinger, Theodore Sorensen und andere, Johnson seitdem in aller Öffentlichkeit angegriffen. Fast gleichzeitig mit dem Rücktritt McNamaras trat Unterstaatssekretär Fraenkel zurück, weil er sich außerstande sah, die Vietnampolitik noch länger zu unterstützen. Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Arthur Goldbergs, des Chefs der amerikanischen UN-Delegation, halten sich hartnäckig, trotz aller Dementis.

Aber der Präsident verliert auch in anderen Bereichen wertvolle Hilfe. Von weittragender Bedeutung ist der Rücktritt John M. Doars, des Leiters der Bürgerrechtsabteilung im Justizministerium. Durch seine furchtlose Verteidigung der Negerrechte und den Einsatz seines Lebens in mehr als einer kritischen Situation während der frühen Phase im Kampf um die Gleichberechtigung in den Schulen des Südens hat John M. Doar ein hohes Maß an Vertrauen sogar unter den militanteren Negerführern gewonnen. Sein Rücktritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die Kommunikation zwischen Negerführern und Regierung von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Rücktritt kann schlimme Folgen in den kommenden Sommermonaten haben. Und schließlich sieht die wirtschaftliche Zukunft keineswegs rosig aus; wir haben das an anderer Stelle dieses Artikels bereits dargelegt.

Dieses Jahr wird durch die politische Polarisation noch weit mehr geprägt als das Jahr 1967. Die schnelle Radikalisierung auf der Linken und auf der Rechten wird zu weiteren repressiven Maßnahmen der Regierung führen. Vor kurzem wurde die Polizei in Chicago, dem Tagungsort des demokratischen Kongresses, und in Miami, wo die Republikaner ihren Präsidentschaftskandidaten nominieren wollen, mit der neuesten Ausrüstung zur „Aufstandsbekämpfung" ausgestattet. So wird denn das bisher beispiellose Schauspiel zu sehen sein, daß beide Nominierungskongresse hinter einem Kordon schwerbewaffneter Polizei tagen, die sie vor dem Volke schützen muß.

Bei all der Uneinigkeit kann es möglich werden, daß keiner der Kandidaten eine klare Stimmenmehrheit auf sich vereinigen kann. Damit wäre die Wahl des nächsten Präsidenten in den Kongreß verlegt, was nahezu einer Bankrotterklärung des demokratischen Verfahrens in eben dem Lande gleichkommen würde, das wieder einmal seine Absicht bekundet hat, die Welt „für die Demokratie zu sichern".

Aus dem Amerikanischen von Rudolf Schultz

Wulf D. Hund

Zur Sprache der NPD

Eine Analyse des Parteiorgans „Deutsche Nachrichten"

I

Wer und wie er hinter Redensarten haust, zeigt die Art seiner Rede. Die Sprache noch eng mit deren Werkzeug, der Zunge, verbinden und language sagen oder langue, haben es leicht. Weil er log, können sie dem, der Sprache mißbraucht, die Zunge abschneiden. Für die, die Sprache als von Sprechen und Sprecher gelöst betrachten, wird es schwerer sein, ein Urteil zu fällen. Metalinguistik und Informationstheorie haben hier teilweise Klarheit geschaffen. Selten jedoch beschränkt sich Sprache auf bloße Information, begnügt sich nicht damit, lediglich Zeichen zu sein. Sondern jede Information wird ausgedrückt in Sätzen, die an Überfluß reich sind.[1]) Was wesentlich Informationsgehalt darstellt, wäre Objekt ideologiekritischer Reflektion; was an Beiwerk und Ausschmückung vorhanden ist, verrät, wo Kleider Leute machen, wer informiert und in welcher Absicht solches geschieht. Die Redundanz ihrer Sprache also ist es, was uns im Hinblick auf die NPD vordringlich interessiert. Hinzu kommt die Gewißheit, daß wir Deutschlands Nationaldemokraten mit Recht unterstellen dürfen, sie wüßten wohl, was sie tun. Darüber, daß Sprache Werkzeug ist, sind sie sich voll im klaren. Emil Maier-Dorn [2]) schreibt: „Die Sprache eines Meisters hat unermeßliche Macht über die Menschen." [3]) Noch ist das Werk, diesen Meister zu loben, nicht vollendet. Wohl aber kennen wir die Sprache, die es ankündigt.

II

Pogrom: oder, um nicht ein „qualliges, gesichtsloses Fremdwort" [4]) zu gebrauchen: Verfolgung — dieser Begriff fand scheußlichste Prägung im Dritten Reich. Judenpogrome gehörten zu den liebsten Spielen der deutschen Faschisten. Über die Leiden Gemordeter und Überlebender wird weder Klage noch Anklage verstummen; von Belang bleiben für uns die mit jenen Untaten verknüpften Sprachregelungen. Denn obwohl Millionen ermordet wurden, war doch nie die Rede von Mord. Eher noch betrachteten sich die KZ-Schlächter als Kammerjäger, berufen, deutsche Gefilde von Ungeziefer zu befreien. Der Konflikt zwischen traditionell pseudoaufklärerischer Erziehung und humanistoidem Vorbehalt auf der einen Seite sowie auf der anderen Aggression und asozialer Brutalität tritt zu Tage, wo von „Unter"-menschen die Rede ist. Wenn er von seinen Gegnern spricht, mutiert der Faschist zum Zoologen. Auf Menschenhatz zu gehn, verhindern abendländische Reminiszensen. Der Anders-„artige" wird also kurzer-

1) Vgl. hierzu: Weizsäcker, Carl Friedrich, Sprache als Information. In: „Sprache und Wirklichkeit", Essays. München 1967, S. 179 f.
2) Maier-Dorn, Emil, NSDAP-Mitglied seit dem 1. Juli 1930 und Leiter der Gauschulungsburg in Schwaben, „Kraft durch Freude"-Gauwart und Reichsschulungswart des NS-Bundes Deutscher Technik in München, heute zusammen mit dem ehemaligen NSDAP-Gauredner in Schlesien, Hans Härtel, Autor der NPD-„Musteransprachen", auf die alle NPD-Redner verpflichtet werden. Zitiert nach: Kühnl, Reinhard/Ahrweiler, G. u. a., Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Berlin 1967, S. 66.
3) Maier-Dorn, Emil, Vom Wesen der Politik. Reichsruf-Verlag, Hannover (1962 ?), S. 10.
4) DN 20 vom 19. Mai 1967, S. 7.

hand zur gesichtslosen Masse, zum Tier, zum Schädling gestempelt. Schädlingsbekämpfung aber ist Gärtnerwerk, hat mit Grausamkeit nichts zu tun, pfuscht nicht ins ruhige Gewissen.

So ist denn die Sprache der Zoologie auch beliebtes Demagogikum der „Deutschen Nachrichten" (DN). „Schwarzes Feuer in den USA": heißt es in den DN 25 vom 23. Juni 1967. Schwere „Ausschreitungen randalierender Farbiger gegen die amerikanischen Behörden". — „Menschen, die in künstlerischen Dingen durchaus gesund (sic!) empfinden", tragen bei zur Aufdeckung des Fäulnisherdes „modernistischen Fortschrittdogmas" (DN 9, 3. März 1967). — Über die sozialistischen Studenten von Berlin heißt es in den DN 11 vom 17. März 1967: „Die rote Garde ist eine Gruppe von Außenseitern, Psychopathen und asozialen Elementen am Rande der Kriminalität." — Weiter die DN 49, 9. Dezember 1966, in Sachen Taximord: „... Die NPD erwartet von der Justiz, daß sie ohne falsche Humanität (mit der es also schon eine Sache für sich ist, denn da gibts „echte" und „falsche") durch schnelle und auch abschreckende Urteile die Mordgier (die ja bekanntlich nur aber immer in den Augen von B e s t i e n lauert) begegnet. Die Mörder sind unter uns. Nicht sie verdienen unser menschliches Mitgefühl (sic! Weil sie ja Bestien sind. Oder? Weil wir auch noch anderes als „menschliches" Mitgefühl kennen?), sondern allein die Opfer."

III

So geht das fort. Bis wir schließlich in derselben Nummer der DN erfahren, daß, „wo rote Politwürmer nagen", man „durch den kommunistischen Bazillus infiziert" wird. Würmer und Bazillen. Schon 1886 schrieb Paul Bötticher, genannt de Lagarde, über die Fremden im Staate als Träger der Verwesung: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht ‚erzogen', sie werden so rasch und gründlich wie möglich unschädlich gemacht." [5]) Damals wie heute waren das Phrasen. Dann aber, 1933, machten die Phrasen sich in mächtiger Mittelmäßigkeit auf, grausige Taten zu vollbringen. Als Verhalten des biedermännischen Unmenschen definierte damals Karl Kraus in „Die Dritte Walpurgisnacht" eine Art des Denkens, die Metaphern auf ihre Wirklichkeit zurückführt.[6]) Auf die „Larven und Lemuren" (H. Fischer) jener Walpurgisnacht gilt es zu achten. (Hier kurz ein Wort in eigener Sache. Kritiker bemerken immer wieder, man spiele die Problematik ‚Neofaschismus' zu sehr nach oben, mache aus der NPD-Maus einen NSDAP-Elefanten. Mag die NPD einem verschrumpelten Ballon ohne Luft gleichen — die Aufgabe des Kritikers ist es, ihn aufzublasen. Bis er die auf ihn gemalte Fratze erkennen, definieren und vor ihr warnen kann, ehe der Ballon platzt. Hier bietet sich die Sprachkritik besonders an. Nicht nur Verhalten der Rechten ist es, sich, kleinen Jungen gleich, an die Brust zu schlagen und kommender Taten zu rühmen.)

IV

Noch verhindern Skrupel einen neuen Feldzug gegen die Juden. Gegen Gastarbeiter aber erhebt man deutschlich jene Waffe, die nichts anderes ist als der „umgekehrte Spieß, mit dem der Bürger die Ordnung verteidigt" (Karl Kraus). Die Schar der Mitstreiter wächst jedoch nur langsam, die Erfolge sind gering. So entlädt sich der Haß auf „Fremdes" in den eigenen Reihen vorläufig noch verbal an Verbalem. „Wer für unsere Sprache arbeitet, kämpft für unser Deutschtum", zitieren die DN 20 vom 19. Mai 1967: Getreu dem Motto, daß das Fremdwort

---

[5]) Lagarde, Paul de, Deutsche Schriften. Göttingen 1886.
[6]) Metaphern wie: „das Messer an die Kehle setzen", „den Mund stopfen", „Salz in offne Wunden streuen" etc.

der „Jude der Sprache" (Adorno) sei, lassen sich Aggressionen hier bislang noch abreagieren. „Die weltgeschichtliche Stunde hat geschlagen, von der ab alle Leisetreterei in dieser Frage deutschen Volkstums endlich aufhören und der rücksichtslos laute Ruf erschallen muß: ‚Sprich deutsch!' Sprache ist Volk, Volk ist Sprache." [7]) Die Töne gleichen sich. 1917 und 1967: dazwischen 50 Jahre, die man gern teilweise ignorieren möchte.

„... Trotz (so die DN 20) unserer unübertrefflichen Nationalliteratur (die nur wenn und weil sie sich „national" gibt, gar so unübertrefflich ist), trotz der von Friedrich dem Großen ersehnten, inzwischen erreichten Vervollkommnung unserer Sprache ... (wobei sich „Vervollkommnung" auf den „größten Lyriker unserer jüngsten Vergangenheit", Josef Weinheber, und den wohl „größte(n) deutsch-österreichische(n) Dichter unserer Gegenwart, Mirko Jelusisch", bezieht), ... trotzdem also „wurden ... Worte (wie) ‚Volksgemeinschaft, Gemeinnutz, Einsatzbereitschaft' ... unter den Tisch gefegt." „Eine Fülle wertvoller, erbstämmiger Worte ist in Gefahr." [8])

Die so um „deutsches Sprachgut" besorgt sind — man merkt, Sprache ist, als deutsche nämlich, „gut": Sprachgut; als andere „fremd" bzw. „welsch": Fremdsprache, Kauderwelsch —, korrumpieren selbst bewußt, doch unbekümmert die Sprache, pervertieren sie zur Lüge. „Die Zeichenfunktion der Sprache steht auf dem Spiel." [9])

In Ludwig Wittgensteins Tractatus heißt es, daß Sprache die Gedanken verkleide.[10]) Die Sprache der „Deutschen Nachrichten" gibt sich jedoch Blößen. Die DN 29 vom 21. Juli 1967 schreiben: „... Schaffen wir uns eine kleine, aber tatsächlich einsatzfähige Bundeswehr und eine jederzeit zur Verfügung stehende Territorialarmee. Es ist die allerletzte Chance, nochmals zu versuchen, dem Experimentierkind ‚Bundeswehr' jenen Rang und jenes Ansehn auch beim möglichen Gegner zu verschaffen, die früher zu allen Zeiten und unter allen politischen Systemen (sic!) das geistige Rückgrat deutschen Soldatentums waren (zurück! Wer war was? Rang und Ansehen = geistiges Rückgrat! Hier bedarf es noch nicht einmal der psychologischen Syntax, um zu ersehen, welche Gedanken und Wünsche solcher Niederschrift vorausgingen. Rang und Ansehen verlangt man für das, was der NPD allemal schon W u n s c h k i n d war, aus dem Stadium des Experimentier k i n d e s also möglichst schnell heraus muß; lieber, das tritt immer wieder zu Tage, als die Wehr des Bundes, hätte man die Macht der Bundeswehr, die Wehrmacht. Um solchen Hort autoritären Denkens so gut wie möglich zu verschleiern, verkündet man freudig, daß sein „geistiges Rückgrat" den deutschen Soldaten ja eben auszeichne. Das verrät auf doppelte Weise die Gesinnung. Zum einen wird Geist gesehen als ein Anhängsel dessen, was den Schläger stark macht, als Attribut des Rückgrats; zum anderen setzt man dieses Rückgrat gleich mit Rang und Ansehen: sein Rang bestimmt die geistige Potenz des Soldaten, nicht umgekehrt. Doch besser noch:) und Kriege verhinderten." Mendacium est enuntiatio cum voluntate falsum enuntiandi (Augustinus).

V

Immer meint das Wort ein bestimmtes Objekt. Nie kann es ein solches Objekt näher bezeichnen. Zur genauen Aussage und Erläuterung dient der Kontext. Er

---

7) Engel, Eduard, Sprich deutsch! Ein Buch zur Entwelschung. Leipzig 1917, S. 6.
8) Daß solche Volkstümelei nicht allein für eine kleine Rechte charakteristisch ist, zeigt u. a. folgendes Zitat aus einem Fachbuch der Germanistik, „Geschichte der Deutschen Sprache", von Adolf Bach, Heidelberg 1956, S. 347 f.: „So zeigt sich unsere Muttersprache als eine wahrhaft völkische Gestaltung ... Der Kampf um Bestand und Reinheit unserer Muttersprache ist daher ein Ringen um den Bestand, die Einheit und den Geist unseres Volks in der Zukunft. Deutsche Sprache wird so deutsches Schicksal ..."
9) Weinrich, Harald, Linguistik der Lüge. Heidelberg 1966, S. 10.
10) Wittgenstein, Ludwig, Tractatus logico-philosophicus. edition suhrkamp 12. Satz 4 002.

sagt, wie was gemeint ist, schafft Bedeutung. Worte ohne Kontext zeugen, wann immer sie scheinbar als Mittel der Information verwendet werden, von sprachlichem Purismus. Die Linguistik des Schlagwortes und der Parole lehrt, daß diese, wie auch immer gebraucht, Medium der Demagogie sind.[11])

„Ein paar Dutzend Schreiber und Schwätzer . . . haben sich des deutschen Äthers bemächtigt" — heißt es z. B. in den DN 29 vom 21. Juli 1967. Das steht als Zitat von W. S. Schlamm fettgedruckt in schwarzem Kasten auf der ersten Seite. Ohne einen dazugehörigen Artikel. Die DN 21 vom 26. Mai 1967 rufen empört: „Werden Sie Demokrat, Herr Brenner!" Ein Artikel, der zu dieser Überschrift gehört, bringt in keiner Weise den Beweis dessen, was der Leser bereits vermutet: daß Brenner nämlich kein Demokrat sei.

Schlagwort und Parole suchen sich den ihnen mangelnden Kontext im Erfahrungsgehalt und den latenten Vorurteilen der Angesprochenen. Hier soll nicht benachrichtigt oder überzeugt werden. Hier wird eingelullt, überrumpelt, überredet.[12]) Der Leser wird zur Assoziation gereizt; das Fallbeil soll er selbst betätigen: „. . . Die Contergan-Welle haben wir hinter uns; sie hat uns Tausende von verkrüppelten Kindern beschert, von dem Leid, das in die Familien gekommen ist, ganz abgesehen (so beginnt ein Artikel in DN 10 vom 10. März 1967. „Ganz abgesehen" von der Ideologie eines Schreibers, der bei Contergan zunächst rassistisch an verkrüppelte — lebensunfähige, -unwerte — Kinder denkt, von dem, was diese Verkrüppelungen psychisch aber zur Folge haben, mal kurz g a n z absieht, — geschieht hier folgendes: Der Leser ist bereit, allen Contergan-Ärzten, dem Contergan, ja, den Medikamenten überhaupt den Teufel an den Hals zu wünschen. In diese Stimmung, also ins Schwarze, trifft der nächste Satz:) . . . Jetzt ist die Antibabypille über uns gekommen." Des restlichen Artikels bedarf es nicht mehr. Die Antibabypille alias Contergan ist bereits restlos vernichtet. (Das dem Leser aus Kriminalreporten weidlich bekannte „alias" wird ansonsten expressis verbis besonders gern als argumentum ad personam verwendet. Die Herren Marx—Levi, Haffner—Pretzel und Frahm alias Brandt sind von vornherein suspekt.) Noch klarer legt den Willen zur Bewußtseinsmanipulation eine Überschriftendemagogie bloß, bei der Titel und Story nicht etwa miteinander korrespondieren, sondern bei der eine vorbelastete Schlagzeile einen nicht vorhandenen Tatbestand suggeriert. Hierzu die DN 24 vom 16. Juni 1967: „. . . In führenden CSU-Kreisen der bayrischen Landeshauptstadt kursiert das Gerücht, daß mit einiger Bestimmtheit ‚in wenigen Wochen' in Düsseldorf eine Koalitionsumbildung erfolgen und daß die SPD ähnlich wie im Bund auch in Düsseldorf mit der CDU zusammengehen werde . . ." Überschrieben ist diese Notiz mit: „Gleichschaltung".

VI

Die „Deutschen Nachrichten" strotzen vor Dummheit. Es war allemal die Einfalt, die der Dummheit willfuhr. So mag sich mancher von denen, die nicht hören können, abwenden: „Ich bin nicht der Mund für diese Ohren" (Nietzsche). Die DN aber haben nichts Missionarisches an sich. Da sie nicht überzeugen wollen, können sie auf Argumente verzichten. Schimpfkanonaden und Ressentiments bringen sie eher zum Ziel. Was die DN praktizieren, ist die Hohe Schule des Afterredens. Man redet dem Spießer nach seinem Vorurteil. Diesem wird jenes,

11) Vgl. hierzu meinen Aufsatz: Zur Sprache des Deutschen Studentenanzeigers. sine-sine SN 1, 7. Jahrgang, S. 14 ff.

12) Richards, Fred H., Die NPD, Alternative oder Wiederkehr? München 1967. S. 76: „Schlägt man die Deutschen Nachrichten auf, so findet man auf den Seiten 3 und 5 bis 8 die Texte der Deutschen Wochen-Zeitung . . . DWZ-Herausgeber ist Waldemar Schütz, Hannover, zugleich Verleger der Deutschen Nachrichten und Mitglied des NPD-Vorstandes."

jetzt ja „belegt", zum Urteil. Er stimmt freudig zu: ‚Das hat er immer schon gewußt'. Das heißt, was er abonniert hat, die DN, ist kein Nachrichtenmagazin, sondern ein Bestätigungsfetisch; ein Kaleidoskop der Vorurteile.

Indiz hierfür ist u. a. immer die Maltraitierung der Sprache. Gemäß der Orwellschen Maxime über die Identität der Gegensätze. So wettern die DN 20 vom 29. Mai 1967 gegen Springer und die „Gleichschaltung" der Presse. Für deren „Freiheit" soll die Organisation rechtsradikaler Meinungsmache bürgen.[12]) „Walter Reder ist kein Mörder" — so die DN 29 vom 21. Juli 1967. Hier hören wir vom deutschen Soldaten, der seine Pflicht erfüllt. Die Gegner aber, kommunistische Partisanen, mordet. Da ist gleichsam ein Musterbeispiel der Umpolung: „deutsch — kommunistisch"; „Soldat — Partisan"; „Pflichterfüllung — Mord".

„Sprechen ist zugleich Hören" (Heidegger). Was uns hier zu Ohren kommt — bis zum polnischen Chauvinismus und dem deutschen Rechtsanspruch auf die Ostgebiete — zeigt deutlich, daß auf Reflektion verzichtet wird. „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt" (Wittgenstein). Räumlich gesehen gebärdet die Welt der DN, die deutsche Welt, sich größer und gewaltiger, als die Bundesrepublik das vermag. Doch sie ist hinter der Zeit zurück. Ihre Grenzen sind von 1933. Versailles soll ein zweites Mal „bewältigt" werden. Man hat nichts dazugelernt, denkt in lang schon verschütteten Bahnen, wiederholt die alten Phrasen. Wo Gesprochenes sich wiederholt wie auf einer beschädigten Schallplatte, zeigt sich, daß Bewußtsein einen Riß hat. Hier wütet „die Logik der Paranoia: verdächtig sind alle, die den eignen Wahn nicht teilen . . ." [13])

VII

Mit Worten kann gelogen werden. Lügt man mit bestimmten Worten viel, so verfärben sich diese. Sie akkumulieren die Lüge, nehmen deren Charakter an, werden immer, wenn man sie hört, mit Lüge in Verbindung gebracht. Worten wie „Volksgemeinschaft", „Lebensraum", „reinrassiger Arier", „Reich", „Führer", „Heil", „Endlösung" verweigert sich die Zunge. Die DN aber versuchen, sie wieder hoffähig zu machen. Man bedauert ihr Verschwinden. Das wundert wenig. Denn wie besser als in deren Sprache drückte man die Gedanken der „Väter" aus. Mit anderen Worten, mit denen, auf die man nicht verzichten kann, weil sie gemeinhin populär wurden, muß man jonglieren. Zwar empfindet man Demokratie als „Gleichmacherei", will zurück, strebt nach Elite und Autorität. Das läßt sich so jedoch nicht ausdrücken. Nicht im Rahmen einer „freiheitlich demokratischen" Ordnung. Man muß der Demokratie — noch — das Wort reden. Man muß sie aussprechen. Etwas tun zu müssen, was man nicht will; etwas sagen zu müssen, was man nicht meint: das führt zum Konflikt. Dieser schlägt sich in der Sprache nieder. Wo nur von „Demokratie" die Rede ist, wird diese immer kritisiert. Was man vertritt, heißt „echte Demokratie", „nationale Demokratie", „große Demokratie". Dem Kundigen wird „demokratisch" attributiv in das verwandelt, was er sich wünscht: national. Ähnlich verhält es sich mit „Toleranz". Da man nicht gewillt ist, sie dem ideologischen Gegner zuzugestehen, kann man sie auch guten Gewissens nicht im Munde führen. Was die DN aber „wirkliche Toleranz" nennen, ist ebenso verdächtig wie der „richtige Glauben" und der „wahre Grund". Diese Art von Toleranz ist repressiv. Sie fordert den „Gegner" zur verbalen Auseinandersetzung auf, zur Duldung einer anderen Meinung. Der Diskussion aber stellt sie sich nie. Ihre eigene Meinung verabsolutiert sie.

---

13) Kühnl, Reinhard, Zur Ideologie des Deutschen Studentenanzeigers. sine-sine SN 1, a.a.O., S. 4 ff.

Auch Ausdrücke wie „radikal" und „konservativ" sind betroffen. Beides ist man, ersteres klingt gar zu negativ: man will es los werden; zweiteres muß etwas von Patina gereinigt werden, um wieder verwendungsfähig zu werden. So heißt es grundsätzlich „linksradikal". Konservativ tritt auch nie ohne Stütze auf: „konservativ-fortschrittlich", „konservative Erneuerung" etc.

Kommt man ihnen überhaupt nicht mehr bei, weil sie schon zu sehr im allgemeinen Sprachgebrauch verwurzelt sind, so interpretiert man den Bedeutungsgehalt der Worte einfach um. Wahllos einige Beispiele:

Fußball: „Auf Fußballplätzen werden sportliche Entscheidungen getroffen, denen man zwar bei uns jeden patriotischen Kern zu nehmen versucht, der aber in den gesunden Staaten eine andere Rangordnung hat als bei uns" (DN 24 vom 16. Juni 1967). — Generationenproblem: „gehört zu den Grundgegebenheiten des Daseins" (DN 29 vom 21. Juli 1967). — Gleichberechtigung: „Gleichheitswut"; „erklärbar aus einem primitiven Gefühl des Neides, das einen Schlecht-weg-Gekommenen zur Rache an allen vom Schicksal mehr Begünstigten treibt" (DN 29 vom 21. Juli 1967). — Psychoanalyse: „psychologisch-analytische Haarspalterei natürlichster Gemütsreaktionen, verbunden mit einer permanenten neomarxistischen Gehirnwäsche" (DN 29 vom 21. Juli 1967). — Talente: „hat man, oder man hat sie nicht" (DN 29 vom 21. Juli 1967).

Die Beispiele stammen bis auf eines aus der gleichen Nummer der DN. Ihre Liste ließe sich beliebig fortsetzen.[14])

VIII

Die DN vom 26. Mai 1967 (Nummer 21) bringen folgende Notiz: „Der Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurde durch die israelische Drohung ausgelöst, Israel werde gegen die syrische Partisanentätigkeit durch einen Angriff auf Syrien antworten. Die syrischen Araber kämpfen auf israelischem Gebiet um ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden. Sie kämpfen um arabisches Land, mindestens mit dem gleichen Recht, mit dem die Vietkong ihre Partisanenkämpfe in Südvietnam veranstalten. Die Vietkong werden von den ‚Friedensfreunden' im ganzen Westen verherrlicht, die Araber aber als ‚Friedensstörer' gebrandmarkt. Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nicht dasselbe." Die Berichterstattung über den Nah-Ost-Konflikt ist natürlich besonders interessant, denn sie schwankt fortlaufend zwischen einem latenten Antisemitismus und der These „Volk sucht Lebensraum". Wir untersuchen hier nur die Technik der Meinungsmache. Was enthält die Nachricht?

— Araber kämpfen für ihre Heimat gegen israelische Ungerechtigkeit. Sie tun Ähnliches wie der Vietkong. Der Vietkong wird von den „Friedensfreunden" unterstützt, die Araber nicht...

Welche Assoziationskette verursacht die Art der Mitteilung?

— Die Vietkong sind Kommunisten (= böse). „Friedensfreunde" sind ungerecht; pro Vietkong, contra Araber. Also auch Kommunisten (= böse). Kommunisten

---

14) Eine Sammlung beliebter Ausdrücke bringt ein Artikel in den DN vom 14. April 1967: „Die Verfremdung der deutschen Musik". Hier ein Feuilleton: „... Zustand der Musik von heute ... ist abnorm ... krankhaft ... simpel erdachtes, natur- und kunstwidriges Gesellschaftsspiel für Schlechthörende, das mit dem Begriff Musik im allgemeinen nichts und mit deutscher Musik schon gar nichts zu schaffen hat (Schönberg!!!) ... unwandelbare Naturgesetze ... Strukturverfall ... Absterben der musikalischen Substanz ... Ein natürliches Bedürfnis für die sogenannte moderne Musik hat überhaupt nie bestanden ... der musikalische Instinkt des Volkes ... Selbstheilung unseres Volkes von der atonalen Infektion ... entartete Kunst ... Einimpfung der modernistischen Viren ... Zurückdrängung des Kulturerbes an deutscher Meistermusik ... Angstträume ... primitivistisch ... Wiedergutmachungskomplex ... tödliche Gefahr für die deutsche Musikkultur ... Begabtenauslese ... daß die Deutschen dem Ausland in der Musik immer noch weit mehr zu offenbaren haben als umgekehrt ..." Das alles in einem Essay über moderne Musik!

kämpfen nicht für Heimat, sondern sind Aggressoren. Araber tun dasselbe wie Vietkong. Also auch Aggressoren. Haben also überhaupt keine Heimat. Vaterlandslose Gesellen. Kommunisten (= böse) . . .

So kann der Schreiber in aller Ruhe von „Heimat" der Araber sprechen, den Vietkong mit ihnen vergleichen. Indem er den Friedensfreunden zum Schluß eins auswischt, wird die ganze Argumentationskette rückläufig, alles positiv Gesetzte wird negativiert; Vietkong, Araber und Friedensfreunde schmoren in einem Topf.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Schreiber obiger „Nachricht" seine Technik bewußt angewendet hat. Vielmehr ist er ihr erlegen. Er glaubte tatsächlich für einen kurzen Moment, die bösen, kommunistischen Vietkong kämpften für ihre Heimat —, nur um über die „ungerechten" „Friedensfreunde" schimpfen zu können. Hier zeigt sich noch nicht einmal ein fester ideologischer Standpunkt, hier wird die ohnmächtige Wut eines Berserkers deutlich, der gegen alle die Zähne fletscht, die sich den Wahnvorstellungen faschistischer Machtwünsche in den Weg stellen. Ihm ist mit Argumenten nicht mehr beizukommen. Sein Bewußtsein verhängt ein Schleier von Ignoranz, gleichsam wie die Capa den Blick des Stieres trübt. Wenn die Wut groß genug ist, wird er zu schnauben aufhören und alles auf die Hörner nehmen, was ihm in die Quere kommt.

Dr. Ermenhild Neusüß

Was kommt nach der „Formierten Gesellschaft"?

Zur Herstellung und Benutzung politischer Formeln

„Wer die Sprache der Politik beherrscht, hat auch ihre Tatsachen in der Hand."

(Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, 1963, S. 72)

„Wohl unserer Sprache, daß sie ungelenk ist. Der Starke zwingt sie, und den Schwachen zwingt sie."

(Novalis, Neue Fragmente, 29)

Die Bundesrepublik leidet gegenwärtig unter einem empfindlichen Mangel. Es fehlt „noch" . . . eine „politische Formel" für den „neuen Blick auf das Verhältnis von Politik und Wirtschaft" *), nachdem die Formel von der „Formierten Gesell-

*) Die mit * versehenen Zitate sind einem Aufsatz von Rüdiger Altmann, „Zeit für langes Siechtum", entnommen; erschienen im Spiegel Nr. 37 v. 4. Sept. 1967.

schaft" — nicht ohne Schuld aller Formierungsunwilligen — glanzlos wurde. Unter welchem Namen ließe sie sich aufpolieren? Müßte eine geglückte Formulierung doch die „hintergründige Veränderung" unserer Gesellschaftsstruktur ausdrücken und glaubhaft machen, daß es sich bei dieser „folgenreichen" Veränderung „um die allmählich fatal gewordene Abhängigkeit des demokratischen Staates vom wirtschaftlichen Prozeß handelt", ... daß „die Stabilität der politischen Ordnung in einer beängstigenden Direktheit von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft abhängig"*) ist.[1]) In Klartext heißt das: Der demokratisch verfaßte Staat muß zur Erhaltung der sozialökonomischen Struktur unserer Gesellschaft seine wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen nach den Investitionsentscheidungen von Großunternehmen richten, was demokratische Willensbildung unvermeidlich im Kern antastet.[2])

Eine passende politische Formel suggeriert diesen Zustand als unabänderliches Fatum und immunisiert im Sinne des sozialökonomischen Status quo erfolgreich gegen die Verbreitung der von J. Meynard Keynes gewonnenen Erkenntnis, daß in der Realität — soll die Funktionsfähigkeit des hochorganisierten Kapitalismus aufrecht erhalten werden — in umgekehrter Weise zu verfahren ist. In der Bundesrepublik ergab sich die akute Notwendigkeit direkter staatlicher Rettungsmaßnahmen zu dem Zeitpunkt, als der der neokapitalistischen Wirtschaft immanente Widerspruch zwischen ausgeweiteter Produktivkraft und Rentabilität bei ausgeschöpftem Arbeitsmarkt nicht mehr vertagt werden konnte.

Unter diesem Vorzeichen übernimmt der Staat nach Abflauen der Hochkonjunktur teilweise die Investitionsfunktion der privaten Wirtschaft, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern und Profite zu steigern, die anregend auf die Eigeninvestition privater Unternehmer wirken. Unterzöge dieser Aufgabe der Staat sich nicht, stagnierte der Wirtschaftsprozeß in zunehmendem Maße mit den bekannten ökonomischen und politischen Konsequenzen: Wachsende Arbeitslosigkeit, Rückgang der Gewinne, Zunahme der Konkurse insbesondere kleinerer und mittlerer Firmen und politische Radikalisierung. Der Staat muß — immer unter der Voraussetzung, daß die staatlich abgesicherte, von den Interessen der mächtigen Oligopole beherrschte Wirtschaftsstruktur jeder Wandlung durch demokratisch-parlamentarische Gesetzgebung entzogen bleibt — zu vordergründigem Nutz und Frommen aller seiner Bürger die „Globalsteuerung des Wirtschaftswachstums"*) zum Inhalt seiner Politik machen, ohne unter diesen Umständen das Problem der „sozialen Symmetrie" je lösen zu können. So steht in der gegenwärtigen Phase des Konjunkturverlaufs realen erheblichen Gewinnsteigerungen aus Kapitalbesitz ein nicht minder reales Sinken der effektiven Arbeitseinkommen[3]) mit systemimmanenter Notwendigkeit gegenüber.

---

[1]) Carl Schmitt bediente sich zum gleichen Thema bereits 1923 ähnlich existentiell getönter Formulierungen: „Bei politischer Scheingleichheit muß ... das Ökonomische die Politik beherrschen. Das ist ganz unvermeidlich und ... der wahre Grund der vielbeklagten Herrschaft des Ökonomischen über Staat und Politik". In: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 3. Aufl. 1961, S. 18.

[2]) Welche konkrete Entscheidung im gegenwärtigen Stadium der ökonomischen Entwicklung im Zentrum des Problems steht, wird deutlich bei Helge Proß, Manager und Aktionäre in Deutschland, 1965, S. 13/14: „In allen entwickelten und privatwirtschftlich organisierten Industrieländern sind Großunternehmungen die entscheidenden Zentren der Produktion und Distribution, auch wenn sie keine Monopolmacht im strengen Sinn besitzen. In steigendem Maß diktieren sie die Investitionsrate eines Landes ..." „Direkt oder indirekt ist die große Mehrheit aller Erwerbstätigen abhängig von den Beschlüssen derer, die die großen Unternehmen leiten." — S. 188 f.: „Die Einsicht, daß die Chance auch privater Gruppen, über große Summen unkontrolliert zu disponieren, unmittelbar die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse bestimmen und damit die politische Demokratie verfälschen kann, scheint heute verdunkelt ... Die Gebilde, die von Managern und Privateigentümern kontrolliert werden, sind keine privaten Einrichtungen mehr ..." „Gegen den immer wieder möglichen Mißbrauch der in diesen Gebilden, und das heißt: der in den Händen der sie kontrollierenden Gruppen konzentrierten Macht, sich zu sichern und über ihre Verwendung zugunsten des ganzen Gemeinwesens zu wachen, gehört zu den bedeutsamsten Aufgaben, die mit der Entstehung der Großunternehmen für Staat und Gesellschaft erwachsen sind."

[3]) Nach Vorausschau unabhängiger wirtschaftswissenschaftlicher Institute ist für das erste Halbjahr 1968 mit einem Ansteigen der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögensbesitz um 28,2 Prozent zu rechnen, bei einer Steigerung der Nettolohnsumme von 1,2 Prozent und einer gleichzeitigen Preissteigerungsrate von 2,2 Prozent (Frankfurter Rundschau v. 13. 10. 67, Nr. 238, S. 2).

Mit solch komplizierten Vorgängen hat Herstellung und Verbreitung einer handlichen politischen Formel zu kämpfen, die den tatsächlichen Charakter der „hintergründigen" Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft im Interesse von deren Nutznießern verschleiern soll. Bislang steht nur fest, daß es selbstredend „keine sozialistische" *) Formel sein darf, etwa im Sinne der von den Gewerkschaften vertretenen wirtschaftsdemokratischen Konzeption. Sie sollte dagegen sowohl „sozial" integrierend klingen wie auch die Frage nach einer etwaigen demokratischen Kontrolle der Produktionsmittel abschneiden, was im Bereich der Wirtschaftspolitik Investitionssteuerung nicht primär zu Gunsten des Großkapitals, sondern der Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung bedeutet.

Hätten die Gewerkschaften doch rechtzeitig auf gutes Zureden reagiert! Wir könnten heute noch glücklich und zufrieden sein mit der Formel von der „Formierten Gesellschaft" ... Nach Abgang des bundesdeutschen „Talisman" [4]) ist wirklich jeder Hoffnungsstrahl zu begrüßen, der das ideologische Vakuum aufzufüllen verspricht. Zwar ist das Pflänzchen noch zart, das wir unserer ängstlichen „politischen Mentalität" *) verdanken, und bedarf daher der Abschirmung eines Satzes. Es handelt sich im Gedenken an die Weimarer Republik um „die tief verwurzelte, wenn auch nicht öffentlich eingestandene Angst einer hochmanipulierten Gesellschaft vor dem, was jenseits ihres Manipulationsradius liegt".*) Stimmt. Damals waren wir noch keine hochmanipulierte Gesellschaft, die Hitler hätte hinwegmanipulieren können. Es lag nicht zuletzt an den renitenten Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise, die schließlich mächtige Industrielle in Hitlers Arme trieben, was die Gewerkschaften mit völliger Auslöschung ihrer Existenz und die ihres Koalitions- und Streikrechts beraubte Arbeitnehmerschaft mit Sinken der Reallöhne bezahlen mußten, während die Großindustrie erheblich steigende Gewinne in der Rüstungskonjunktur kassieren konnte.

Ein Trauma, aber ein positives, wenn es uns die gesuchte politische Formel der Gegenwart bescheren könnte: „Hochmanipulierte Gesellschaft".*) Das klingt vertrauenerweckend und suggeriert Sicherheit, sobald erst einmal die illegitimkritische Herkunft des Begriffs vergessen ist. Keine Formel könnte unerbittlicher das Fazit ziehen: Wer sich nicht formieren will, muß sich manipulieren — und zwar hoch! Getreu der abgewandelten Spruchweisheit: Wer in seinen Lohnforderungen nicht Maß halten will, muß sich über steigende Aktienkurse freuen. Vor Maßlosigkeiten scheinen wir zunächst abgesichert, da „die Gewerkschaften in der Rezession nur geringe Aktionsmöglichkeiten haben".*) Umso unbegreiflicher allerdings die Furcht, die die Regierung offenbar immer noch vor den „organisierten Interessen" *) — sprich: Gewerkschaften — hat. „Diese Angst ist jedoch der Situation nicht angemessen. Sie ist rational nicht begründete Feigheit des Stärkeren vor einem Schwächeren." *) Schade! Existierten Notstandsgesetze, brauchte der Stärkere sich weniger zu fürchten.

Für die Rezession war es höchste Zeit, bedenkt man, daß „die Gewerkschaften, die ihre Politik unter dem obsoleten Klischee des Klassenkampfes betreiben, auf dem besten Wege sind, sich in der westlichen Industriegesellschaft ... in die Rolle einer Organisation parasitärer Existenzen zu manövrieren, die sich unsittliche Profitanteile auf Kosten ihrer Gesellschaftspartner appropriieren wollen" ... und „das Bild des ausbeuterischen Arbeiters des zwanzigsten Jahrhunderts an Farbstärke gewinnt, während das Bild des ausbeuterischen Unternehmertums des 19. Jahrhunderts verblaßt".[5]) Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und Druck

4) Vgl. Karl-Georg von Stackelberg, Attentat auf Deutschlands Talisman, Ludwig Erhards Sturz — Hintergründe, Konsequenzen, 1967.
5) Eric Voegelin, „Demokratie und Industriegesellschaft", in: Die unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaftsordnung, Veröffentlichung der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 4, 1964, S. 102.

auf die Effektivlöhne sind da ein gesundes Korrektiv.[6]) Doch von der Lohnfrage abgesehen mußte auch wegen der drohenden Erweiterten Mitbestimmung unbedingt eingegriffen werden. Diese gewerkschaftlichen Funktionäre sind ja in ihrem Machtstreben ganz maßlos.

Vertrauen wir uns lieber der unkontrollierten Macht unserer „wirtschaftlichen Funktionäre" an! Denn dank der Investitionsspritzen unserer Regierung und den dadurch gesteigerten Gewinnchancen wird „der Unternehmer allmählich, wenn auch nur global gesteuert, zum wirtschaftlichen Funktionär, auf den Staat blickend und dem öffentlichen Interesse inkorporiert".*) Er darf daher auch nicht der üblen Forderung demokratischer Machtkontrolle oder gar noch Schlimmerem unterworfen werden[7]), wenn er zum Wohl der Allgemeinheit die ökonomische Machtkonzentration *zügig vorantreibt.*[8])

Gut, daß die richtigen Leute das Geld bekommen. Der Investitionsstreik privater Unternehmer ist eine scharfe Waffe und bedarf keiner Organisation. Was wird dann aus den Arbeitsplätzen? Nicht hoch genug kann dagegen Investitionslust[9]) veranschlagt werden angesichts der Notwendigkeit, die Lebensbedürfnisse aller sozial Abhängigen zu befriedigen, — man denke überdies an das Millionenheer der Rentner. Diese Alternative sollte uns davor bewahren, auf abgestandenen Formeln wie „soziale Gerechtigkeit, Egalitätsprinzip und Demokratisierung" *) zu insistieren.[10])

Mit derart hyperdemokratischen Forderungen würden wir nur unser Behagen stören, jetzt, wo endlich „wirtschaftlicher Prozeß" und „Gewässer der Demokratie" *) zu einem Milieu ineinanderfließen, das uns umfängt wie das Wasser den Fisch; ein Demo-Schaumbad gewissermaßen, angenehm hautfreundlich, bei regelmäßiger Anwendung garantierter Schutz vor Schmutzkritik. Wer mag da das Mitbaden verweigern, bloß um auf der unmodernen Gewohnheit eines kritischen Bewußtseins zu beharren, aus dem diese anmaßenden Forderungen kommen? Wie bedrohlich die Situation werden kann, haben wir erlebt, als e i n Talisman allein es in der Rezession nicht mehr schaffte und die schöne Formel von der „Formierten Gesellschaft" ermattete. Warum nur hat er die politische Konkurrenz nicht zum Mitmachen eingeladen? Mußte die parlamentarische Demokratie in der ökonomischen Krisensituation mal wieder gestoppt werden, um den pluralisti-

---

6) Vgl. Joan Robinson, Über Keynes hinaus, Ausgewählte ökonomische Essays, Wien 1962, S. 147: „Bei der Darlegung der Beschäftigungstheorie ... zeigte Keynes, daß die Arbeitslosigkeit nicht bloß ein zufälliger Fehler in einem System des privaten Unternehmertums ist — sie hat eine Funktion, nämlich den Geldwert zu erhalten."

7) Gemeint ist hier nicht primär „Vergesellschaftung" im Sinne des Grundgesetzes, Artikel 15, sondern „Sozialismus" nach Auffassung des früheren Bundeswirtschaftsministers Schmücker: „Wer ... die konjunkturpolitische Steuerung auf den privaten Sektor abwälzen und diesen damit reglementieren, d. h. sozialisieren, will ... Ich würde so etwas einen getarnten, aber echten Sozialismus nennen." In: Protokoll des CDU-Bundesparteitags 1965, S. 244.

8) Zu dem von den Managern der Großindustrie in allen privatwirtschaftlich organisierten Industrieländern erhobenen Anspruch, im Sinne des Allgemeinwohls zu wirken, folgende dezidierte, z. T. sich erheblich widersprechende Auffassungen:
Helmut Arndt, Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Pfullingen 1966, S. 66: „Die Konzerne sind nicht mit dem ‚Wohl der Allgemeinheit' identisch."
Joan Robinson, Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft, München 1965 (London 1962), S. 172: „Wer gibt diesen Kerlen das Recht, über die Verteilung des Volkseinkommens zu bestimmen, und welches übermenschliche Wissen wäre erforderlich, um darüber zu wachen, daß sie es richtig verteilen?"
Dagegen Adolf A. Berle, Die kapitalistische Revolution des XX. Jahrhunderts, Meisenheim am Glan, 1958 (New York 1954), V. Kapitel, Korporativer Kapitalismus und die Civitas Dei, S. 152: „... die Korporationen ... die Rolle eines wesentlichen Gewissensträgers der amerikanischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert übernommen haben." S. 151: „... die Korporationsleitung (hat) eine beinahe absolute Macht. Und deshalb ist die einzige wirkliche Kontrolle, die ihre wirtschaftliche und sozale Tätigkeit lenkt und in Grenzen hält, die tatsächliche — wenn auch nicht definierte und stillschweigende — geistige Einstellung jener Männer, die an der Leitung beteiligt sind."

9) Vgl. Frankfurter Rundschau v. 8. 11. 1967, Nr. 260: „Blessing erwartet Konjunkturverbesserung". „Die Investitionen der Wirtschaft werden nach Ansicht des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Karl Blessing, in nächster Zeit wieder zunehmen." Und nach einem Hinweis auf „Anträge aus dem zweiten Investitionsprogramm der Bundesregierung": „Da sich die Kosten-Ertrags-Relation besserte, sei auch mit günstigeren Gewinnaussichten und damit einer größeren Investitionsneigung der Unternehmen zu rechnen."

10) In gleicher Weise bedauert Rüdiger Altmann auch, daß die „dubiose Formel" vom „Sozialstaat" in das Grundgesetz Eingang gefunden hat. Vgl. Das Erbe Adenauers, 1963, S. 115.

schen Gegenspieler des Kapitals [11]) an gefährlichen gesetzgeberischen Gegenzügen zu hindern, und war die faschistische Lösung (Formel: „Volksgemeinschaft") zu diskreditiert, um überhaupt erwogen werden zu können, so war doch angesichts der Unreife des törichten Volks der ehrenwerte Versuch der „moral suasion" [12]) von vornherein verlorene Liebesmüh. Da helfen nur z w e i Talismane, um endlich Ordnung zu schaffen. Arm in Arm können sie den sozialökonomischen Status quo garantieren und für seine Widerspruchslosigkeit — wenn auch nur in unserem Bewußtsein [13]) — sorgen, damit sich „auch politische Willensbildung exakt manipulieren läßt. Der Bundeskanzler als Wesir des Allgemeinen, während der zuständige Ressortminister seine Rolle als Wirtschaftskanzler des deutschen Volkes übernimmt".*)

In der Tat: Exakte Manipulation bahnt den Weg ins Freie, heraus aus dem unseligen Widerspruch zwischen demokratischem Gesetzgeber mit seiner immer zu befürchtenden sozial- und finanzpolitischen Labilität und dem immanenten Verantwortungsbewußtsein unserer kartellierten politischen und wirtschaftlichen Funktionäre. Heraus aus dem Gezerre zwischen politischer Gleichheit und ökonomisch-sozialer Ungleichheit! [14]) „Lähmung des Parlamentarismus" *) tut not. Besser: „Langes Siechtum" *) als faschistischer Kollaps! Die „Zeit" ist reif da-„für".*) Doch niemand soll sich täuschen. „Es handelt sich um eine wirkliche Lähmung, nicht mehr um den Druck, den eine starke Regierung auf das Parlament ausübt".*) Dennoch: Auch die größten Koalitionen sind endlich. Eine verläßliche parlamentarische Paralyse bedarf des „Gemeinsamen Ausschusses" in einer lebendigen Notstandsverfassung, damit die Bundesregierung über ein Instrument verfügt, das sie in allen wichtigen Fragen von einer nie mit letzter Sicherheit zu manipulierenden Parlamentsmehrheit unabhängig macht.[15]) Auctoritas non veritas facit legem! [16]) Damit scheint alle Kritik an der bloßen Schwächung der Oppositionsrolle im Parlament ebenso veraltet wie alles Gejammer über den Funktionsverlust des gesamten Parlaments überflüssig. Was wir bekommen haben, ist „Konzertierte Aktion", die als politische Formel allerdings zu ausschließlich auf die Bedürfnisse von Experten zugeschnitten ist, als daß sie das Gemüt des Volkes erwärmen könnte; zumal sie sich für die Öffentlichkeit jeweils in „Kommuniqués des Wirtschaftsministers" darstellt, die „gerade so straff formuliert sind, daß die Öffentlichkeit daraus die Übereinstimmung der Beteiligten vermuten darf, und unbestimmt genug, um keiner Gruppe einen Anlaß zum Ausscheren zu bieten. Die Zwischenräume werden mit Diskussionen ausgefüllt" *) Immerhin: Das Parlament

11) Vgl. Karl Loewenstein, Verfassungslehre, Tübingen 1959, S. 413: „Die große Wasserscheide in der pluralistischen Schichtung ist immer noch die zwischen Kapital und Arbeit, Betriebsführung und Arbeitnehmerschaft."
12) Hinweise über die wirtschaftspolitischen Methoden der „moral suasion" und der „konzertierten Aktion" bei Hans G. Schachtschabel, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, 1967.
13) Hans Magnus Enzensberger, Bewußtseinsindustrie, in: Einzelheiten, Frankfurt, 1962, S. 12/13: „Während der Periode der Primärakkumulation steht in allen Ländern die materielle Ausbeutung des Proletariats im Vordergrund . . . Kaum aber geht diese Periode ihrem Ende zu, so wird offenbar, daß Ausbeutung nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine Bewußtseinstatsache ist. Wer Herr und wer Knecht ist, das entscheidet sich nicht nur daran, wer über Kapital, Fabriken und Waffen, sondern auch, je länger, je deutlicher, daran, wer über das Bewußtsein der anderen verfügen kann . . . Materielle Ausbeutung muß hinter der immateriellen Deckung suchen und die Zustimmung der Beherrschten mit neuen Mitteln erwirken."
14) Vgl. H. Heller, Staatslehre 1934 (2. Aufl. 1961), S. 138: „Ein Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht ist kein Zustand, dem Dauer beschieden sein kann. Entweder muß die Staatsgewalt durch eine eigene ökonomische Machtfundierung die Möglichkeit bekommen, sich gegenüber den privaten Machtverhältnissen politisch zu verselbständigen, oder der Kampf der Wirtschaftsleiter muß den wenigstens vorläufigen Erfolg haben, daß sie die demokratische Gesetzgebung zu ihren Gunsten beseitigen." — Die extremste Variante dieser Gesetzmäßigkeit stellt im Zusammenhang mit der Schwere der Weltwirtschaftskrise die Beseitigung der politischen Demokratie durch den Nationalsozialismus bzw. allgemein durch den Faschismus dar.
15) Schon Carl Schmitt forderte Sicherung vor „konkret befürchtete(n) Gefahren" durch den Gesetzgeber. D. h. „gewisse Angelegenheiten und Interessen, die sonst Sache der einfachen Gesetzgebung waren, (sollten) vor diesem Gesetzgeber, d. h. vor wechselnden Parlamentsmehrheiten geschützt werden . . ." Der Schutz bestimmter „Minderheitsinteressen" . . . vor der jeweiligen Mehrheit wurde von ihm als „merkwürdiger Funktionswandel und eine gegen das demokratische Mehrheitsprinzip gerichtete Tendenz" betrachtet. „Während man im 19. Jahrhundert vor allem an den Schutz vor der Regierung dachte, hat man heute oft nur den Schutz vor der Gesetzgebung der Parlamentsmehrheit im Sinn." In: Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 24/25.
16) Vgl. Anm. 20.

darf noch diskutieren: „Statt der Prüfung von Gesetzesdetails könnte es die Aufgabe des Parlaments werden, den politischen Gehalt eines Gesetzes zu diskutieren".[17])

Trotzdem bleibt eine Lücke, die aber von der anzupreisenden Integrationsformel der „Hochmanipulierten Gesellschaft" zu schließen wäre, zumal sie erlaubte, sich auch in Zukunft noch an der „Bilderwand der traditionellen parlamentarischen Demokratie" *) zu erfreuen.

Hinter diese „Bilderwand" läßt sich auch der Widerspruch zwischen exakter Manipulation und pluralistischer Gesellschaft verbannen, und insofern leistet sie noch ihre guten Dienste. Dabei müssen natürlich ernsthafte Anstrengungen zur Vereinigung der Gegensätze durch Neudefinition des Pluralismusbegriffs unternommen werden. Von theoretischen Lehrgebäuden, denen zufolge Pluralismus etwas mit liberaler oder gar sozialer Demokratie zu tun hat, gilt es sich allerdings schleunigst zu befreien; Auffassungen, die von der landläufigen öffentlichen Meinung in der Nachkriegszeit nur allzu bereitwillig akzeptiert wurden, nachdem sie sogar in unser Grundgesetz Eingang gefunden haben. Das mochte noch hingehen, solange ungeordneter Volkswille auf der Basis einer anomal langen Konjunkturperiode vom Personellen her, der versunkenen Kanzlerdemokratie, gebändigt schien. Doch heutzutage entlarven sich diese Pluralismusinterpretationen als rettungslos veraltet. Es kommt wieder darauf an, „den Pluralismus richtig zu placieren" [18]), da nach Abflauen der Hochkonjunktur die Entfaltung der pluralistischen Gesellschaftsstruktur mit der Entfaltung ökonomischer Macht wiederum verschärft kollidiert. In solchen Perioden muß der auch sonst selbstverständliche Vorrang der Kapitalinteressen vor denen der Arbeit, und damit einer sehr kleinen Minderheit vor einer übergroßen Mehrheit, auch im Parlament durch institutionelle Vorkehrungen gesichert werden, die den parlamentarischen Gesetzgeber „wirklich lähmen". Sprachlich findet dieser Sachverhalt in einer „Komplementär"-Formel seinen Ausdruck, in der Pluralismus untergeordnet wird: „Pluralismus und Integration sind komplementäre Begriffe geworden, wobei Integration augenscheinlich den höheren Funktionswert besitzt".[19])

Immerhin verschwindet die organisatorische Vielfalt unserer Gesellschaft keineswegs, weshalb gegen eine kluge Weiterbenutzung der Pluralismusformel auch nichts einzuwenden ist, sofern nur in dezenter Weise darauf hingewiesen wird, daß es mit Zuständen und Möglichkeiten, die für die Vergangenheit des Pluralismus zutreffen mochten, jetzt und für die Zukunft vorbei ist: „In Wirklichkeit ist der pluralistische Charakter unserer Gesellschaft zwar ein unbestreitbarer Tatbestand, aber einer, der sich verändert".[20])

So wären Pluralismus und Manipulation glücklich vereint. Welcher Formel bei der gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung der Vorzug zu geben ist, hängt von der jeweiligen Konjunkturlage ab. Konjunkturtäler, auch „Talsohlen" genannt, werden die politische Integrationsformel in den Vordergrund rücken; das wäre nach der „Formierten" etwa die „Hochmanipulierte Gesellschaft", wenn, ja wenn angesichts des Spektakels außerparlamentarischer Gruppen die guten Absichten unserer Regierung sich voll und ganz realisieren lassen. Für ferneren Bedarf

---

17) Auffassung eines nicht namentlich genannten Autors unter dem Stichwort „Fragen einer Parlamentsreform" in: „Informationen zur politischen Bildung", Folge 124 Aug./Sept. 1967, Parlamentarismus II, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 31.

18) Carl Schmitt, Staatsethik und pluralistischer Staat (1930), in: Positionen und Begriffe, Hamburg 1940, S. 141.

19) Rüdiger Altmann, „Formierte Gesellschaft" in: Gesellschaftspolitische Kommentare vom 15. 8. 66.

20) In seinem unter Anm. 19 zitierten Aufsatz sprach Rüdiger Altmann seine Auffassungen über den Pluralismus deutlicher aus: Danach bildet nur der „überentwickelte Pluralismus" . . . den „Störungsherd". Da „die Regierung im Verteilerstaat mehr Recht auf Autorität als frühere parlamentarische Regierungen" fordern könne, wird für sie ganz offen die berühmte Formel von Hobbes in Anspruch genommen: „auctoritas non veritas facit legem".

stünden bei dem Reichtum unserer Sprache Ersatzformeln wie vielleicht „Hochmodellierte", „Durchprogrammierte", „Eindimensionierte" etc. Gesellschaft zur Verfügung. Auf den Höhen der Konjunktur könnten wir jeweils etwas freier atmen und stärker des unbestreitbar „pluralistischen" Schimmers unserer Gesellschaft inne werden. Über dererlei Wechselfälle hinweg mag der gelähmte Volkswille im paralysierten Parlament noch lange still vor sich hinsiechen. Aber wer die Lähmung des Volkswillens nicht will, muß sich auch gegen Bewußtseinsmanipulation durch die „Sprache der Politik" wehren.

Bücher

Politische Justiz: Freiheitsopfer

Hans Čopič, Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 275 S., Leinen 26 DM.

„Wenn eine Demokratie es unternimmt, sachlich zutreffende, kritische Meinungsbeiträge oder demokratiekonforme, oppositionelle Aktionen wegen der staatsfeindlichen Zielsetzungen ihrer Urheber oder der von diesen in Kauf genommenen, staatsfeindlichen Folgewirkungen aus dem politischen Prozeß zu eliminieren und die Urheber strafrechtlich zu maßregeln, trifft sie da nicht Anstalten, sich selbst auszutrocknen?" Der Autor, der diese Frage (S. 180) stellt, hat sie auf allen Seiten seines Buches mit einem klaren, verfassungsrechtlich belegten Ja beantwortet. Čopič hat die Herausgabe seiner als erste rechtswissenschaftliche Monographie über das politische Strafrecht der Bundesrepublik anzusprechenden Arbeit nicht mehr erlebt; er starb mit 29 Jahren an einer tückischen Krankheit. Dem Verlag und den Professoren Ridder und Grünwald ist es zu danken, daß der als Dissertation vorgelegten Untersuchung nicht nur ihr besonderer Rang zuerkannt, sondern auch öffentliche Verbreitung gesichert wurde.

Čopič geht auch auf die politische Anamnese dieser Gesetze ein, deren Zielsetzung — ursprünglich gegen wiedererwachenden Faschismus gerichtet — während der Korea-Krise des Jahres 1951 immer deutlicher sich gegen links wendete. Die so geschmiedete „Waffe, um im Kalten Krieg zu bestehen" (MdB Haasler), ist — was bei Čopič leider nicht ganz deutlich wird — von Anbeginn dazu benutzt worden, die politischen Gegner der von Konrad Adenauer mit dem Attribut der Wiederbewaffnung betriebenen Westintegration mit dem Odium des Kriminellen zu versehen — durch gerichtliche Feststellung ihrer Gesinnungsverwandtschaft mit den a priori staatsfeindlichen Kommunisten. Die strafrechtliche Verfolgung gesamtdeutscher Kontakte außerhalb des von den politischen Eckpfeilern der Alleinvertretung und Nichtanerkennung abgesteckten Feldes (jenseits der Befreiungs- und Übernahme-Thesen also) hält bis heute an.

Richtig läßt der Autor die Bestimmungen des Hoch- und des Landesverrats außerhalb seiner Untersuchung und konzentriert sich auf die im Abschnitt Staatsgefährdung des Strafgesetzbuchs ins Vorfeld des Hochverrats vorgeschobenen und die im Vereinsgesetz beschriebenen Tatbestände und Deliktsfolgen. Einbezogen werden außerdem die Bestimmungen der im Abschnitt Landesverrat rechtssystematisch verfehlt eingeordneten Agententätigkeit sowie über die Geheimbündelei und über Kriminelle Vereinigungen. Bis auf diese letzte, die er als problematisch kennzeichnet, kommt Čopič bei all diesen dem Staatsschutz dienenden Normen zu dem Ergebnis: sie sind verfassungswidrig. Vor allem sieht er die in

den Artikeln 3, 4 und 5 garantierten Grundrechte beeinträchtigt: die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung. Čopič führt den Nachweis an einer Reihe von Beispielen aus der Rechtsprechung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs, die entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung zum Gesinnungsstrafrecht gehabt haben. Als Exempel dient ihm unter anderen die Bestimmung des § 93 StGB, die Herstellung und Verbreitung sogenannter verfassungsverräterischer Publikationen mit Strafe bedroht. Nun haben wir es auch hier mit einem höchst umstrittenen und vage formulierten Tatbestand zu tun; er steht im Widerspruch zur Informations- und Meinungsfreiheit. Aber immerhin ist festgehalten, daß für die Strafbarkeit der Verbreitung von Schriften eine Voraussetzung erfüllt sein muß: sie müssen verfassungsverräterisch sein. Dieser und andere Individual-Tatbestände sind jedoch durch das sogenannte Organisationsdelikt überlagert und aufgesogen worden. Es erfolgt nämlich Bestrafung auch für die Verbreitung nicht verfassungsverräterischer Publikationen, denn: „Ohne Rücksicht auf den Inhalt einer kritischen Meinungsäußerung kann der Kritiker politischer Zustände in der Bundesrepublik Deutschland und der Entscheidungen ihrer verantwortlichen Politiker wegen Verstoßes gegen § 90 a (Verstoß gegen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, d. Verf.) belangt werden, wann immer die Sonderstrafkammern oder der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs dafürhalten, daß in der inkriminierten Meinungsäußerung sowohl objektiv wie subjektiv eine Förderung der KPD liegt" (S. 178).

Daß eine fördernde Wirkung beabsichtigt war oder doch in Kauf genommen wurde, wird von den Staatsschutzkammern im allgemeinen bei Kommunisten unterstellt. Für die Erfüllung des Tatbestandes ist jedoch weder erforderlich, „daß der Täter dem Verband der verbotenen Partei angehört oder auf ihre Weisung hin oder in Absprache mit ihr gehandelt oder auch nur mit ihr in Beziehungen gestanden hat" (BGHSt 18, 296, Čopič S. 179). Daß diese Spruchpraxis einer Gesinnungsverfolgung gleichkommt, hat die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg inzwischen in einem Urteil vom 11. Juli 1967 bestätigt. Die Arbeit geht jedoch über eine Einzelkritik der Staatsschutzbestimmungen und ihre Anwendung weit hinaus. Den Kern der verfassungswidrigen Staatsschutzpraxis sieht Čopič in der herrschenden Lehre der Theorien über „immanente Schranken" der Grundrechtsausübung. Sie beruft sich auf Art. 2 GG, Satz 1, als „Muttergrundrecht", der die freie Entfaltung der Persönlichkeit insoweit nur zulasse, als sie nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt. Čopič zitiert hier das Bundesverwaltungsgericht mit der in ständiger Rechtsprechung erhärteten These, es gehöre zum „Inbegriff aller Grundrechte, daß sie nicht in Anspruch genommen werden dürfen, wenn dadurch die für den Bestand der Gemeinschaft notwendigen Rechtsgüter gefährdet werden" (S. 21).

Dieser Theorie stellt Čopič die Artikel 9, 18 und 21 der Verfassung gegenüber, um sie auf ihren Wesensgehalt zu untersuchen. Bei den hier enthaltenen Freiheitsgarantien seien die für politische Parteien (Art. 21 GG) zweifellos die weitestgehenden. Ihre politische Tätigkeit ist geschützt, solange nicht das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil ihre Verfassungwidrigkeit festgestellt hat. Das hierin enthaltene sogenannte „Parteienprivileg", so interpretiert Čopič, sei in Wahrheit jedoch eine Vereinsdiskriminierung: denn politischen Vereinigungen, die nicht Parteien sind, steht gegen den jederzeit möglichen Zugriff der Exekutive mit der Begründung, sie seien verfassungswidrig, nur der Weg der Verwaltungsklage offen. Nach der anfangs vertretenen exlege-Theorie galten Vereinigungen, deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete (Art. 9 GG), als a priori verboten. Vor dem Hintergrund des Gleichheitsprinzips hält Čopič auch über die Verfassungswidrigkeit von politischen Vereinigungen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für geboten.

Čopič sieht diese Benachteiligung politischer Vereinigungen nicht nur den Parteien, sondern auch individueller staatsbürgerlicher Aktivität gegenüber gegeben: denn die Grundrechte der Meinungsäußerungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit können dem Staatsbürger, der sie zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, ebenfalls nur durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingeschränkt oder entzogen werden (Art. 18 GG).

In der Verfassungswirklichkeit ist jedoch gerade dieses für die Suspendierung von

Grundrechten vorgeschriebene Verfahren durch das politische Strafrecht neuer Art umgangen und ausgehöhlt worden. Ohne das Institut des Artikels 18 der Verfassung je zu bemühen, haben die Strafgerichte durch Tausende von Staatsschutz-Urteilen tief in die Grundrechtsgarantien eingegriffen. Dabei sind die mit der Regelstrafe des Freiheitsentzuges auferlegten Sanktionen sogar einschneidender.

Hans Čopič hat mit seiner Arbeit den durch Staatsraison-Denken verstellten Blick auf den Inhalt der Verfassung wieder freigelegt. Es wird unmöglich sein, die bevorstehende Reform des politischen Strafrechts nicht an den von ihm erkannten und klar formulierten Kriterien zu messen. Sein Grundgedanke: „Nicht die Verfassung hat sich vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Erfordernissen zu beugen, vielmehr müssen die politischen Machtbedürfnisse im Rahmen der Verfassung befriedigt werden" (S. 224). Gesagt und geschrieben wurde das schon häufig. Mit diesem Buch wurden jedoch Instrumentarium, Material und Methodik beschrieben und abgegrenzt, die allein zum Schutz der Verfassung zulässig sind.

Lutz Lehmann

„Die repressive Universität"

Gerd Wille mit Autorenkollektiv der SDS-Gruppe Bonn, Die repressive Universität. Probleme der Hochschulreform als Ausdruck der Widersprüche des organisierten Kapitalismus Westdeutschlands. Die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben fortschrittlicher Studenten. Hrsg. v. SDS, Gruppe Bonn (Jan. 1968), 87 S., 3,— DM. Zu beziehen von Eckehart Basten, 53 Bonn, Gregor-Mendel-Str. 27.

Wer sich über die politische Bewegung unter Westdeutschlands Studenten vorwiegend aus der Presse informiert, den mag's zwischen Ärger, Schmunzeln und Entsetzen hin- und herziehn, sei's ob offenbar infantiler Späße, von denen er liest, sei's ob „offen faschistischer Terrorakte" — in jedem Falle wird ihm der Eindruck neurotisch irrationalen, einsehbarer Artikulation unfähigen, folglich auf Terror angewiesenen Gebrodels insinuiert — unverständlich, schrecklich, maßnahmeerheischend.

Nur wenige hierzulande kennen die Ursache, Gründe und — soweit sie sich unter den deformierenden Bedingungen unserer Gesellschaft überhaupt schon konkretisieren lassen — die Ziele der studentischen Opposition, obwohl sie in einer ansehnlichen Literatur reflektiert und nachzulesen sind. Gerühmte Exempel: die SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie" und der von Stephan Leibfried herausgegebene Sammelband „Wider die Untertanenfabrik, Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule".

Leider aber hat verzerrte Einschätzung der Studentenbewegung und ihrer gesellschaftlichen Funktion zeitweilig auch innerhalb der studentischen Opposition eine gewisse theoretisch-strategische Konfusion gezeitigt, eine Verabsolutierung des für bundesrepublikanische Verhältnisse eher untypischen Berliner „Modells" z. B. und — von dort bezogen — eine Überschätzung der politischen Rolle und Möglichkeiten der Universitätsrevolte, eine Vernachlässigung der gesamtgesellschaftlichen Perspektive antiautoritärer und neuerdings auch antikapitalistischer Opposition.

Beide Fehlentwicklungen bleiben zu keiner Zeit unwidersprochen; die vorliegende Schrift des SDS Bonn ist als wichtiger Anhaltspunkt dafür anzusehen, daß der Zirkel der Konfusion durchbrochen wird. Ihre eigene Politik stößt die Studentenbewegung zunehmend schmerzhaft auf die gesellschaftlichen Realitäten hin; die verschärfte Repression der aufgeschreckten Autoritäten zwingt, nach außeruniversitären Bundesgenossen Ausschau zu halten — und läßt dabei andere Opfer staatsmonopolistischer Herrschaft neu ins Blickfeld geraten; es zeigt sich: kein Weg antikapitalistischer Opposition führt an der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse vorbei.

Die Bedeutung, die der gesamtgesellschaftlichen Perspektive oppositioneller Studentenpolitik beizumessen ist, unterstreicht bemerkenswert deutlich bereits der (deshalb so lange) Titel der Bonner SDS-Studie. Was diese Klarheit der Perspektive doppelt beachtenswert macht: die „Repressive Universität" ist die erste größere west-

deutsche (also nicht Westberliner) Studenten-Studie, in der die veränderte Praxis der Studentenbewegung als veränderte theoretische Einstellung sich niederschlägt; was sich hier anbahnt, ist die politische Theorie einer unmittelbar demokratischen Praxis.

Es ist symptomatisch, daß die Bonner Studie ihren Anlaß in hochschulpolitischer Praxis hat: in einem von über 2000 Studenten, den Verfügungen des Rektors zuwider, veranstalteten „Anti-Dies" — als Kontrastprogramm gegen akademische Selbstbeweihräucherung. Die Basis dieser Aktion bot übrigens eine bisher noch spezifisch Bonner Errungenschaft, die „Studentengewerkschaft". Eben weil in Konsequenz dieser wichtigen Bonner Entwicklung die hochschulpolitische Perspektive der SDS-Schrift durchgängig syndikalistisch ist, sollten künftige Bearbeitungen detaillierter auf die Syndikalismus-Parlamentarismus-Problematik eingehen. Solche Mängel zeigen: die Eile der Verfasser, Reflex der politischen Aktualität, ist nicht ohne Spuren in dieser Schrift geblieben (und die unerwartet heftige Nachfrage zwang zu einer sofortigen, unverbesserten Neuauflage) — sie darf zugleich als deren vorläufige Entschuldigung gelten. Die angekündigte — wesentlich erweitere und umgestaltete — Neubearbeitung wird, so steht zu wünschen, die Eierschalen hastigen Formulierens, die gelegentlichen Brüche und Dopplungen der Gliederung, manche begriffliche Unklarheit und vor allem das alte SDS-Übel, die überflüssigen Gespreiztheiten eines manirierten Soziologenwelschs, überwinden. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Ausbau des — bereits heute beachtlichen — Belegmaterials (erstaunliche Konkreta aus Bonner Universitätsverhältnissen in den Anmerkungen!) — einige Kurzschlüsse in der Argumentation lassen sich zweifellos beheben. Wie die Verfasser der „Repressiven Universität" mitteilen, sind Hinweise und Verbesserungsvorschläge sehr erbeten.

Die Studie gliedert sich in zwei große Teile; erstens: „die Hochschule als feudaler Anachronismus und als wissenschaftliche Filiale der Großindustrie", und zweitens: „die Alternative der Studenten — demokratische Hochschulreform". Die doppelte Bestimmung der negativen Hochschulrealität im ersten Abschnitt ist Ausdruck jener doppelten Front, gegen die die demokratischen Studenten ankämpfen; zum einen gegen die archaischen Relikte der Feudaluniversität, zum anderen gegen deren repressive Funktionalisierung, spätkapitalistischen Erfordernissen gemäß, durch die Maßnahmen der Monopole. Und: so lange noch wohlmeinend liberale Studentengruppen naiv auf die Reformpantomimen der Herrschenden fixiert bleiben, besteht die Gefahr einer systemstabilisierenden Kanalisierung der antiautoritären Bewegung.

Der erste Teil der SDS-Studie beginnt mit einer Unterscheidung der drei gesellschaftlichen Funktionen westdeutscher Universität: erstens als Institut für Freizeitgestaltung parasitärer Oberschichten (in „L'art pour l'art"-Fächern wie Indologie oder Kunstgeschichte. Mißverständnissen vorgreifend wird betont: „Die Funktionen akademischer Disziplinen sind nicht losgelöst vom ökonomisch-politischen Zusammenhang definierbar, gelten also hier nur für die spätkapitalistische westdeutsche Gesellschaft. Damit sind keinerlei Aussagen gemacht, welche Funktionen die akademischen Disziplinen in einer demokratischen Gesellschaft gewinnen könnten." S. 1) Zweitens und drittens dient die Universität in der Bundesrepublik als Elitenberufsschule und Ideologiefabrik. Diesem Überblick über die Funktionen der Hochschule folgt eine Darstellung ihrer feudalen Struktur, des hierarchischen Lehrkörper-Aufbaus und der Ohnmacht einer zwangsinkorporierten Studentenvertretung demgegenüber; sinnlich erfahrbar wird diese Struktur in den Irrationalismen akademischer Rituale, leerlaufender Lehrveranstaltungen. Lernt der Student — durch solche Erfahrungen provoziert — die Unfähigkeit der westdeutschen Universität kennen, ihrem eigenen Anspruch auf kritische Wissenschaftlichkeit gerecht zu werden — dies der eine Anstoß studentischer Opposition —, so kann er im dritten Abschnitt der Wille-Schrift einiges über die Gründe universitärer Unfähigkeit (und über die Gründe ihrer Duldung: wem nützt diese Universität!) erfahren, über den „Einfluß des Monopolkapitals auf die Hochschulen", die „Verbindliche Solidarität der Ordinarien mit den politisch-ökonomischen Spitzen", über deren Manipulation, verdeutlicht in der konkreten Analyse der wissenschaftspolitischen Instrumente des Kapitals — vom „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft" bis hin zum „Wissenschaftsrat".

Die Verfasser der „Repressiven Universität" erkennen in den vom „Wissenschaftsrat" artikulierten Bestrebungen der Monopole den eigentlichen Gegner demokratischer Studenten — und widmen ihm die gebührende Aufmerksamkeit. In detaillierter Kritik der „WR-Empfehlungen" reduzieren sie das reform-demokratische Pathos auf seine unerfreuliche Substanz: das Ideal der „akademischen Hähnchenfabrik". Bevor die Studie zum zweiten Teil, der „Alternative der Studenten", übergeht, faßt sie so die „Alternative" der Monopole zur Feudaluniversität zusammen: „Parasitäre Oberschicht versus Hochschulgammelei. Effizienzsteigerung versus Effizienz"! Die Ausführungen über die gesamtgesellschaftliche Funktion der gegenwärtigen Universität gewinnen in der Bonner SDS-Untersuchung deshalb besonderen Wert, weil sie hier als wissenschaftliche Grundlage der Ableitung oppositioneller Strategie zur Praxis dienen.

Wenn im zweiten Teil der Schrift dennoch an sich utopische Überlegungen recht ausführlich ausgebreitet werden, ein „Modell für eine demokratische Hochschule innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft", im wesentlichen eine Synthese bisheriger studentischer Reformvorschläge, dann mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, es handele sich um ein „Modell" zur Erst-Orientierung. Erst am — utopischen — Modell einer „demokratischen Hochschule" innerhalb der bestehenden Gesellschaft könne sich „der Kampf der Studenten ... entzünden ..., weil nur mit diesem Modell die Interessen der gegenwärtig Studierenden gepackt werden können." (S. 49) Aber es bleibt klar: wie ernsthafte Opposition gegen die kapitalistische Universität notwendig auf die Solidarisierung mit der Arbeiterklasse hintreibt, so wird „zugleich mit dem Übergang zur objektiven Interessensolidarität mit der Arbeiterklasse ... das Zielmodell inhaltlich überholt: Denn die Realisierung der ‚demokratischen Universität in der kapitalistischen Gesellschaft' ist als unmöglich erkannt! Ziel wird, außeruniversitäre Bedingungen zu erkämpfen ..." (S. 51)

Die Analyse der materiellen Bedingungen einer Hochschulreform konkretisiert sich konsequent in „Bemerkungen zur Interessenkonstellation der einzelnen bei der Hochschulreform involvierten Gruppen. — Professoren. Studenten. Nichtordinarien. Industrielle. Technologische Intelligenz (deren hoher politischer Bewertung vielleicht eine zu wenig kritische Aufnahme Gorzscher Thesen zugrunde liegt). Arbeiterklasse."

Im Anhang der Schrift eine Bibliographie — und „26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung der SDS-Gruppe Bonn". Auf deren kompromißlos marxistischer Basis fußt der vorliegende Versuch, die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der fortschrittlichen Studenten schärfer bewußt zu machen, denn „die Universität ist nicht die einzige Sphäre der Gesellschaft, wo rationale Umgestaltung die Grenzen des Systems als Ganzes in Frage stellt. Dieser Umstand verweist darauf, daß der solidarische Kampf der Basen jeder einzelnen Sphäre durchaus Erfolg haben könnte" (S. 20) — und auch darauf, daß es nicht nur für Studenten wichtig sein mag, sich die Mühe einer Lektüre der „Repressiven Universität" zu machen!

Für die kritischen Studenten von 1968 formuliert die neue Bonner SDS-Schrift ihre Rolle und Aufgabe so: „Solange Effizienzsteigerung durch Eliminierung des Monopolkapitals aus der Universität eine Illusion ist, müssen wir fordern, die Universität zu einer Insel der Unruhe (entgegen des Bonner Kunsthistorikers Prof. Lützeler reaktionärer Utopie von der „Insel der Ruhe" — B. C.) zu entwickeln, der die Freiheit übrig ist, die Bedingungen der Wissenschaftsverwertung kritisch zu reflektieren." (S. 44) Dem wird wohl auch zustimmen müssen, wer die Konsequenz, „daß die Studenten sich an der Universität zur Zeit nur im Kampf gegen sie (und um eine neue) bilden können" (S. 47), nicht nachvollziehen mag. Denn: „Die Studenten haben keine Zeit mehr zu verlieren. Sie haben eine Universität zu gewinnen." Hier trifft sich das Interesse der demokratischen Studenten mit dem aller Demokraten in diesem Lande.

Bernd Carlo

Gesellschaft und wirtschaftliches Wachstum

Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Soziologische Texte, Bd. 42. Luchterhand-Verlag, Neuwied 1966, 416 S., Leinen DM 36,—, Studienausgabe DM 26,—

Das Hauptergebnis der Untersuchung Barans ist, „daß das Institut des Privateigentums ... in unversöhnlichem Widerspruch steht zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Menschen in den unterentwickelten Ländern, zum Wachstum, zur Entwicklung und zur Befreiung der Menschen in den hochentwickelten Ländern" (S. 50).

Als „Werkzeug" (S. 108) seiner Analyse ist der Begriff des „volkswirtschaftlichen Überschusses" von zentraler Bedeutung. Als „tatsächlichen" Überschuß (S. 81) bemißt er die Differenz zwischen der Produktion und dem Verbrauch der Gesellschaft, d. h. der Erweiterung des Produktionsapparates (Akkumulation). Allerdings wird nicht ganz einsichtig, warum Baran diese Definition anstelle des bekannten Marxschen „Mehrwerts"-Begriffs verwendet und was sie ihm voraus hat. Vor allem ist der Gebrauch dieses Begriffes durch Baran im weiteren Verlauf der Untersuchung verwirrend. Ist er einmal „identisch mit der laufenden Ersparnis oder Akkumulation" (S. 81), so gehören ein anderes Mal „großzügige Gehälter und Zulagen für leitende Angestellte, ... Honorare für Anwälte ... Experten der Öffentlichkeitsarbeit ..." usw., also Produktionskosten, dazu. Der „potentielle" volkswirtschaftliche Überschuß umfaßt den Unterschied zwischen der Produktion, „die in einer gegebenen natürlichen und technologischen Umgebung mit Hilfe der zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen erreicht werden könnte, und dem, was als lebenswichtiger Verbrauch angesehen werden kann" (S. 83).

In drei Schwerpunkten, dem Wachstum in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, dem Wachstum in den schwachentwickelten Ländern und den Wachstumsproblemen sozialistischer Länder, führt er den Nachweis für die Richtigkeit seiner Theorie.

An den Begriff des potentiellen volkswirtschaftlichen Überschusses knüpft die Kritik am modernen hochentwickelten Kapitalismus an. Seine irrationale Struktur ist es, die zu Verschwendung aller Art, zu unvernünftigem Einsatz der Produktionsmittel, Arbeitslosigkeit und der Entstehung unproduktiver Arbeit (militärische Produktion, verschiedene Luxusgüter, ein Teil der Werbung, Produktion sich schnell abnutzender Güter usw.) führt und die Realisierung des potentiellen volkswirtschaftlichen Überschusses verhindert.

Baran untersucht die Wachstumsbedingungen des klassischen Konkurrenzkapitalismus und kommt zu dem Ergebnis, daß die Monopolisierung und Oligopolisierung, mag sie auch zu einem bestimmten Zeitpunkt wachstumsfördernd gewesen sein, heute zur Nichtausnutzung technischen Fortschritts und zur relativen Einschränkung von Investitionen führt. Während die Profite der monopolistischen Unternehmen außerordentlich hoch sind, verengt sich der Bereich, in dem für die Firmen neue ertragreiche Investitionen getätigt werden können. Es kommt zu einer relativen Einschränkung des Investitionsvolumens und in der Folge tendenziell zu Stagnationen. Die Regierungen versuchen dem durch Steigerung unproduktiver Ausgaben entgegenzuwirken. Eine weitere Kompensationsmöglichkeit besteht in der Verstärkung der wirtschaftlichen Expansion auf Auslandsmärkte. Dabei spielt die Unterstützung durch die Regierung der kapitalistischen Staaten eine wachsende Rolle. Wie auch die marxistische Wissenschaft betont, führt die Aufrechterhaltung der anachronistischen kapitalistischen Strukturen einmal dazu, daß die Kluft zwischen dem, was eine Wirtschaft technisch leisten könnte, und dem, was sie effektiv leistet, immer größer wird, zum anderen die Gefahr militärischer Gewaltanwendung wächst.

Sein zweiter thematischer Schwerpunkt behandelt die Wachstumsbedingungen in den unterentwickelten Ländern und den Einfluß, den die Expansion ausländischer Unternehmen ausübte und ausübt. Die Ausdehnung der monopolisierten ausländischen Privatunternehmen, das zum Teil gewaltsame Öffnen der Grenzen für die Produkte des industriellen Westens verhinderte die Entwicklung eigenständiger Industrien, für die ein aufnahmefähiger Binnenmarkt Grundbedingung ist. Die Dritte Welt wurde so zu einer Art Anhängsel an den Binnenmarkt der entwickelten kapitalistischen Länder. Die monopolisierten Unternehmen

eignen sich einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Überflusses der Entwicklungsländer an, der ins Ausland transferiert oder von der sich entwickelnden einheimischen Kompradorenbourgeoisie als Luxuskonsum verbraucht wird. Der Aufbau von einzelnen Industriezweigen, die vorwiegend dem Export von Grundstoffen dienen, wurde häufig durch den Export von Rohstoffen finanziert und die benötigten Investitionsgüter in den entwickelten Ländern des Westens gekauft, so daß auch der Wachstumsanreiz durch Investitionsnachfrage entfiel. Die zur Erschließung des Landes getätigten Infrastrukturinvestitionen werden den Bedürfnissen der ausländischen Firmen angepaßt und bleiben Fremdkörper in der sozialökonomischen Struktur der Entwicklungsländer. Um ihre Position politisch und ökonomisch behaupten zu können, verbündet sich die an ausländische Interessen gebundene Kompradorenbourgeoisie mit den Kräften des Feudalismus und verhindert so die Entstehung einer den Bedürfnissen des Landes angepaßten nationalen Industrie. Die Folge ist, daß die Vorrechte der feudalen Oberschicht aufrechterhalten bleiben und insbesondere der landwirtschaftliche Überschuß in den Luxuskonsum dieser Kreise fließt, statt der Entwicklung des Landes zugute zu kommen.

Der Einfluß der kapitalistischen Industrieländer verhindert somit das Wirksamwerden all jener Faktoren, die einstmals zum raschen Wachstum der Industrieländer selbst geführt hatten. Der enge Zusammenhang zwischen der Struktur der kapitalistischen Länder und dem Wachstum der Entwicklungsländer ist ein wichtiger Aspekt in Barans Buch: Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sind nicht nur national, sondern auch international zu einem Hemmnis der Entwicklung geworden. Wichtige Folgerungen ergeben sich aus diesen Überlegungen für den ökonomischen und politischen Weg der unterentwickelten Nationen.

Im Anschluß daran werden einige Bedingungen des Wachstums in sozialistischen Ländern untersucht. Im Zentrum steht dabei das Problem, wie die Entwicklungsprogramme unterentwickelter Länder aussehen müssen, die sich für sozialistische Eigentumsverhältnisse entschieden haben. Die Tatsache, daß solche Länder sich bei ihrem Aufbau auf die Hilfe bereits bestehender sozialistischer Länder stützen können, ist geeignet, Spannungen, die sich aus einer forcierten Industrialisierung ergeben, abzumildern.

Mit der Veröffentlichung des 1957 erstmals erschienenen Werkes des Amerikaners Baran in deutscher Sprache hat der Luchterhand-Verlag zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Bereicherung der sozialwissenschaftlichen Diskussion geleistet. Jeder, der an wissenschaftlichen Auseinandersetzungen interessiert ist, wird es begrüßen, daß insbesondere auf dem Gebiet der Wachstumstheorie der bürgerlichen Wissenschaft eine Darstellung entgegengestellt wird, die Wachstum nicht nur unkritisch als technologischen Prozeß begreift, sondern es in seinen politischen und sozialen Bezügen sieht. Aus Barans Betrachtungsweise ergeben sich Konsequenzen für die gesellschaftlichen Ordnungen, in denen sich wirtschaftliches Wachstum vollzieht. Damit kritisiert er gleichzeitig die bürgerliche Ökonomie, die sich in dem Maße, wie das kapitalistische System irrational wurde, „von Vernunft und Geschichte" (Seite 57) trennte.

Jörg Goldberg

Griechische Tragödie

Basil P. Mathiopoulos, Athen brennt. Der 21. April 1967 in Griechenland. Schneekluth Verlag, Darmstadt 1967, 224 S., Paperback, 9,80 DM.

Dieser Augenzeugenbericht über den Putsch und seine Hintergründe, so wird auf dem Buchdeckel bescheinigt, ist der erste, der in der freien Welt erscheint. Das aber stimmt nur, wenn man sein Format zum Kriterium dieses Berichtes erhebt. Denn inhaltlich bestätigt er im wesentlichen, was die Presse der „freien Welt" von jenem griechischen Freitag bereits zu berichten wußte: Es putschte eine Offiziersclique unter dem Obersten der Artillerie Georg Papadopoulos; sie mißbrauchte dazu den für den Fall eines kommunistischen Angriffes von außen erarbeiteten Generalstabsplan „Prometheus"; ihre Behauptung, einem drohenden kommunistischen Aufstand zuvorge-

kommen zu sein, blieb bislang eine solche; der König hat sich — wie mancher andere — übertölpeln lassen; seine Mutter, die Preußin Friederike, riet zum Arrangement, und die Amerikaner begnügten sich — wie viele andere — mit einer Zuschauerrolle, zumal man allgemein mit einer legalen Machtergreifung für den Fall rechnete, daß die Zentrums-Union unter Georg Papandreou in den Wahlen vom 28. Mai die absolute Mehrheit erringen würde — und das stand zu „befürchten"! Das alles war dem, der wollte, schon bekannt; auch von den erstaunlichen und von den empörenden Maßnahmen der Junta lasen wir bereits. Deshalb aber ist es keineswegs falsch, es bleibt vielmehr unerläßlich, diesen eklatenten Fall von Militärdiktatur immer wieder zur Sprache zu bringen, und gerade darin, nicht jedoch in einer fraglichen Priorität, hat der vorliegende Augenzeugenbericht seine Meriten; es ist sehr dienlich, ihn als Buch parat zu haben. Zu diesem Format bereitet Mathiopoulos seine Schilderungen dadurch auf, daß er sie formal nicht ungeschickt verknüpft mit zwei historischen Kapiteln und mit seiner persönlichen Story, die er zu einem verhinderten griechischen Fall Mindszenty emporwürdigt (S. 126, 133, 135) und die ihn zu allerlei Abschweifungen und zu Artigkeiten für die Bonner Diplomatie verführt: Basil P. Mathiopoulos, Historiker und Journalist aus Berufung (S. 109), ein persönlicher Freund Georg Papandreous, ist mit einem bundesrepublikanischen Fernsehteam gerade in Athen, soll verhaftet werden, bekommt per Telex des Außenministers Asyl in der Botschaft der BRD und kann ausfliegen.

Wichtiger dagegen und stringenter sind die historischen Kapitel, in denen der Autor den 21. 4. einmal in die griechische Nachkriegsgeschichte, zum anderen in die sehr zögernde Entwicklung in Richtung eines parlamentarisch-demokratischen Staatswesens (S. 155) in Griechenland seit 1453 einordnet. Hier stören die fehlenden Quellenangaben, die dem Autor zu Einzelheiten etwa des Ränkespiels, der Verhaftungen und des Widerstandes in der Gegenwart wohl erlassen werden müssen; auch einen Index vermißt man — doch sind das nebensächliche Mängel eines lebendig geschriebenen und, wie gesagt, nützlichen Buches. Sein entscheidender Mangel beruht auf der als solcher unausgesprochenen weltanschaulichen Voraussetzung von der Freiheit des freien Westens. Ihr zufolge ist für Mathiopoulos Griechenland, auch wenn es sich oft im Grenzgebiet des Parlamentarismus bewegte, ohne jeden Zweifel mit Recht immer zu den freien Demokratien des Westens gezählt worden (S. 17), obgleich er selbst von der krassen Armut des Volkes, der Prasserei des Hofes (S. 83 ff), den merkwürdigen „demokratischen" Praktiken der Nachkriegsregierungen zu berichten weiß (S. 182 ff). Mathiopoulos operiert also mit einem formalen Freiheitsbegriff als dem entscheidenden Kriterium für Herrschaft und Verfassung; mit ihm ist die Welt leicht in jene bekannten Hälften, die freie und die unfreie, einzuteilen; mit ihm reduzieren sich allerdings Faschismus und Kommunismus und Nasserismus gleicherweise schlicht auf eine Diktatur (vgl. S. 67, 71, 79, 117, 205). Dieser mangelnden begrifflichen Klärung entspricht die mangelnde historische Einsicht; Mathiopoulos' klassische ideologische Perspektive läßt ihn auf die Frage beispielsweise: warum, wenn Militärdiktaturen innerhalb der NATO ... keine Zukunft haben (S. 130), in Griechenland eine solche immer noch an der Macht ist, keine andere Antwort finden als diese: Eben weil sie die Macht in der Hand hat (S. 201). Er wird unfähig, die durchaus gesehenen Einzelphänomene zu verbinden und befriedigend zu deuten. So ist es wenig fruchtbar, doch nur allzu typisch, ein „Vietnam ante portas Europae!!" (S. 76, 222) und die „größte moralische Krise der NATO" (S. 78) zu beschwören und von daher den Alliierten in Person eine gewisse Verantwortung nahezulegen (vgl. S. 48 ff, 222). Als ginge es nicht um das System, das den Militärs Waffen und Pläne gegen die „Unfreiheit" — den Kommunismus, natürlich — an die Hand liefert und im selben Rahmen reaktionäre Diktaturen eben der Militärs keineswegs verhindert. — Ein Bericht zum 21. 4. in Griechenland liegt vor — die Analyse steht aus. Der Kern der griechischen Tragödie wurde nicht rücksichtslos bloßgelegt.

Gisela Miller

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

John Millar, Vom Ursprung des Unterschieds in den Rangordnungen und Ständen der Gesellschaft. Einleitung von William C. Lehmann. Aus dem Englischen von Herbert Zirker. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 275 S., Paperback 8,— DM (Reihe „Theorie I").

Lothar Schneider, Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Heim- und Fabrikarbeiters. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 166 S. mit 19 Tab. und 4 Schaubildern, br. 28,60 DM (Beitrag zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Heft 4).

Partner von morgen? Das Gespräch zwischen Christentum und marxistischem Atheismus. Herausgegeben von Hans-Joachim Girock. Kreuz-Verlag, Stuttgart, 82 S., kart. 3,50 DM. — Enthält u. a. Beiträge der Professoren Helmut Gollwitzer (Berlin), Josef Hromadka (Prag) und Cesare Luporini (Florenz).

Harry Pross, Moral der Massenmedien. Prolegomena zu einer Theorie der Publizistik. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 240 S., Ln. 18,50 DM.

Erziehung zur Anpassung? Eine soziologische Untersuchung der politischen Bildung in den Schulen von Egon Becker, Sebastian Herkommer und Joachim Bergmann. Mit einem Vorwort von Theodor W. Adorno und Ludwig v. Friedeburg. Wochenschau Verlag, Schwalbach bei Frankfurt, 208 S., Paperback 18,80 DM.

Fritz Helling, Neue Politik — Neue Pädagogik. Lehren für uns Deutsche. Verlag Schule und Nation, Schwelm i. Westf., 79 S., kart. 6,80 DM (Schriftenreihe „Aktuelle Fragen der deutschen Schule").

Geschichte und Zeitgeschichte

Österreichische Parteiprogramme 1868 bis 1966. Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Bertold. Oldenbourg Verlag, München, 528 S., br. 40,— DM.

Tibor Süle, Sozialdemokratie in Ungarn. Zur Rolle der Intelligenz in der Arbeiterbewegung 1899—1910. Böhlau Verlag, Köln/Graz, X, 243 S., Ln. 38,— DM (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 6). — Im gleichen Verlag erschien als Bd. 13 der Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte: Helmut König, Lenin und der italienische Sozialismus 1915—1921. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Internationale (X, 240 S., br. 32,— DM).

Hermann Kantorowicz, Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Imanuel Geiss. Mit einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 452 S., Ln. 30,— DM.

Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Verlag Duncker & Humblot, 237 S., br. 44,60 DM (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 37).

Walther Rathenau, Tagebuch 1907—1922. Herausgegeben und kommentiert von Hartmut Pogge-v. Strandmann. Mit einer Einleitung von James Joll und einem Vorwort von Fritz Fischer. Droste Verlag, Düsseldorf, 320 S., 8 Abb., 1 Kt., Ln. 26,— DM.

Hans Peter Bleuel / Ernst Klinnert. Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien, Programme, Aktionen 1918—1935. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 295 S., Ln. 22,— DM .— Mit vielen interessanten Details, reicher Dokumentation und Bibliographie.

Exil-Literatur 1933—1945. Eine Ausstellung aus Beständen der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main (Sammlung Exil-Literatur). Dritte, erweiterte und verbesserte Auflage. Buchhändler Vereinigung, Frankfurt, 352 S. Text mit Personen-, Zeitschriften-, Organisationen- und Verlagsregister, 40 S. Abbildungen, Paperback 8,40 DM.

Arthur M. Schlesinger, Die tausend Tage Kennedys I—II. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 464 + 400 S., br. je Band 4,80 DM (Knaur Taschenbücher, Bd. 158 + 159).

Regenten und Regierungen der Welt (Minister-Ploetz). Teil II/Nachtrag 1964/65 zu Bd. 4: Neueste Zeit 1917/18—1964. Bearbeitet von Bertold Spuler. Ploetz Verlag, Würzburg, 91 S., Ln. 9,80 DM. — Eine nützliche Ergänzung und Weiterführung zu dem als Handbuch längst eingeführten „Minister-Ploetz"; das Werk orientiert umfassend über „Souveräne" und Kabinette aller Staaten in Geschichte und Gegenwart. Eine

mehrsprachige Liste der Länder und Amtsbezeichnungen macht es zusätzlich zu einer wichtigen Übersetzungshilfe. Bisher liegen vom gleichen Herausgeber bearbeitet vor: Bd. 3: Neuere Zeit 1492—1918 (512 S., Ln. 39,80 DM) und Bd. 4: Neueste Zeit 1918 bis 1964 (704 S., Ln. 44,80 DM). Die noch ausstehenden Teile (Bd. 1: Altertum / Bd. 2: Mittelalter / Subskriptionspreis je Band ca. 29,80 DM) werden vorbereitet.

Aktuelle Themen

Der Fischer Weltalmanach 1968. Zahlen, Daten, Fakten. Herausgegeben und verfaßt von Gustav Fochler-Hauke. Fischer Bücherei, Frankfurt, 415 S., br. 4,80 DM. — Nach dem in neun Jahren bewährten Prinzip enthält die kleine Taschenenzyklopädie alles Wissenswerte über unsere Welt. Die Angaben (nach dem Stand vom Herbst 1967) beziehen sich auf Geographie, Bevölkerung, Politik, Wirtschaft und Kultur. Besonders interessant in diesem Band: Wirtschaftsdaten der Sowjetunion — 50 Jahre nach der Revolution von 1917; Statistik zum Weltfremdenverkehr; Vorschau auf die Olympischen Spiele 1968.

Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1967. Herausgegeben von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München. Bearbeitet und zusammengestellt von Hermann Berber. Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag, München, 367 S., kart. 9,80 DM. — Bibliographisch nachgewiesen werden Neuerscheinungen in deutscher Sprache aus dem Zeitraum vom Juli 1966 bis zum Juni 1967. Das Verzeichnis erscheint im 16. Jahrgang.

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965 bis 1967. Herausgegeben von Elisabeth Nölle und Erich Peter Neumann. Verlag für Demoskopie, Allensbach/Bonn, LVI, 545 S., Ln. 75,— DM.

Hans Thierfelder, Zum Problem eines Ombudsmans in Deutschland. Mit einem Vorwort von Carl Hermann Ule. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Köln/Berlin, 48 S., kart. 4,80 DM.

Die Restauration entläßt ihre Kinder oder Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik. Herausgegeben von Freimut Duve. Rowohlt Verlag, Reinbek, 184 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 990).

Richard Matthias Müller, Über Deutschland. 103 Dialoge. Fischer Bücherei, Frankfurt, 142 S., br. 2,80 DM (Fischer Bücherei, Bd. 859). — Die Originalausgabe des sehr empfehlenswerten Buches (Walter Verlag, Olten/Freiburg, 170 S., Paperback 9,80 DM) ist seinerzeit an dieser Stelle („Blätter", Heft 7/1965, S. 624) ausführlich besprochen worden.

Fernseh-Spalte

MYTHOS DER BESIEGTEN

Stacheldraht, Grenzwachtürme, Friedland-Denkmal, Berliner Mauer: solche Szenerie bevorzugte Thilo Koch für seine persönlichen Auftritte innerhalb seiner Sendereihe „Deutschland nach dem Kriege" (NDR). Dreimal sechzig Minuten währte die televisionäre Erinnerungs-Show von der Leidenszeit einer staatenlos gewordenen Nation (wenn's gestattet ist). Der Bildschirm wurde zur Klagemauer. Koch präsentierte einige Kilometer konzeptionslos zusammengeklebte Filmstreifen von mäßigem Archivwert und dopte sie mittels Kommentaren zu einem Mythos der Besiegten auf, den er dann zusehends in einen Kraft-durch-Leiden-Mythos umstilisierte. Das Deutschland von heute ist das Ergebnis des Deutschlands von 1945, orakelte es zu Beginn, womit bereits die Qualität dieses zeitgeschichtlichen „Unterrichts" gekennzeichnet wäre. Die Alliierten hatten den Krieg gewonnen, aber sie verloren den Frieden: so ging es weiter und immer weiter — eine endlose Kette pathetisch aufgeblähter Plattheiten, in die sich selten ein Wort der Einsicht oder gar Selbstkritik verirrte. Ein paar eingestreute Hinweise auf die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam und auf den Morgenthau-Plan enthielten kaum mehr als Schlagzeilen-(Schein)Information. Vielleicht habe ich es überhört, aber ich meine, von Casablanca und der Moskauer Außenministerkonferenz (beide 1943) war schon gar nicht die Rede, geschweige denn von den zeitgeschichtlichen Faktoren, die zur Aufteilung Deutschlands (nach den alliierten Plänen) und schließlich zur Ost-West-Teilung führten. Um aufzuzählen, was in diesem sogenannten Dokumentarfilm an wesentlichem Dokumentarmaterial fehlte, benötigte man einige Druckseiten. Dafür sahen wir Trümmerlandschaften, Flüchtlinge (sie waren überhaupt das Leitmotiv der drei Sendungen: man kann geradezu von Kochs Flüchtlingspsychose sprechen), Schwarzmarkt, Demontage und natürlich die Unbeugsamkeit der Besiegten. „Wehe, wehe den Besiegten . . .", raunte der Verfasser mit tragischem Akzent, das Gewissen der damaligen Trümmervolksgenossen und heutigen Wohlstandsbürger nachträglich noch mit dem Öl der heroischen Denkungsart salbend, verteilte ein paar Zensuren an die Siegermächte und späteren Kalten Kriegsgegner, reklamierte das Elend der Vertriebenen (das keineswegs verharmlost werden soll), gedachte auch freundlicherweise der KZ-Greuel und Hitlers Raubkrieg in Rußland, ergoß im übrigen jedoch einen Tropenregen des Selbstmitleids über seine gewiß dankbaren Fernsehkunden. Man kann sich richtig vorstellen, wie so mancher Trümmerveteran seinem staunenden Jungvolk verkündete: Seht's euch nur an, so haben wir damals gedarbt, gelitten — und sind trotzdem wieder wer in der Welt . . .! Daß sich bereits 1946/47 die Restauration in allen öffentlichen Bereichen wieder ankündigte, um dann 1949 wie orkanartig auszubrechen, fand Koch nicht erwähnenswert. Er hatte auch zuviel mit seinem Leitspruch „Wehe, wehe den Besiegten" zu tun, mit dutzendfacher Wiederholung des Flüchtlingsleids, mit Friedland-Emotionen, der Prostitution Minderjähriger in der Hungerzeit (ach wie gerne haben sie's getan damals, lieber Herr Koch, die von Ihnen so bedauerten Girls), den Reparationsleistungen. Undsoweiter! Ein vor Sentimentalität triefender Brief eines Schweizers an einen Amerikaner (über die Not der Deutschen) wurde zitiert, „Des Teufels General" als Nachkriegsereignis gefeiert (wie übrigens auch die Wiederaufführung des „Weißen Rössl"!), während ein geistespolitisches Ereignis wie Jaspers' „Die Schuldfrage" ganz unter den Tisch fiel. Der Kalte Krieg wurde wieder existent, aber weniger in einer gründlichen politologischen Interpretation als vielmehr in Kochs Argumentation. Zeitgenosse Koch, der es besser wissen müßte und es auch besser weiß (das hat er sogar oft bewiesen), ließ sich gar dazu hinreißen, vom „Kreuzweg der Nation" zu sprechen, den Altnazi Professor Knudsen für seine reaktionäre Nachkriegstheaterarbeit in Berlin zu loben und die penetrante Rechtfertigungslegende vom „verführten" deutschen Volke aufzufrischen. Und mit zum Himmel stinkendem Pathos zog er das Resümee: „Die Trümmer der Vergangenheit werden zum Fundament der Zukunft." Wer da nicht von Rührung und Stolz übermannt wurde, der ist wahrlich ein schlechter Deutscher!

E. H. Wahl

Die politische Satire

WIE WIR ALLE OPFER BRINGEN MÜSSEN

Unser Vater ist aus der Fabrik geflogen. Darüber darf man sich aber nicht wundern, weil es nur zu unserem besten ist und wir eben alle Opfer bringen müssen. Dafür sollen wir aber jetzt mehr konnsuhmieren, weil das die Wirtschaft belebt und dann geht es ihnen wieder besser. Das sagen zwei freche Hunde, die unsere Wirtschaft machen. Sie sind von Wilhelm Busch und heißen Plisch und Plum. Zum Schluß aber geht es ihnen gar nicht gut und sie werden auch in einen Sack gesteckt. Das sollen wir aber gar nicht schreiben, weil es der Osten sagt.

Der eine von den Hunden versteht viel von Viehnanzen, der Auckstein kann es nur nicht beweisen. Er macht aus den roten Zahlen lauter schwarze Nullen. Damit wir viel Geld für die Wirtschaft ausgeben können, und ihr damit helfen, wird jetzt alles teurer. Das nennt man Mehr-Wehr-Steuer. Die müssen alle Leute bezahlen, nur die Reichen nicht, weil sie sowieso schon genug ausgeben.

Die Mehr-Wehr-Steuer ist auch ein Opfer für die Freiheit, damit sie verteidigt wird wie es die Amerikaner in Vietnam machen. Dann geht es der Wirtschaft besonders gut.

Bei uns haben die Soldaten noch nicht soviel zu tun. Sie stehen nur hinter dem Altar, wenn die Studenten in die Kirche kommen, und schänden ihn. So müssen auch sie Opfer bringen.

Unser Vater wird umgeschult, vom Betriebsschlosser auf Schweißer, damit wir später ein Auskommen haben. Dieters Vater wird auch umgeschult, vom Schweißer auf Betriebsschlosser. So hat jeder sein Auskommen. Nur die armen Aktionehre werden nicht umgeschult, die müssen bleiben, was sie sind. Sie müssen Opfer bringen und haben kein Auskommen nur ein Einkommen. Ein großes Opfer müssen sie auch bringen, weil sie die ganzen Zechen zumachen müssen. Sie können nur die guten Zechen behalten, von denen sie auch noch leben müssen. Die schlechten aber machen sie zu. Das ist ein großer Verlust. Mein Vater aber verliert nur seinen Arbeitsplatz. Sie haben auch keine Stauplunge, was später eine schöne Rente bringt, man muß ihnen deshalb besonders helfen. Die Aktionehre bringen die größten Opfer.

Viele andere Väter sind auch rausgeflogen. Manche sagen, daß ist nicht gut, weil die Arbeitslosigkeit zu groß würde. Das stimmt aber nicht, weil jetzt endlich der Arbeitskräftemangel beseitigt ist und man muß den Leuten auch nicht mehr so viel bezahlen. Daher kann die Wirtschaft sich billiger produzieren und mehr verdienen. Dann wird es ihr bald besser gehen. Überhaupt ist die Wirtschaft das wichtigste. Wenn es keine Wirtschaft gäbe, gäbe es keine Aktionehre und wenn es keine Aktionehre gäbe, wüßte keiner, wofür er arbeiten soll. Dann gäbe es keinen Sinn des Lebens mehr. Daher sollen wir alle Opfer für die Wirtschaft bringen, denn das ist eine kontzertierte Reaktion.

Es gibt auch andere Wirtschaften. Da sagt der Staat, was die Wirtschaft machen soll. Bei uns ist es umgekehrt. Außer der Wirtschaft gibt es noch die Großindustrie, die ist das wichtigste daran. Sie muß privat sein, sonst ist es keine Freiheit, weil sie dann nicht mehr machen können, was sie wollen. Für die Wirtschaft sind zwei Dinge besonders wichtig. Das sind die Arbeitskräfte und die Rohstoffe. Die muß man bis zum letzten ausbeuten, damit es rentabel wird und nichts verloren geht.

Manche Leute sagen, wir müssen eine andere Wirtschaft haben. Das stimmt aber nicht, denn das sind die Kommunisten. Die müssen bekämpft werden. Sie sagen, wir haben eine schlechte Wirtschaft. Wir haben aber eine schöne Wirtschaft und für die müssen wir uns opfern.

Dietrich Kittner

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der 17. Pugwash-Konferenz über Wissenschaft und internationale Fragen

Die 17. Pugwash-Konferenz über Wissenschaft und internationale Fragen tagte zur Zeit des 10. Jahrestages der Konferenzgründung vom 3. bis 8. September 1967 in Ronneby (Schweden). Ihre rund 200 Teilnehmer kamen aus über 40 Ländern.

Die Diskussionen haben zum Ausdruck gebracht, daß unter den Teilnehmern tiefe Besorgnis über den Ernst der Weltlage herrscht. Die Zahl der Waffen vervielfacht sich, und die Zerstörungskraft der Waffen nimmt ständig zu. In der Abrüstung ist kein Fortschritt zu verzeichnen; die Verbreitung nuklearer Waffen wächst. Laufend werden neue radikale Waffen entwickelt. Lokale Kriege brechen aus, verheeren die in Mitleidenschaft gezogene Bevölkerung und schaffen die Drohung einer Eskalation zu größeren Konflikten. Die Kluft zwischen reichen und armen Ländern im Hinblick auf Ernährung, Industrie und Wissenschaft wird immer weiter. Dringende und fortwährende Anstrengungen sind erforderlich, um die bevorstehende Krise zu vermeiden und um eine wohlhabende, stabile und friedliche Welt zu schaffen, wie die Wissenschaft sie möglich gemacht hat.

Wissenschaft und Technik haben der Welt großen Nutzen gebracht und können das auch in Zukunft tun. In steigendem Maße müssen die Wissenschaftler jedoch ihre Aktivität in noch weitere Bereiche tragen. Sie müssen ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die zahlreichen Probleme lösen zu helfen, die sich angesichts der Sicherung einer friedlichen Zukunft ergeben. Der Ruf der Wissenschaftler, der Wissenschaft selbst, die weitere Entwicklung unserer Zivilisation — all das steht auf dem Spiel.

Der Sinn für diese Dringlichkeit war der 17. Pugwash-Konferenz Ansporn für ihre Arbeit. Zur Durchführung ihrer Untersuchungen teilte sich die Konferenz in sieben Arbeitsgruppen auf. Die Resultate dieser Arbeitsgruppen werden im folgenden zusammengefaßt.

Probleme der Abrüstung

Die Textentwürfe des Atomwaffensperrvertrages, die die USA und die UdSSR der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vorgelegt haben, wurden von einer der Arbeitsgruppen geprüft. Man gelangte zu der Feststellung, daß die Annahme eines auf diesen Entwürfen basierenden Vertrages einen wesentlichen Schritt darstellen würde zur Verhinderung weiterer Atomwaffenverbreitung und zur Verringerung der Gefahr eines atomaren Krieges. Ein Abschluß der Verhandlungen über den Vertrag, insbesondere eine Überwindung der in Zusammenhang mit dem Artikel III bezüglich des Kontrollsystems zutage getretenen Differenzen, sowie die Annahme des Sperrvertrages durch alle Staaten sollten zum frühestmöglichen Termin erreicht werden.

Die Arbeitsgruppe untersuchte Einwände gegen den Vertrag. Obwohl sie Einwände, die sich auf das Kontrollsystem beziehen, als übertrieben bezeichnete, war sie der Ansicht, es werde nützlich sein, solche Befürchtungen so weit wie möglich dadurch abzubauen, daß man die Zudringlichkeit der Inspektion verringert. Aus dem gleichen Grunde wurde festgestellt, es werde schließlich wünschenswert sein, die friedlichen atomaren Einrichtungen der atomwaffenbesitzenden Staaten der gleichen Inspektion zu unterstellen, die für die Staaten verlangt wird, die keine Atomwaffen besitzen. Das Kontrollsystem der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA), das bereits von mehr als 90 Ländern akzeptiert worden ist, hat sich als der geforderten Inspektion vollkommen adäquat erwiesen.

Wegen der sehr großen Bedeutung einer frühzeitigen Vereinbarung über den Atomwaffensperrvertrag wäre es ein Fehler, seine Annahme von weiteren Maßnahmen spezi-

fischer Rüstungskontrolle oder Abrüstung abhängig zu machen. Es ist zu erwarten, daß eine Einigung über den Atomwaffensperrvertrag einen so weitgehenden Einfluß auf das politische Klima in der Welt ausüben würde, daß die Aussichten für weitere Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung unter Einschluß der Nuklearmächte verbessert würden. Sehr hilfreich wäre es ferner, wenn Atomwaffenstaaten jetzt ihren Willen erklärten, Diskussionen und Studien über andere Abrüstungsmaßnahmen, die der Sperrvertragsverhandlung folgen würden, zumindest zu initiieren. Unter anderem wurden vorgeschlagen: eine Erweiterung des Teststoppabkommens auf unterirdische Versuche; die frühzeitige Erörterung von Maßnahmen zur Begrenzung und zum Abbau des Rüstungswettlaufs auf den Gebieten der strategisch-offensiven Waffen und der Raketenabwehrsysteme; Einstellung der Produktion und Verminderung der gelagerten Bestände spaltbaren Materials, das für Rüstungszwecke bestimmt ist; die Schaffung atomwaffenfreier Zonen; Handelsbeschränkungen für konventionelle Waffen.

Es wurde darauf hingewiesen, daß ein wirksames Verfahren in dieser Richtung in der Übernahme von Verpflichtungen durch die atomwaffenbesitzenden Staaten bestehen würde, keine atomaren Waffen gegen Staaten einzusetzen, die dem Sperrvertrag beitreten, keine Atomwaffen besitzen und versichern, daß auf ihrem Territorium keine Atomwaffen installiert sind.

Weitere Schritte zur Abrüstung

Bei der Erörterung des Problems, den Stand der Ausrüstung mit strategischen Atomwaffen zu begrenzen, gelangte man zu dem Resultat, daß die Möglichkeit, Beschränkungen für Raketenabwehrsysteme mit Beschränkungen für strategische Offensivsysteme zu koppeln, sorgfältig und mit höchster Priorität untersucht werden sollte.

In der Frage eines umfassenden Teststopps wurde übereinstimmend festgestellt, daß heute die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, das Teststoppabkommen auf die unterirdischen Versuche auszudehnen; die Nuklearmächte sollten dringend aufgefordert werden, zu diesem Zweck Verhandlungen zum frühestmöglichen Termin aufzunehmen.

Von den Problemen der Rüstungsbegrenzung zu denen der Abrüstung übergehend, wurde erklärt, in den letzten Jahren sei kein Fortschritt auf dem Wege zu einer wirklichen weltweiten Abrüstung gemacht worden. Der wiederholte Ausbruch lokaler Kriege, die oft als solche außerordentlichen Schaden bewirkt haben, ist hier zu einer ernsten Komplikation geworden. Sie haben außerdem die internationale Spannung verschärft, internationale Sicherheitsvereinbarungen geschwächt und machen dadurch Abrüstungsverhandlungen sehr viel schwieriger. Ein zusätzlicher ernstlich erschwerender Faktor besteht darin, daß die militärische Forschung ständig weiter zur Entwicklung neuer oder erheblich verbesserter Waffen und Waffensysteme führt. Diese neuen Waffen beschleunigen den Rüstungswettlauf und erschweren ernstlich die Suche nach Abrüstungsvereinbarungen und die Verhandlungen über entsprechende Maßnahmen.

Es wurde festgestellt, daß ein Vertrag über das Verbot weiterer Forschung auf dem Gebiet der Massenvernichtungsmittel genauere Untersuchung verdient, selbst wenn die Probleme, die sich im Hinblick auf entsprechende Verhandlungen und auf die Überwachung eines solchen Vertrages ergeben, erschreckend groß zu sein scheinen.

Vor allem ist es wichtig, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Militarisierung der Ozeane und des Weltraums zu verhindern. Die Internationalisierung des Meeresgrundes nebst dem Verbot jeglicher militärischen Nutzung ist eine interessante Möglichkeit. Ein spezifischer Vorschlag war, unter dem Schutz der Vereinten Nationen ein akustisches Detektorsystem zu installieren, das eine weltweite Überwachung aller zum Abschuß atomarer Waffen geeigneten Unterseeboote gestatten würde.

Entwicklung und Gebrauch neuer und gefährlicherer chemischer und biologischer Waffen stellen eines der Hauptprobleme der kommenden Jahre dar. Wissenschaftliche und tech-

nische Analysen dieser Waffen können die öffentliche Aufmerksamkeit in stärkerem Maße auf die ihnen innewohnenden Gefahren lenken.

Außerordentlich wichtig ist es, daß sich alle Nationen strikt an das Genfer Protokoll von 1925 halten, das von der UNO im Jahre 1966 einstimmig bekräftigt worden ist. Wir appellieren deshalb an alle Nationen, in jedem zwischen ihnen entstehenden Konflikt jeglichen Gebrauch chemischer und biologischer Waffen zu unterlassen. Wir fordern außerdem entscheidende Anstrengungen zur Erreichung eines formellen Vertrages, der von allen Nationen unterzeichnet werden muß und der sowohl den Gebrauch aller chemischen und biologischen Waffen als auch ihre Weitergabe an andere Nationen untersagt.

Verhütung und Lösung von Konflikten

Die sich mit diesem Thema befassenden Arbeitsgruppen kamen zu den folgenden Schlußfolgerungen: Internationale Konflikte, selbst wenn sie nur lokalen Charakter haben, werden ausgeweitet durch die scharfe Teilung der Welt in militärische Blöcke, was zu der Gefahr einer weltweiten Eskalation von Konflikten führt, wenn diese Blöcke in sie verwickelt werden. Es wird daher immer wichtiger, existierende Konflikte zu beenden und Methoden zu finden, um den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern. Selbst die De-Eskalation existierender Konflikte stellt einen Schritt zur Schaffung einer besseren Atmosphäre in den internationalen Beziehungen dar. Die UNO sollte alle Nationen umfassen; in zunehmendem Maße muß ihr die Rolle übertragen werden, internationale Konflikte zu lösen und zu verhüten.

Insbesondere in Europa sollten alle bestehenden Grenzen anerkannt werden. Für die europäische Sicherheit wäre es förderlich, wenn alle Staaten die Deutsche Demokratische Republik in ihren gegenwärtigen Grenzen anerkennen würden und wenn beide deutsche Staaten zu den Vereinten Nationen zugelassen würden — dies alles ohne Vorentscheidung bezüglich der Möglichkeit ihrer zukünftigen Wiedervereinigung. Rüstung und Wehretats beider deutscher Staaten sollten wesentlich reduziert werden. Alle europäischen Staaten sollten einen Vertrag unterzeichnen, der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen verbietet, sie sollten ferner ein Instrumentarium zur Beilegung von Streitigkeiten schaffen. Es liegt im Interesse der europäischen Sicherheit, daß alle europäischen Staaten einschließlich beider deutscher Staaten, sobald der Atomwaffensperrvertrag vereinbart worden ist, diesen unterzeichnen.

Die gegenwärtig in Vietnam, im Nahen Osten und in Afrika andauernden Konflikte verursachen furchtbares Leid und können sich in jedem Augenblick zu einem weltweiten thermonuklearen Krieg ausweiten.

Was Vietnam anbetrifft, so ist es notwendig,

a) daß die Bombardierung Nordvietnams sofort und ohne Vorbedingungen eingestellt wird;

b) daß nach dieser Einstellung unverzüglich Verhandlungen für eine friedliche Lösung beginnen;

c) daß im weiteren Verlauf eine Konferenz anberaumt wird, um in Südostasien in seiner Gesamtheit einen stabilen Frieden herzustellen.

Der Konflikt im Mittleren Osten war Gegenstand einer langen Diskussion, es wurde jedoch keine allgemeine Übereinstimmung erreicht.

Im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents ist die Entwicklung zu nationaler Unabhängigkeit und demokratischer Regierungsform aufgehalten worden und ist sogar rückläufig. Während bei den Vereinten Nationen der Ruf nach Aktion aus verständlichen Gründen immer leidenschaftlicher wird, gibt es kein Anzeichen für ein wirksames Eingreifen der UNO, nicht einmal für die volle Ausführung von UNO-Resolutionen. Alle Großmächte sollten wesentlich mehr dafür tun, die Prinzipien der UNO in Afrika zu verwirklichen.

Große Betroffenheit wurde über die tragischen Ereignisse in Nigeria zum Ausdruck gebracht, die bereits Tausende von Todesopfern gefordert und Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht haben.

Internationale wissenschaftliche Projekte

In der Diskussion über internationale wissenschaftliche Projekte wurde dem früheren Pugwash-Vorschlag besondere Aufmerksamkeit gewidmet, eine Internationale Wissenschafts-Stiftung zu errichten. Dies würde jungen Wissenschaftlern in den Entwicklungsländern die Durchführung von Forschungsprogrammen ermöglichen, für die ihre Länder nicht die erforderlichen Mittel bereitstellen können. Eine solche Stiftung würde dazu beitragen, den Verlust an Wissenschaftlern zu reduzieren, den Länder zu verzeichnen haben, für die die Erhaltung ihres wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchses von vitaler Bedeutung ist.

Eine geeignete Organisation der UNO sollte die Schaffung der Internationalen Wissenschafts-Stiftung auf ihre Durchführung prüfen.

Bei der Erörterung der Fortschritte des Internationalen Biologischen Programms wurde die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß in den reicheren Ländern ein befriedigender Fortschritt erzielt werden konnte, daß es jedoch in den ärmeren Ländern hauptsächlich aufgrund fehlender Mittel nicht gelungen ist, das Programm zu entwickeln. Dennoch ist für diese Länder die Verwirklichung des Programms besonders wichtig, und es müssen Wege gefunden werden, die notwendige Unterstützung zu erreichen.

Bedeutende Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit sind auf den Gebieten der Weltraumforschung, der Entwicklung weltweiter Nachrichtenverbindung durch den Einsatz von Satelliten und in der Planung eines globalen Programms der Atmosphärenforschung gemacht worden. Es wurde empfohlen, das Meteorologische Programm über eine Organisation zur Zusammenarbeit mehrerer autonomer Zentren zu entwickeln, von denen eins auf der südlichen Halbkugel liegen sollte.

Frühere Empfehlungen wurden bekräftigt; sie befürworten Maßnahmen zur Erleichterung des Reisens von Wissenschaftlern zu internationalen Konferenzen und zur Verbesserung der Möglichkeiten für Wissenschaftler, zeitweilig in anderen Ländern zu arbeiten.

Entwicklung, Bildung und Technologie

Das Welternährungsproblem wurde diskutiert. Über ein Fünftel der Bevölkerung in den ärmeren Ländern der Erde lebt nahe dem Hungertode, weit unter dem Minimum ihrer physiologischen Bedürfnisse. Eine Beschränkung des Bevölkerungszuwachses ist von wesentlicher Bedeutung, wird aber kurzfristig nur wenig Abhilfe schaffen. Wenn ein Unglück vermieden werden soll, dann muß sofort gehandelt werden, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu steigern, vor allem durch eine Verbesserung der Ernteerträge. Relativ wenig ist bekannt über die Produktion wichtiger Nahrungsmittel in den Tropen. Das Problem besteht nicht einfach in der Übertragung der Technologie; es ist in sich auch nicht ausschließlich technologischer Natur, da religiöse, wirtschaftliche und soziale Faktoren berücksichtigt werden müssen.

Eng mit dem Problem gesteigerter Nahrungsmittelversorgung ist das einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Hier können die entwickelten Nationen in großem Umfang helfen, indem sie multilaterale und bilaterale Verfahren technischer Hilfe kombinieren. Es sollten auch Methoden untersucht werden, wie die Übertragung der Technologie industrieller Unternehmen in entwickelten Ländern auf ähnliche Organisationsformen in Entwicklungsländern erleichtert werden kann. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus entwickelten und Entwicklungsländern ist die Voraussetzung für den Erfolg all dieser Programme.

Ein Beispiel für ein praktikables und potentiell überaus nützliches technisches Projekt ist die Schaffung komplexer landwirtschaftlich-industrieller Energieversorgungszentren in küstennahen Wüsten oder fruchtbaren Halbwüsten. Diese könnten in beispielloser

Weise die regionale Nahrungsmittelversorgung fördern und zu einem Durchbruch zur Industrialisierung werden. Sie würden, basierend auf einem umfassenden System von Atomreaktoren, billige Wärmeenergie und elektrischen Strom für die Wasserentsalzung und die Düngemittelproduktion liefern. Die Wirtschaft ganzer Regionen könnte durch große Projekte dieser Art völlig verändert werden.

Die Versorgung mit Wissenschaftlern und Technikern entspricht kaum den Bedürfnissen. Außerdem findet in großem Maßstab eine Abwanderung von Wissenschaftlern, Technikern und Physikern aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder statt. Formen legaler Kontrolle oder Einschränkung dieser Abwanderung sind denkbar, wurden jedoch allgemein für unzulässig gehalten. Bei den Entwicklungsländern liegt die Verantwortung, die Quote ausgebildeter Arbeitskräfte näher an die Bedürfnisse örtlicher und regionaler Entwicklung heranzuführen und attraktive Arbeitsbedingungen für ihre Wissenschaftler und Techniker zu schaffen. Die entwickelten Länder sollten sich bemühen, mehr Wissenschaftler auszubilden, als sie selbst brauchen, damit einige für die Arbeit in anderen Teilen der Welt verfügbar sind.

Eine mögliche Sofortmaßnahme, um die Zahl der Wissenschaftler und Techniker in Entwicklungsländern zu erhöhen, besteht in der Schaffung eines breit angelegten Stipendierungsprogramms für Studenten aus diesen Ländern, die in entwickelten Ländern ausgebildet werden und am Ende wieder für die Bewältigung der technischen und anderer Aufgaben in ihren Heimatländern zur Verfügung stehen.

Weitere Empfehlungen betreffen Hilfsmaßnahmen für die weltweite technologische Entwicklung; eine Studie über die Anwendung technologischer Erkenntnisse (Nachrichtenverbindung über Satelliten, neue Methoden, Hilfsmittel usw.) auf das Bildungswesen; sowie die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Einrichtung gut ausgerüsteter internationaler Forschungszentren.

Die soziale Verantwortung des Wissenschaftlers und die Zukunft der Pugwash-Bewegung

Angesichts der verhängnisvollen Konflikte der Gegenwart und angesichts der vielen langfristigen Probleme, vor denen die Menschheit steht, müssen die Wissenschaftler ihre Anstrengungen verstärken, um zur Schaffung einer friedlichen und in steigendem Maße prosperierenden Welt beizutragen. Viele der Gefahren, die die Menschheit bedrohen, hängen mit dem Fortschritt der Wissenschaft zusammen, und ihre Abwendung hängt ganz entscheidend ab von einer konstruktiven Anwendung von Wissenschaft und Technik. In dieser Situation bedeutet es ein Ausweichen vor der Verantwortung, wenn sich Wissenschaftler selbstgefällig in ihre Laboratorien zurückziehen und sich gegenüber den Auswirkungen ihrer Entdeckungen und gegenüber dem Schicksal der Menschheit gleichgültig verhalten.

Die Wissenschaftler der Pugwash-Bewegung nehmen diese Verantwortung auf sich. Auf dieser 17. Konferenz sind die Teilnehmer übereingekommen, die Aktivitäten der Pugwash-Bewegung auszudehnen und mehr Wissenschaftler und Techniker, insbesondere solche der jüngeren Generation, in ihre Arbeit einzubeziehen. Zusätzlich zur jährlichen Generalversammlung ist die Veranstaltung von Symposien geplant, die dem gründlicheren Studium so schwieriger Probleme wie denen der Abrüstung, der Lebenserziehung im Zeitalter der Wissenschaft und der technologischen Entwicklung der unterentwickelten Teile der Welt dienen sollen.

Ronneby/Schweden, 3.—8. September 1967

Vorschlag des Christlichen Friedensdienstes (Arbeitskreis Verständigungshilfe) West-Berlin für ein Normalisierungsabkommen zwischen West-Berlin und der DDR vom 15. November 1967*)

Entwurf eines Abkommens zwischen dem Senat des Landes Berlin (Westberlin) und der Regierung der DDR über die Regelung der gegenseitigen Beziehungen für den Zeitraum bis zum Abschluß friedensvertraglicher Vereinbarungen mit Deutschland bzw. seinen Staaten oder konföderativen Institutionen oder Organen:

Eingedenk der Verpflichtungen, die mit Abschluß des Potsdamer Abkommens für das ganze deutsche Volk als Voraussetzungen seiner friedlichen Entwicklung verbindlich geworden sind,

— von dem Willen erfüllt, in der gegenwärtigen Lage Europas einen wirksamen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten,

— geleitet von der Erkenntnis, daß eine friedliche Lösung der deutschen Frage nur auf dem Wege der Herstellung und Pflege normaler gleichberechtigter Beziehungen sowohl zwischen BRD und DDR als auch zwischen dem Land Berlin (Westberlin) und den zwei deutschen Staaten zu realisieren ist,

sind der Senat und die Regierung übereingekommen, folgende Vereinbarungen zu treffen:
Artikel 1: Senat und Regierung nehmen normale amtliche Beziehungen zueinander auf ungeachtet der Frage, ob und in welchem Maße das Land Berlin (Westberlin) als Völkerrechtssubjekt anzusehen ist.

Artikel 2: Senat und Regierung treffen alsbald Vereinbarungen über die Regelung und Verbesserung des Reiseverkehrs zwischen dem Land Berlin (Westberlin) und der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 3: Senat und Regierung schließen Vereinbarungen zur Förderung der beiderseitigen Interessen auf den Gebieten des Handels, des Währungs- und Finanzwesens, der Wirtschaft, des Post- und Fernmeldewesens sowie des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens ab. Sie unterstützen ihre beiderseitigen Bestrebungen, in den Spezialorganisationen der UN voll und gleichberechtigt mitzuwirken; dem Land Berlin (Westberlin) sollen dabei in Fragen der Kulturpolitik (für UNESCO) und der Handelspolitik (für UNCTAD) die mit der normalen Völkerrechtssubjektivität verbundenen Hoheitsrechte zustehen.

Artikel 4: Senat und Regierung treten in Übereinstimmung mit dem der friedlichen Zukunft Deutschlands verpflichteten Geist dieser Vereinbarungen allen Diskriminierungen, die ihnen einzeln oder gemeinsam wegen dieses Abkommens gelten sollen, unter Hinweis auf seine zentrale Bedeutung für die Entspannung der politischen und menschlichen Situation in Deutschland mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen. Sie unterstützen sich gegenseitig in dem Bestreben, als Vorstufe einer späteren Wiedervereinigung die Regelung ihrer jeweiligen Beziehungen zur BRD auf der Basis vertraglicher Vereinbarungen vorzunehmen, deren Zielsetzungen den Bestimmungen dieses Abkommens entsprechen.

Artikel 5: Senat und Regierung ersuchen die für Berlin gegenüber den Vereinten Nationen gemäß Art. 107 der UN-Charta verantwortlichen Mächte, den Zielsetzungen dieses Abkommens und der in Beachtung seiner Bestimmungen abzuschließenden Spezialabkommen ihre Förderung angedeihen zu lassen.

Artikel 6: Der Wortlaut dieses Abkommens wird dem Generalsekretär der UN, den Regierungen der genannten Mächte und der Regierung der BRD zur wohlwollenden Kenntnisnahme überreicht.

Für den Senat
(Unterschriften)

Für die Regierung
(Unterschriften)

*) erstmals vorgetragen in der Evangelischen Akademie West-Berlin.

Neue Autoren

Niels Kadritzke, geb. 1943, ist Diplom-Politologe und war 1965/66 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Heinz Budde, geb. 1925 in Bochum, ist Bundestagsabgeordneter der CDU, Dozent am Katholisch-sozialen Institut in Bad Honnef und Mitglied des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Prof. Dr. habil. Harry Nick ist am Lehrstuhl für politische Ökonomie des Sozialismus beim Institut für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (DDR) tätig.

Wulf D. Hund, geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg/Lahn Soziologie, Politik und Geschichte.

Jörg Goldberg, geb. 1943 in Wittenberge, studiert in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Bemerkungen

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Niels Kadritzke / Knut Nevermann erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlages zum Preise von DM 1,50.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W.F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Heuß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Neue Autoren

Niels Kadritzke, geb. 1943, ist Diplom-Politologe und war 1965/66 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Heinz Budde, geb. 1925 in Bochum, ist Bundestagsabgeordneter der CDU, Dozent am Katholisch-sozialen Institut in Bad Honnef und Mitglied des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Prof. Dr. habil. Harry Nick ist am Lehrstuhl für politische Ökonomie des Sozialismus beim Institut für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (DDR) tätig.

Wulf D. Hund, geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg/Lahn Soziologie, Politik und Geschichte.

Jörg Goldberg, geb. 1943 in Wittenberge, studiert in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Bemerkungen

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Niels Kadritzke / Knut Nevermann erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlages zum Preise von DM 1,50.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.